

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich Albert Vautz, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Pfanter & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstraße 3. - Fernruf Nr. 210. - Postzeitungsliste Seite 210. - Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Wagnispreis der Zeitung monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf. - Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 mm breite Anzeigenzeile kostet 25 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., Vereinskalender 50 Pf., die 8spaltige 40 mm breite Anzeigenzeile 1,50 Mark. - Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Wagnispreis der Zeitung monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf. - Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 mm breite Anzeigenzeile kostet 25 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., Vereinskalender 50 Pf., die 8spaltige 40 mm breite Anzeigenzeile 1,50 Mark. - Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Wagnispreis der Zeitung monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf.

Nr. 64 Magdeburg, Donnerstag den 17. März 1927 38. Jahrgang

Der freigesprochene Jürgens

Nun weiß man es: Ein preußischer Landgerichtsdirektor war wegen Versicherungsbetrügereien und Meineides unter Anklage gestellt. Seine Haftbeschwerde blieb von Landgericht und Oberlandesgericht unberücksichtigt; der hohe Richter hat 1 Jahr in Untersuchungshaft verbringen müssen. Durch Gerichtsbeschluss ist das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet worden. Der Staatsanwalt hat in der Gerichtsverhandlung 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt. Der Landgerichtsdirektor ist aber freigesprochen und die ihm aus dem Verfahren entstandenen notwendigen Ausgaben sind der Staatskasse auferlegt worden.

Der hohe Richter ist somit rehabilitiert: von dem Gipfel des Richterseins zum Abgrund des Nichts war aber weniger als ein Schritt. Der Mann bleibt nun Landgerichtsdirektor; er ist unabhässig. Er wird nach wie vor so oder anders über das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen entscheiden dürfen. Der Gerichtshof stand nur vor der Lösung juristischer Tatbestände; für ihn ist der Fall Jürgens nun erledigt. Vor der Öffentlichkeit beginnt aber jetzt der zweite Abschnitt der Karriere eines hohen preußischen Richters: ein Abschnitt nach seinem Freispruch von derart schwerwiegenden Anklagen, daß die Staatsanwaltschaft sich zu einem Zuchthausantrag berechtigt glaubte. Kann dieser Mensch noch Richter sein?

War dieser hohe Richter wirklich unschuldig, wie dies in der Urteilsbegründung behauptet wurde, so eröffnen sich hier erneut Abgründe der Justiz, die bereits mehr als ein Menschenleben verchlungen haben. Könnte diesem Menschen das Schicksal widerfahren unter einer unerbittlich aufgearbeiteten Anklage 1 Jahr in Untersuchungshaft leiden zu müssen, wer sollte die Namen der großen Straftäter, die das gleiche über sich haben ergehen lassen müssen?

Ist aber ein Schuldiger freigesprochen worden, ist dies unter Umständen geschehen, da ein jeder andre, der nicht Landgerichtsdirektor ist, verurteilt worden wäre, so wird man erneut von „Massenjustiz“ sprechen hören und vielleicht nicht zu Unrecht. Man wird sagen, die Justiz wollte nicht zulassen, daß einer von den ihrigen einen Meineid geschworen haben könne, daß dies ein politischer Richter getan habe, der makellos vor der Öffentlichkeit dastehen muß. Ist hier wirklich ein Schuldiger freigesprochen worden, so wird die Behauptung von der Vertrauenskrise der Justiz von einem weiteren Fall unterstützt werden.

Sieht man von allen Uebertreibungen und zweifelhaften Anlagetatbeständen ab, so bleibt eins bestehen: der fahrlässige Falscheid. Trotz des in dieser Hinsicht gegliederten Schuldbeweises seitens des Staatsanwalts, trotz einer Urteilsbegründung, die letzten Endes auf die Bestätigung dieser Beweisführung hinauslief, ist der Angeklagte freigesprochen worden. Ein thüringisches Gericht hat aber erst vor wenigen Monaten den Oberstaatsanwalt Frieders wegen angeblichen fahrlässigen Falscheides zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, obgleich nicht der Schatten eines Schuldbeweises vorhanden war. Und wer wollte daran zweifeln, daß der Jude und Sozialdemokrat Loeb unter ähnlichen Voraussetzungen wie sie im Falle Jürgens vorgelegen haben, nie freigesprochen worden wäre? Daß unter gleichen Bedingungen das Meineidsverfahren gegen den Sozialdemokraten und thüringischen Minister Herrmann und den Oberbürgermeister Luppe nie eingestellt worden wäre?

Landgerichtsdirektor Jürgens aber, der als Richter bei der Abgabe einer eidlichen Aussage zu besonderer Vorsicht verpflichtet war, ist freigesprochen worden. Wenn irgend-einem weniger gewichtigen Manne, einem Arbeiter oder Kaufmann, eine ähnliche unvorsichtige Aussage untergelaufen wäre, was wäre da geschehen? Der einfache Mann wird deshalb diesen Freispruch nicht verstehen, so wenig er zu begreifen imstande sein wird, daß dieser Mann Landgerichtsdirektor bleiben kann.

Denn juristisch mag Jürgens rehabilitiert sein; moralisch ist er gerichtet. So sehr in der Gerichtsverhandlung über seine Persönlichkeit das Mäntelchen der Verschwiegenheit ausgebreitet wurde, das über ihn bekannt geworden ist, genügt, um zu wissen, was er wirklich ist: sein Verteidiger nannte ihn omnipotent, d. h. allgewaltig. Dieses eine Wort beleuchtet schlaglichtartig den ganzen Mann: Allgewaltig war der Mann in Hannover als Leiter der Abwehrstelle für Spionage - es werden ihm da Dinge nachgesagt, wie sie schlimmer nicht ausdenken sind; - es genügt aber zu wissen, daß Jürgens zu den ganz wenigen gehörte, die vor dem Arbeiter- und Soldatenrat flüchten mußten.

Und sein jetziger Freispruch? Ein hoher Richter, der am ersten Tage der Gerichtsverhandlung in seiner verantwortlichen Vernehmung sagen konnte, „ich habe mich um das Vermögen meiner Frau nicht gekümmert, ich habe sie ungehört schalten und walten lassen“, um am letzten Tage

Zur Förderung des Wohnungsbaues

Entschließung des Reichswirtschaftsrates

W. Berlin, 16. März. Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stimmte mit großer Mehrheit Leitsätzen über die Förderung des Wohnungsbaues zu, wonach der Wohnungsbau mit allem Nachdruck zu fördern ist, weil er auch die Erwerbslosigkeit mildern würde. Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft kann nur schrittweise vorgenommen werden. Voraussetzung der Aufhebung ist, daß der Bedarf an Wohnungen gedeckt ist.

Die Mieten müssen in Altmwohnungen und Neubauten möglichst bald einander angeglichen werden. Zu diesem Zwecke sind in erster Linie die Mieten in den Neubauten möglichst niedrig zu halten.

Die aus der Erhöhung der gesetzlichen Mietefließenden Geldbeträge dürfen nur verwendet werden in erster Stelle zur Förderung des Wohnungsbauwesens, für den Hausbesitzer zur Deckung des erhöhten Zinsdienstes und der erhöhten Betriebskosten und für die den Gemeinden aus der Fürsorge für unbemittelte Mieter entstehenden Lasten. Privatkapital ist in möglichst großem Umfang heranzuziehen, und eine reichsgesetzliche Neuordnung der Hauszinssteuer möglichst bald vorzunehmen. Voraus-

setzung für die Erzielung tragbarer Neubaumieten ist, daß alle Länder und Gemeinden den Neubauten auf zehn Jahre Steuerfreiheit gewähren.

Außerdem wurden Entschließungen angenommen, wonach der Ausschuss der Auffassung ist, daß die geplante Erhöhung der gesetzlichen Miete eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge hat, und daß vor endgültiger Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ein soziales Wohnungsrecht, insbesondere für unbemittelte kinderreiche Familien und Sozialrentner geschaffen werden muß.

Deffau baut

W. Deffau, 16. März. In der heutigen Sitzung des Anhaltischen Landtags machte der Abgeordnete Pesse (Bürgermeister der Stadt Deffau) sehr bemerkenswerte Mitteilungen über die Wohnungsbaupläne der anhaltischen Landeshauptstadt. Danach beabsichtigt Deffau in den nächsten 5 Jahren bis 1931 für 15 Millionen Mark 2500 Wohnungen zu errichten.

Die Stadt werde dies tun, ohne die Steuerfrage auch nur im geringsten anzugehen zu müssen.

Die deutschvolksparteiliche Forderung, den Reichssparkommissar, der in Braunschweig mit Vorteil gewirkt habe, auch nach Anhalt zu übernehmen, lehnte das Ministerium ab. Anhalt müsse am besten wissen, wo zu sparen sei. Im übrigen sei das, was der Sparkommissar in Braunschweig erreicht habe, in der anhaltischen Verwaltung längst erreicht worden.

Das Geständnis Fuhrmanns

Berlin, 16. März. (Süddeutsche Drahtbericht.) Im Vernehmungsprotokoll Wilms ist heute das erwartete Geständnis des Angeklagten Fuhrmann erfolgt. Nach längerem eindringlichen Zureden des Vorsitzenden erklärte Fuhrmann, er wolle alles sagen. Er machte dann folgende Aussagen:

Ich bin an der Tat nicht beteiligt. Ich will ganz genau erzählen, was sich an dem Abend zgetragen hat. Als ich vom Artillerieführer kommandiert werden sollte, bin ich zum Oberstleutnant Geld gegangen, der mir sagte: ich würde als Verbindungssoffizier verwendet werden. Zwei bis drei Tage später bin ich dann zu Hauptmann Gutfnecht gekommen, welcher Artillerieführer war und dem das Arbeitskommando in Rathenow unterstellt war. Auch Hauptmann Gutfnecht wollte mich dem Artillerieführer vorstellen.

Auf dem Wege zu dem Artillerieführer erzählte mir Hauptmann Gutfnecht, Wilms habe einen Soldatenrat bilden wollen. Gutfnecht sagte weiter: „Fahrbuch wird nach Rathenow kommen und wird mit Wilms in einem Auto wegfahren, angeblich, um ein kommunistisches Waffenlager aufzuheben. Auf diesem Wege soll aber Wilms beiseite geschafft werden.“ Fuhr-

der Beweisaufnahme, als sein Briefwechsel die Behauptung des ersten Tages Lügen strafte, im Tone größter Vereiztheit auszurufen: „Ich erkläre, daß ich als Ehemann es für meine Pflicht gehalten habe, meiner Frau beiseite zu stehen“; ein Landgerichtsdirektor, der in seiner Omnipotenz seine Aussagen so fahrlässig vor Gericht machen konnte, ist einfach untragbar.

Der Angeklagte Jürgens hat eingangs der Verhandlung gesagt: „Die Justiz hat schwere Irrtümer begangen, im Interesse des Rechts müssen sie beseitigt werden.“ Damit meinte er nur die Irrtümer in seiner Sache. Während des Jahres Untersuchungshaft sind ihm anscheinend nicht Gedanken darüber gekommen, daß er selbst durch seine Tätigkeit an unzähligen Irrungen der Justiz mit schuldhaft geworden ist. Das Schicksal wollte es, daß er das ihm Widerfahrene gutmache. Er berief aber die Anklagebank mit der Geste des Unschuldigen, sein Inneres ist durch die ihm gewordene Prüfung unberührt geblieben. So ist er vor dem Forum des Paragrafen gerettet; vor der Majestät des höhern Menschentums aber gerichtet!

Die beiden Stahlhelme

In Braunschweig gibt es einen Alten Stahlhelm und einen Neuen Stahlhelm. Jede Richtung hat ihre Führer, die kräftig aufeinander losschlagen. Wie es in der Braunschweiger Stahlhelmmregierung aussieht, das zeigt das folgende Inserat der „Braunschweiger Landeszeitung“:

Stahlhelmer! Kameraden beider Richtungen! Bund der Frontsoldaten und Frontsoldatenbund S. V. werden dringend gebeten, zu einer außerordentlich wichtigen Besprechung im Handelshof zu erscheinen. Referent: Kamerad Oberleutnant Pfützenreuter. Führer von beiden Richtungen haben keinen Zutritt.

Das ganze Inserat, noch mehr aber der Schlusssatz, läßt tief blicken! Die Führer von beiden Richtungen haben keinen Zutritt! Damit gehen die Stahlhelmer noch weiter als die

man fährt dann fort: „Ich gebe ausdrücklich zu, daß ich vorher von dieser Morbidat gewußt habe. Ich habe aber nichts gesagt, weil Hauptmann Gutfnecht monatelang in Untersuchungshaft gesessen hat, und ich es für die Pflicht eines Neuen Kameraden hielt, zu schweigen.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Aussagen des Angeklagten Fuhrmann den Hauptmann Gutfnecht schwer belasten. Gutfnecht befindet sich ja bekanntlich nach den Aussagen der Verteidigung in Südafrika.

Jugoslawische Sorgen

W. Paris, 16. März. Wie dem „Petit Parisien“ aus Belgrad gemeldet wird, veröffentlicht die Zeitung „Politica“ Nachrichten, denen zufolge Vorbereitungen zur Landung italienischer Truppen an der albanischen Grenze im Gange seien. Zahlreiche italienische Agenten durchzogen Albanien, um Unruhen hervorzurufen, die die Intervention motivieren könnten, die nach Artikel 2 des Vertrags von Tirana vorgesehen sei.

Die Bewegung werde von Belast geteilt, der in Albanien großen Einfluß habe. Er habe auch aus Italien Gewehre, Patronen, Maschinengewehre und mehrere Gebirgsgechütze erhalten. Die Bewegung zeige sich besonders in den Serbien benachbarten Bezirken, um im Ausland den Eindruck zu erwecken, als sei sie in Belgrad angezettelt worden.

Kommunisten vor einiger Zeit, die auch alle Fragen „ohne die Führer“ lösen wollten. Womit sie aber einseitig nur die sozialdemokratischen Führer meinten. Die Stahlhelmer aber sind radikaler. Vorausgesetzt, daß hinter dem Führer-ausschuss nicht ebenfalls nur eine Führerclique steht, die nur die andre ausschalten will.

Im übrigen wird es wohl im Braunschweiger Stahlhelmkrieg kaum verbeulte Stahlhelme geben. Dazu fehlt bei den Herrschaften die erste Voraussetzung: persönlicher Mut.

Treuendeutsche Nachtwächter

Unser Nürnberger Bruderblatt ist in der Lage, folgenden „treu-deutschen“ Aufruf zu veröffentlichen:

An alle Deutschgesinnten!
Zum persönlichen Schutze der Angehörigen der vaterländischen Verbände und deren Eigentum hat sich zur Abwehr eventueller Ueberfälle eine deutsche Nachtwächter-Gesellschaft gebildet. Der Nachtdienst wird von zuverlässigen treu-deutschen Leuten aus Wehrverbänden von nachts 10 Uhr bis morgens 5 Uhr zu Fuß und zu Rad ausgeführt.

Zur Deckung der Unkosten werden am 1. und 15. jedes Monats von den Grundbesitzern 30 Mark pro Nacht und von den übrigen Versicherten 15 Mark pro Nacht als Gebühr eingezogen.

In der Erwartung, daß diese Einrichtung einem seit langer Zeit bestehenden Bedürfnis Rechnung trägt, erbittet rege Anteilnahme und zeichnet

mit treu-deutschem Gruß
Deutsche Nachtwächter Argus, Nürnberg.
Geschäftsstelle Biergartenstraße 2.
Telephon 4911.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß dieses neue Unternehmen der staatlichen Polizei Konkurrenz machen will. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß hier auf dem Wege über die schwarzweisse Nachtwächter wieder eine illegale bewaffnete Organisation geschaffen werden soll, die das Licht des Tages zu scheuen hat.

Ein Rekord der Justiz

Am Dienstag hatte sich der verantwortliche Redakteur des kommunistischen „Ruhr-Schos“ in Essen, Willi Regel, wegen „verfälschten Landesberrats“ vor dem Reichsgericht zu verantworten. Das „Ruhr-Schos“ hatte am 17. Juli 1926 eine Notiz veröffentlicht, nach der das Deutsche Reich mit Genehmigung der Entente 17-Zentimeter-Geschützrohre sowie 40.000 Maschinen-Gewehrläufe bei der Firma Krupp in Auftrag gegeben hätte. Es wurde gleichzeitig behauptet, daß die Firma Krupp den Auftrag des Essener Konsumvereins Eintracht zur Lieferung von 20 Kraftwagen ablehnte.

Ein als Zeuge geladener Direktor der Firma Krupp bestritt, daß neue Maschinen zum Geschützbau aufgestellt wären. Nichtig sei jedoch, daß im vorigen Jahre mit Genehmigung der Entente 9000 Gewehrläufe und 4000 Maschinen-Gewehrläufe bei der Firma Krupp gefertigt worden sind.

Der Reichsanwalt beantragte 18 Monate Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Nur eine Kasymeldung die dadurch, daß sie behauptete, mit Genehmigung der Entente seien die Waffen hergestellt worden, wohl kaum als absichtlicher „Verrat“ bezeichnet werden kann, die außerdem überhaupt nichts „verraten“ hat, ein Jahr Gefängnis. Wahrlich eine Leistung! —

Justizbeamte im Güteverfahren

Der Bund deutscher Justizamtsträger hat den Reichstag neuerdings in einer Eingabe gebeten, die mittleren Justizbeamten zur Wahrnehmung der Termine im Güteverfahren zuzulassen und ihnen die Ermächtigung zum Erlass von Versäumnisurteilen zu erteilen, falls sich im Güteverfahren das Vorliegen der Voraussetzungen für ihre Verkündung ergibt. Beide Arten von Geschäften sind bisher den gelehrten Richtern vorbehalten.

Der Reichsanwalt des Abg. Landsberg (Soz.) stand der Petition, über die am Dienstag im Rechtsausschuß beraten wurde, wohlwollend gegenüber. Er verwies u. a. darauf, daß die mittleren Justizbeamten, unter denen viele hochqualifizierte Kräfte seien, auf dem Gebiet des Mieterschutzes zur Mitwirkung im Güteverfahren berufen und für den Erlass von Zahlungsbefehlen, die sich von Versäumnisurteilen doch nicht unterscheiden, zuständig seien. Sein Antrag ging dahin, die Petition der Reichsregierung als Material zu überweisen.

Ihm traten der sozialdemokratische Abg. Lohmann und der kommunistische Rosenberger entgegen. Der erstere führte aus, die Leitung des Güteverfahrens im Güteverfahren erfordere die volle tatsächliche und rechtliche Beherrschung des Stoffes; dafür seien die mittleren Justizbeamten nun einmal nicht vorgebildet. Die Gründe, aus denen Herr Rosenberger sich für die Aufrechterhaltung eines Monopols der Berufsrichter einsetzte, waren, obwohl er sie vortrug, nicht verständlich. Beide Redner forderten, daß man über die Petition zur Tagesordnung übergehe.

Der Rechtsausschuß erhob jedoch den Antrag des Abg. Landsberg (Soz.) zum Beschluß.

Höpfer-Nachhoff stellt richtig

Im Steuerauschuß des Reichstags zeigte sich am Dienstag noch deutlicher als bisher die Uneinigkeit und Schwäche der Regierungsparteien. Die Sitzung begann mit einer Rede des Abg. Nolte von der Wirtschaftspartei. Sie war insofern bedeutsam, als die Wirtschaftspartei, obwohl sie nicht zur Regierung gehört, die Regierung unterstützen muß, wenn das Kompromiß sichere Annahme finden soll. Nolte aber machte die Zustimmung der Wirtschaftspartei von der Befristung des Finanzvergleichs auf ein Jahr abhängig, während die Regierungsparteien 2 Jahre beantragen wollten.

Zum Mittelpunkt der Verhandlungen aber stand ein Duell Preußens kontra Bayern. Der preußische Finanzminister Höpfer-Nachhoff vertrat mit großem Geschick nicht nur die preußischen Interessen, sondern auch die Reichsinteressen gegenüber den bayrischen Heberforderungen. Er wies nach, daß Art und Höhe der für die süddeutschen Staaten vorgesehenen Entschädigungen aus der Biersteuergemeinschaft verfassungsgemäß und finanzpolitisch untragbar seien. Gemäß § 8 des Gesetzes über die Biersteuergemeinschaft vom Jahre 1920 sei eine Wändrung der Entschädigungen nur mit Zweidrittel-Mehrheit möglich. Auch gehe die Höhe der vorgesehenen Entschädigung über das sachlich Berechtigte wesentlich hinaus.

Nach einbrückvoller aber war der Teil der Rede von Höpfer-Nachhoff, in dem er nachwies, daß Bayern durch die Reichsteuerentlastung nicht benachteiligt, sondern begünstigt werde. Wenn Bayern bei der Biersteuer zugunsten der Allgemeinheit mit 25 Millionen vorausbelastet sei, so sei es nach denselben Grundsätzen bei der Branntweinabgabe mit 6,8, bei den direkten Steuern mit 48,7 Millionen im voraus entlastet. Insgesamt betrage die Entlastung Bayerns 30 Millionen, auch wenn man eine ganze

Farben erstrahlen! Der Zuschauer verliert nichts an diesem „Panorama“. — Dann der Festsaal im 2. Akt! Die glatte, schmucklose Fensterfront; hinter der sich das südlich bunte Treiben der spanischen Hochzeit (mit netten Balletts der Alice Zidler) abspielt, ist durchaus sachlich und deshalb gut. Weshalb bringt man da ein lächerlich unproportionales Fensterchen mit Gitterchen und Markisen an? Die Ereignisse vollziehen sich hinter und an den Fenstern. Die Fassade braucht durchaus nicht in Erscheinung zu treten, am wenigsten aber durch dieses winzige, ridicule Erkerchen. Im letzten Akte plätschert ein Springbrunnen, d. h. man hört es nur, zu sehen ist davon nichts. Was macht der Springbrunnen schon aus? — Was macht das Plätschern schon aus? — Ueberhaupt hätte man hier ein wenig selbständiger vorgehen sollen, mit mehr dramaturgischer Einsicht. Wenn man gegen die Regieanmerkungen des Manuskriptes verstößt, ist man nach lange kein Revolutionär oder gar Feind. Auch die recht dürftige Entschädigung hätte man wenigstens an den schlimmsten Stellen korrigieren sollen. Wenn Falud sagt: „mir kloßt das Herz zum Brechen“ —, dann denkt jedermann an etwas Rehnliches wie Brechen, was mit R anfängt.

Doch diese Ausstellungen sollen uns und ändern nicht die Freude verderben an der sonst sehr hübschen Aufführung. — Am den Abend zu fällen, ging vorher Strawinskys „Petruška“ in der bekannten Aufführung in Szene. Wieder hatte man keine Freude an dem feinnervigen und laubern Spiel des Orchesters (bloß die Bläser können es mitunter nicht vermeiden —), an den aparten Einfällen unserer Balletmeisterin und an der fortschreitenden Verbollkommnung der Tanzgruppe, unter der — neben Ella Mayer-Storch — Elli Günther und Hilde Thüm besonders angenehm auffielen.

Das Abonnementspublikum schlug ein paarmal in die Hände, was ein kümmerlicher Dank für die Leistung unserer Theaters sein sollte.

Eine russische Theaterausstellung, die einen Ueberblick über die Entwicklung des Theaters während der 10 Jahre der Sowjet-herrschaft bietet, wird am 1. April in der Akademie der Künste in Leningrad eröffnet und soll bis zum 1. Juli dauern. Zur Beteiligung sind sämtliche Theater der Sowjetunion, Filmgesellschaften, Bühnenmacher und -architekten, Regisseure, Versuchsbühnen und theaterwissenschaftliche Verbände eingeladen. Neben der Ausstellung sind Wettbewerbe der Theater, Vorstellungen von Puffertücken, Diskussions über Theaterfragen u. a. geplant. Die besten Inszenierungen, Ausstattungen und Arbeiten von Theatermalern und -architekten sollen mit Preisen ausgezeichnet werden, und ein illustrierter Katalog soll neben reizen Sachauf-sätzen auch Abhandlungen über Geschichte und Arbeitsprogramm der Sowjettheater enthalten.

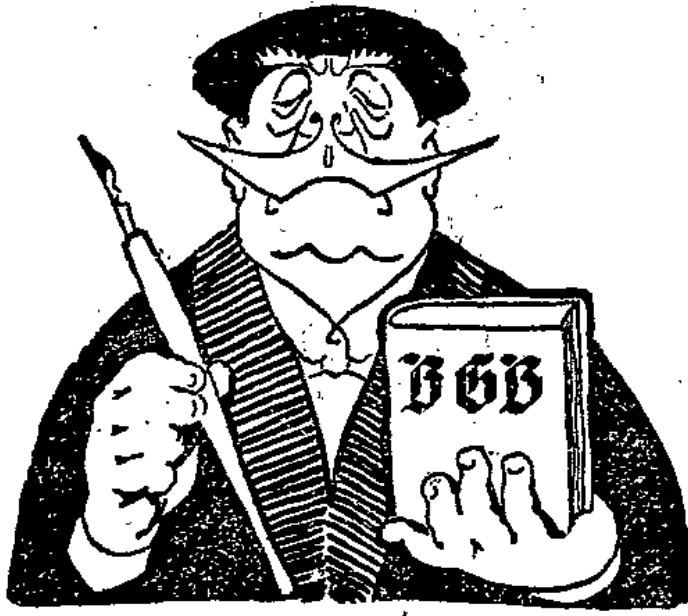
Reihe von Steuerarten, die ebenfalls eine Entlastung Bayerns darstellen, mangels Unterlagen nicht berücksichtigt.

Wenn Bayern und Württemberg für ihr Postregal eine nachträgliche Entschädigung erhalten, so müsse Preußen parallel Ansprüche für Eisenbahnen, Schifffahrtswege, Forsten usw. geltend machen. Es sei für Preußen völlig unerträglich, schlechter gestellt zu werden als andre Staaten.

Die Antwort des Reichsfinanzministers Dr. Brücker fiel sehr dürrig aus, da er jedes Eingehen auf den Vorwurf von Höpfer-Nachhoff, Bayern sei zu Lasten der übrigen Länder und des Reiches bevorzugt worden, vermied.

In der weiteren Debatte kamen zunächst die Abgg. Doktor Pfleger (Bayr. Vp.) und Staatsrat Wolf für die bayrische Regierung zu Wort. Sie verteidigten Bayerns Machtansprüche

Nach dem Disziplinarurteil.



Landgerichtsdirektor Hoffmann: Verletzung in ein gleich-artiges Amt? — In Magdeburg war ich der „Fürst“, da kommt nur in Frage ...



... König von Preußen!

und wehrten sich gegen den Vorwurf, Bayern verkaufe seine Eigenstaatlichkeit gegen klingende Münze.

Bemerkenswert war auch die Rede des volksparteilichen Abg. Reinath. Die Deutsche Volkspartei verlange einen zwangsweisen Abbau der Realsteuern und mache von befriedigenden Erklärungen darüber ihre endgültige Stellung abhängig.

Die allgemeine Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt.

Abänderungsanträge der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratie hat zu den Ausschussverhandlungen über den Finanzvergleich zahlreiche Abänderungsanträge gestellt. Sie verlangt

1. zur Hauszinssteuer Bestimmungen, wonach die Länder anordnen können, daß Steuerpflichtige, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht erreichen, von der Steuer befreit werden, doch muß die Einkommensgrenze für die Besitzer aller bebauten Grundstücke die gleiche sein. Von der Hauszinssteuer sollen nicht mehr als 20 Prozent der Friedensmiete zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden dürfen. Auch wird die Begrenzung der Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete bis zum 1. März 1928 verlangt.

2. Zur Einkommensteuer wird gefordert restlose Besteuerung der Spekulationsgewinne und Verschärfung des § 49 über die Besteuerung nach Verbrauchs.

3. Bezüglich der Verbrauchssteuern wird die völlige Aufhebung der Zuckerversteuer verlangt.

4. Für den Fall der Aufhebung der gemeindlichen Getränkesteuer sollen die Gemeinden aus Reichsmitteln Ersatzleistung in Höhe von je 75 Millionen Reichsmark jährlich erhalten.

5. Für den Fall der Annahme der Erhöhung der Entschädigung der süddeutschen Staaten aus der Biersteuergemeinschaft soll der dem Reich entstehende Mehraufwand durch die Erhöhung der Vörsenumsatzsteuer gedeckt werden.

Mussolini lebenslänglicher Kanzler

Aus Mailand wird uns berichtet: Die durch die rückwärtslose Machtentwicklung des Faschismus und Mussolinis entstandene Verfassungskrise in Italien verlangt gebieterisch eine endgültige Lösung. Bis heute hat sich die faschistische Diktatur schlecht und recht der Monarchie anbequemt; in Wirklichkeit hielt der „Duce“ alle Macht in Händen, während die Monarchie nur scheinbar ihre alten Vorrechte besaß. Dies ist nicht ohne wiederholte Mißstimmungen abgelaufen, aber der König hielt es stets für angebracht, nachzugeben.

Eine solche Sachlage kann sicherlich nicht berewigt werden. Den Faschisten genügt es längst nicht mehr, in Mussolini nur den Premierminister zu sehen; sie fürchten die Zukunft und wissen, daß irgendein unvorhergesehenes politisches Ereignis dem König seine alte Rolle wiedergeben kann. Während der Affäre Matteotti, vom Juni 1924 bis Januar 1925, als Mussolini sich zum Schildhalter der Verfassung aufzuerheben gezwungen war, geschah das, um eine Intervention der Krone in dieser Krise zu verhindern. Und um sich gegen jede derartige Ueberwindung zu sichern, plant, wie in faschistischen Kreisen behauptet wird, Mussolini, sich zum Kanzler auf Lebenszeit ernennen zu lassen.

In faschistischen Kreisen wird von fast nichts andern mehr gesprochen; man erwartet die Verkündung dieser Ernennung entweder am Jahrestag der Einsetzung der „Faschi“, zum 23. März,

oder bei der Gründungsfeier Roms am 21. April. Zum Jahrestag der „Faschi“ werden bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, er soll als ganz große nationale Angelegenheit aufgezogen werden, und Mussolini selbst hat im Einvernehmen mit den Führern der faschistischen Hierarchie zur imposanten Gestaltung dieses „glorreichen“ Erinnerungstages aufgefordert. Nebenbei hat er zu verstehen gegeben, daß jeder, der die Kundgebung dieses Tages läßt, als Feind des Regimes angesehen und als solcher streng bestraft werden soll.

Durch Rundschreiben sind die faschistischen Vertrauensleute angehalten, für die nötigen Fonds durch Subskriptionen und freiwillige Beiträge zu sorgen, wobei in erster Linie die Armen gezwungen werden, aus ihren magern Löhnen ihr Scherlein beizutragen, damit der Welt gesagt werden kann, Italien habe aus dem unbestieglichen Drang, seinen faschistischen Schutzherrn seine Zustimmung zu zeigen, aus eigenem Antrieb alle Opfer auf sich genommen.

Wie dem auch sei, an diesem oder jenem andern Tage soll die Ernennung des „Duce“ zum lebenslänglichen Kanzler verkündet werden. Der Plan ist nicht neu. Schon vor der Matteotti-Affäre sprach man davon, und damals brachte im Großen Faschistischen Rat der Unterstaatssekretär Bianchi einen formellen Vorschlag in diesem Sinne ein. Heute kommt man wieder darauf zurück und, wie es scheint, mit Zustimmung des Königs, der damit seine eigene Absetzung erklärt. Denn wenn tatsächlich dieser Plan verwirklicht wird, wird in Italien Mussolini absoluter Herrscher sein; wie soll dann das Weiterleben der Monarchie gerechtfertigt werden?

In denselben faschistischen Kreisen spricht man von einer bevorstehenden politischen Amnestie. Täusche man sich nicht, denn das, was die Faschisten so nennen, ist nichts andres als eine Gnadenmaßnahme, von Gründen der Staatsraison diktiert, nicht aber der Wunsch, zu vergessen und eine Ungerechtigkeit wieder gutzumachen, was die Grundlage jeder Amnestie sein muß, die diesen Namen verdienen will. Die Amnestie bezeichnet das Ende einer Gewaltpolitik und bis zu einem gewissen Grade die Rückkehr zum Recht. Sie mußte also von einer Aufhebung der Ausnahme-gesetze begleitet sein; daß dies jedoch nicht im Plan der faschistischen Regierung liegt, braucht nicht betont zu werden. Auch diese Amnestie wird also, sollte sie wirklich beabsichtigt sein, wieder eine neue Täuschung werden! — D. C.

Frankreich und China

In der französischen Kammer hat am Dienstag Briand auf die Frage eines sozialistischen Abgeordneten über die Haltung Frankreichs in China geantwortet, daß die gegenwärtige Lage in keiner Weise eine Änderung der bisherigen Haltung Frankreichs rechtfertige.

Frankreich werde weiterhin zwischen den Parteien eine absolute Neutralität einhalten. Im übrigen werde die französische Republik in keiner Weise den Freiheitskampf des chinesischen Volkes fördern.

Falls jedoch die Sicherheit und das Leben französischer Staatsangehöriger bedroht würde, würde Frankreich gezwungen sein, seine Haltung zu ändern. Aber die chinesischen Wirren seien eine innere chinesische Angelegenheit, in die sich Frankreich nicht mische.

Notizen

Polizeivizepräsident von Berlin. Zum Nachfolger des nach Kassel versetzten Regierungspräsidenten Dr. Frießenburg ist der bisherige Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weiß, am Dienstag vom preußischen Staatsministerium zum Polizeivizepräsidenten von Berlin ernannt worden.

Veränderungen der Entschädigung. Alle Fraktionen des Preussischen Landtags mit Ausnahme der Völkischen und Kommunisten haben einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preussischen Landtags dahin geändert werden soll, daß von der Teilnahme an den Sitzungen des Landtags aus geschlossene Mitglieder für die gesamte Zeit bis zum Ablauf des letzten Ausschusses das Recht zur freien Fahrt und den Anspruch auf Aufwandserstattung nebst dem Ausgleichszuschlag verwirken. Die Bestimmungen, nach denen freie Fahrt und Aufwandserstattung gewährt werden, sollen für den Präsidenten und die stellvertretenden Präsidenten des Landtags sowie für die ständigen Mitglieder des Ständigen Ausschusses auch nach Ablauf der Wahlperiode oder nach der Auflösung des Landtags bis zum Ablauf des Tages gelten, an dem der neue Landtag zusammentritt.

Depeschen

Frankreichs Stellung zur Coolidge Note

Paris, 16. März. Im nächsten Ministerrat wird Briand die Antwort vorlegen, die Frankreich auf den neuen amerikanischen Schritt in der See-Wärftungsfrage erteilen will.

Nach dem „Matin“ hat Briand sich bereits am Dienstag in dieser Frage mit Rom und London in Verbindung gesetzt. Frankreich lege Wert darauf zu wissen, welche Antwort Rom auf diesen zweiten Schritt der Vereinigten Staaten erteile. Die Ansicht Großbritanniens sei anderweitig wichtig, weil der „ganze wunde Punkt“ nicht in Washington, sondern in London liege, denn England habe den ersten Schritt im Bau neuer Kreuzer getan und die Vereinigten Staaten gezwungen, nachzufolgen.

Die französische Regierung wird — immer nach dem „Matin“ — nicht mit einer endgültigen Zu- oder Abgabe antworten, zumal noch mehrere Punkte der amerikanischen Note der Aufklärung bedürfen, vor allem auch die Frage des Zeitpunktes der geplanten Konferenz.

Auswärtiger Ausschuss am Donnerstag

Berlin, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für Donnerstag vormittag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht der Bericht und die Aussprache über die Genfer Verhandlungen. Heute, Mittwoch nachmittag, beschäftigt sich der interfraktionelle Ausschuss mit dem gleichen Thema.

Strandung eines deutschen Dampfers

Ab. Dbejja, 16. März. Die hiesige Küstenfunkstation fing einen Hilferuf eines deutschen Dampfers auf, der 10 Meilen von dem türkischen Hafen Sinope entfernt gestrandet ist. Es wurden darauf Schiffe zur Hilfeleistung entsandt.

Brennender Schnellzug

Ab. Rom, 16. März. In dem Luzuguss Nizza-Wien geriet gestern Abend ein Schlafwagen auf bis jetzt unklärliche Weise in Brand. Dieser griff auf den zweiten Wagen des Zuges über. Die Passagiere dieser Wagen, von denen mehrere bereits zu Bett gegangen waren, konnten sich in die übrigen Wagen des Zuges retten. Sobald der Brand bemerkt wurde, hielt der Zug auf freier Strecke an. Die beiden brennenden Wagen wurden abgefoppelt und brannten vollständig aus. Der Schaden, den die Schlafwagen-gesellschaft durch den Verlust des Gepäcks der Reisenden zu tragen hat, soll sich auf 3 Millionen Lire belaufen.

Besonders preiswerte

Damen-Hüte

Jugendlicher Hut aus Ripstafel, aparte Verarbeitung und Ziernadel	2 65	Damen-Hut aus Seidenstrohbörde, mit Goldverzierung	5 75
Damen-Hut aus Kunstseidenrips, mit Fantasieborde verarbeitet	2 95	Frühjahrs-Hut aus Fantasieborde und Kunstseide	5 95
Fescher Laufhut handgenäht, Bordenkopf mit Kunstseide verarbeitet	3 45	Frauen-Hut aus Ripstafel, mit vornehmer Plisségarnitur	7 95
Fesche Kappe aus Strohbörde, handgenäht, mit aparter Bandgarnitur	3 75	Haarfilzhut mit moderner Stepperei	7 95
Moderne Glocke aus Fantasieborde und Seidenrips gearbelt	5 50	Filzhut fesche, weiche Form, mit aparter Malerei	9 75

Lange & Münzer

Breiter Weg 51-52

amtliche Bekanntmachungen

... hierher zu haben sich wieder häufiger ...
... die Führer von ...
... die ...
... die ...
... die ...
... die ...
... die ...
... die ...
... die ...
... die ...

Bekanntmachung

Son dem Magistrat in Burg bei Magdeburg als dem durch Verfügung der ...
... die ...
... die ...
... die ...
... die ...

Arbeitsmark

... die ...
... die ...
... die ...

Arbeitsbursche

... die ...
... die ...
... die ...

Ungefügter

... die ...
... die ...
... die ...

Arbeitsbursche

... die ...
... die ...
... die ...

Obstbäume

Süß- und Halbbaum, Busch, Spalter ...
... die ...
... die ...

Sämereien

Otto Fuchs, Magdeburg-Neustadt
Verkauf nur Kastanienstraße 18.
... die ...

Speise- und Gaartartoffeln

Hermann Klantretter,
Ami Stephan 42587.

100 Reichsmark

... die ...
... die ...

Günstige Gelegenheiten für Kasse-Kärier

... die ...
... die ...

Möbelspeicher

Jakobstraße 49

Große Verkehrsstarke von Deutschland

Majität 1:150000, mit ...
... die ...
... die ...

Billig und gut

Crêpe de Chine Mk. 3 80
Crêpe Georgette Mk. 7 50
Helvetia-Seide Mk. 2 85
alles doppeltbreit, im Spezialgeschäft
Batik
32a Ulrichstraße 10, gegenüber der Ulrichskirche

Jeder Stand trinkt
Brandt
Allerwelt
Brandt
das
Aufbau
Kaffee-Getränk
reicht für ca. 100 Tassen

Standesamtliche Nachrichten

Magdeburg-Mittelstadt.
Todesfälle: 15 März, Jolietretär a. Emil Vanmann 73 J. Arbeiter-Jubiläum Friedrich Schulze, 85 J.

Magdeburg-Neustadt

Todesfälle: 15 März, Ehefrau des Arbeiter-Jubiläum des Adolf Rütchstein Elisebeth geb. Wolf verw. Wittmann 73 J. Ehefrau des Kriminal-Oberwachmeisters 1. August Brandes, Ehefrau geb. Könnede, 56 J.

Magdeburg-Endenburg

Todesfälle: 14 März, 34. hinter Hermann Schömel, 74 J. Arbeiterwitwe Ida Schütte geb. Wandt in Or-Dierleben, 49 J. Gastwirt Roy Friedrich, 53 J. Werkmeister Albert Kranke, 47 J. Ehefrau Wilhelm Gerloff, 31 J. Ehefrau des Bauherrn Ernst Meincke, Ernst geb. Juchacz 24 J.

Sozialdemokratische Partei Ortsgruppe Arenalsee

Am 11. März morgens entwichen plötzlich unsere liebe Marie König geb. Gildenspeinnig 288 im fast vollendeten 52. Lebensjahre. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Der Vorstand.

Am Montag den 14. d. M. entwichen nach schwerem Krankenlager unsere liebe Tochter und unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante
Ella Schrader im blühenden Alter von 22 Jahren.
Gardedelegierte, den 13. März 1927.
In tiefer Trauer
Adolf Schrader nebst Frau und Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Freitag Mittag 1 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Dankfagung

Für die so überaus zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme bei der Beerdigung unserer teueren Entschlafenen sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. Gleichgültig danken wir dem Herrn Kap an Brantcamp für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.
Magdeburg, den 17. März 1927.
Breiter Weg 75/76.
832

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Gastwirt Albert Klement.

Dankfagung

Geimg. ehrt vom Grabe untrer lieben Entschlafenen, sagen wir allen Verwandten und Bekannten herzlichsten Dank für die Beweise der Anteilnahme und Beistand, sowie den Bewohnern des hiesigen Berufsbüros Strabe 9 unsern herzlichsten Dank. Besondere Dank den Ruhebeamten der Stadtgemeinde und Herrn Pastor 3 hier für ihre trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.
Wilhelm Mertens und Kinder. 762

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzsendungen beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Bewohnern des hiesigen Berufsbüros Strabe 9 unsern herzlichsten Dank. Besondere Dank den Ruhebeamten der Stadtgemeinde und Herrn Pastor 3 hier für ihre trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.
Hermann Bümann und Kinder. 761

Curtius gegen Lohnerhöhung

Die Dienstausschreibung des Reichstags wird um 2 Uhr vom Präsidenten Ciser eröffnet. — Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die kommunistische Fraktion, die Erhöhung der Zinsfußrenten als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. F. Hiel (Dt. Vp.) erhebt Widerspruch, weil man erst die Aufklärung darüber abwarten müsse, wie hoch die finanzielle Belastung sei. Infolge dieses Widerspruchs ist der Antrag abgelehnt.

Das Haus fährt fort mit der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

Abg. Behnen (Dt. Vp.) begründet einen Antrag, wonach zur Erschließung der Moore- und Seebüchereien in nördlichen Hannover der begonnene Bahnbau Buntehude-Sarfeld baldigt fertiggestellt werden soll. Der Redner wendet sich gegen das Teilschuldsystem und gegen den überhandnehmenden Hausierhandel auf den Dörfern.

Abg. Sommer (Ztr.) fordert eine stärkere Berücksichtigung des Handwerks in allen Wirtschaftspragmen, das keine Erntenzurechtigung bisher bewiesen habe. Die Reichsbruderei mache den Kleinern Betrieben eine schädliche Konkurrenz.

Abg. Bühl (Dem.) bemängelt die Unzulänglichkeit der Denkschrift über die Kongerne, sie stelle nur einen Katalog über die vertrusteten Unternehmungen dar, enthalte aber nichts über deren Wirken.

Abg. Lemmer (Dem.) stellt fest, daß durch den Gesetzeswurf über die Herstellung von Zündhölzern einem vollkommenen privaten Trust ein staatlich garantiertes Monopol gegeben werden solle. Der ausländischen Gruppe, die drei Viertel der deutschen Produktion beherrscht, solle durch Gesetz die Ausbeutung des deutschen Marktes überlassen werden.

Abg. Gremberg (Komm.) begründet einige Anträge, in denen öffentliche Kredite für das Kleinergewerbe, Kontrolle der verteilten Darlehen durch Vertreter der Kleinergewerbetreibenden und Verbot von Pfändungen bei den in Not geratenen Kleinergewerbetreibenden gefordert werden.

Abg. Simon (Franken, Soz.) begrüßt, daß für den Ausbau der Statistik erhöhte Mittel angefordert werden.

Abg. Sinn (Ztr.) wendet sich gegen die preistreibenden Tendenzen der Kartelle.

Abg. Nufemann (Soz.)

weist darauf hin, daß die Arbeiter keine Gegner des technischen Fortschritts seien und der Deutsche Bergarbeiterverband schon im Sommer 1925 Richtlinien für die Umstellung im Kohlenbergbau aufgestellt habe. Diese Umstellung aber sollte unter maßgebender Mitbeteiligung der Arbeiter vorgenommen werden. Die Verhandlungen darüber sind ergebnislos verlaufen und das hat unter den Bergarbeitern heftige Empörung hervorgerufen.

Eine günstige Fortentwicklung der Kohlenwirtschaft kann nur dann erfolgen, wenn die in Produktionsprozess stehenden gleichberechtigt daran Anteil nehmen. Die vom Reichswirtschaftsministerium bisher aufgenommene Produktions- und Lohnstatistik ist unzulänglich, die Bergarbeiter fordern die Einführung einer Selbstkostenstatistik, an der die Arbeitnehmer mitwirken. Eine Statistik, die ohne die Mitwirkung der Arbeiter aufgestellt wird, verdient kein Vertrauen.

Die Syndizierung der Kohlenwirtschaft darf nicht zum besten der Unternehmer wirken, sie muß zum besten der gesamten Volkswirtschaft ausgebaut werden, so daß sie eine wirkliche Kohlengemeinschaft ist. Dieser Ausbau muß auch auf die Veredelungszeugung ausgedehnt werden.

Der Redner verlangt am Schluß, daß unter Mitwirkung der Arbeitervertreter rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die zu erwartende Nahrung der Saargruben in den kommenden Wochen zu gewährleisten.

Abg. Frau Lüders (Dem.) macht auf die Arbeiten für die Typisierung der Massenwaren aufmerksam und ersucht um größere Förderung dieser Bestrebungen.

Abg. Limberg (Soz.)

begründet eine Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion, worin eine Änderung des Gesetzes über die Regelung der Kalkiwirtschaft verlangt wird. Die Beteiligungsziffer soll für die Zeit einer über 6 Wochen hinausgehenden Stilllegung eines Kalkwerkes ruhen. Bei Uebertragung, Rückgabe, Rücknahme oder Austausch von Beteiligungsziffern hat das Kalkwert, das Entlassungen von Arbeitern oder Angestellten vornimmt, diesen für die Dauer von 24 Wochen den vollen Lohn oder volle Gehalt zu ersetzen. Um Umgehungen des Gesetzes zu verhindern, soll die Beteiligungsziffer auch dann ruhen, wenn trotz der Stilllegung aus Vorräten geliefert wird und wenn die Stilllegung eines Werkes nur vorübergehend erfolgt. Der Redner weist darauf hin, daß die Kalkindustrie ein Musterbeispiel dafür biete, wie nicht rationalisiert werden dürfe. Unter den Stilllegungen haben die Bergarbeiter außerordentlich gelitten. Ihre Zahl ist um 13 000, die der Angestellten um 3500 zurückgegangen.

Die Stilllegungen sind nicht aus dem Grunde der Rentabilität erfolgt, sondern nur von personellen Gesichtspunkten aus. Eine Rationalisierung hat nur dann einen Zweck, wenn sie die Freiheit und die Lebenshaltung der Arbeiter hebt. Das war bei der Kalkindustrie nicht der Fall.

Die Rationalisierung im Kalkbergbau ist im Interesse der Kongerne durchgeführt worden. Die von der Sozialdemokratie verlangte Änderung des Kalkgesetzes ist deshalb notwendig, weil sich eine ganze Anzahl von Mißständen ergeben haben, unter denen die Arbeiter und Angestellten zu leiden haben.

Abg. Abrecht (Dt. Vp.) polemisiert gegen die Abgeordneten Nufemann und Limberg. Er behauptet, daß die Unternehmer im Bergbau die Interessen der Gesamtwirtschaft und auch die der Arbeiter und Angestellten wahrnehmen.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Es folgen die Abstimmungen

Der Haushalt wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Die sozialdemokratischen Entschlüsse über Errichtung eines Kontrollamts für Kartelle, zur Änderung des Kalkgesetzes und zur Verpflichtung der wahrheitsgemäßen Auskunftserteilung auf produktionsstatistische Fragen wurden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Die mit der Aussprache verbundenen Anträge aus dem Hause werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Eine Reihe von Entschlüssen wird für erledigt erklärt.

Der Gesetzentwurf über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Um 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch mittag 1 Uhr.

Preussischer Landtag

Der Preussische Landtag nahm am Donnerstag nach 14tägiger Pause seine Beratungen wieder auf. Zur Geschäftsordnung beantragten die Kommunisten sofortige Beratung ihres Antrags, den freigeprochenen Landgerichtsdirektor Jürgen aus dem Richteramt zu entfernen und die von diesem verurteilten Arbeiter zu amnestieren. Die Deutschnationalen verhinderten durch ihren Widerspruch die sofortige Beratung des Antrags.

Der einzige Punkt der Tagesordnung war die zweite Lesung des Kultusekrets, von dem zunächst das Volksschul- und Lehrerbildungswesen, die evangelische und die katholische Kirche zur Beratung stehen.

Den Reigen der Redner eröffnete der deutschnationale Abgeordnete Dölge, der die Erwartung ausdrückte, daß der Kultusminister Dr. Veder nach seinen Versprechungen im Hauptauschluß bei den kommenden Kontraktverhandlungen die Interessen Preussens wahren wird. Die weltlichen Schulen hielt er für verfassungswidrig. Die Politik des Ministeriums trage den Stempel der problematischen Natur des Ministers Dr. Veder, der nicht wisse, was er wolle.

Der deutschnationale Redner trat in wirkungsvollen Ausführungen der sozialdemokratische Abgeordnete König (Swinemünde) entgegen. Er wies darauf hin, daß die letzte Schuld daran, daß das preussische Kultusministerium seine kulturpolitischen Aufgaben nicht so erfüllen könne, wie es wünschenswert wäre, der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern ist. Hier könnten die Deutschnationalen auf ihre Kollegen in der Reichsregierung einwirken, den Ländern mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Sehr treffend kennzeichnete König die Veranschaulichung, die mit allgemeinen Mitteln in der Reichsversammlung wird. Im übrigen werde die welt- und wirtschaftspolitische Entwicklung, die im Völkerverbund ihre Widerspiegelung findet, kulturpolitisch vom Kultusministerium zu wenig berücksichtigt. Der internationale, völkerverböhnende Gedanke müsse mehr in den Vordergrund gestellt werden. Die Frage des Kontrakts werde von der Sozialdemokratie leidenschaftlich betrachtet. Sicher konnte man darüber streiten, ob ein Kirchengesetz oder ein Kontrakt besser für den Staat sei. Die Sozialdemokratie stelle jedenfalls

Ferman

einfachstes Mittel gegen Schnupfen wirkt frappant!

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence-D. Desberry.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Gernyria Zur Mühlen.

Zeichnungen von Rudolf Bethge.

(40. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Während der folgenden Stunde hüfte Mazzino viele seiner Sünden ab. Hüßlos, ohnmächtig in den Armen des Knieen, mit verbundenen Augen sah er da, wußte nicht, wohin die Fahrt ging, wußte nicht, was ihn am Ende derselben erwartete. Vergeblich suchte er sein Gehirn mit Fragen: wer waren diese beiden Männer? Er konnte sich nicht erinnern, sie im Leben gesehen zu haben. Und was hatte er ihnen, den Unbekannten, getan? Werzhalb wurde er verführt? Er mußte von daheim, was derartig Verführung zu bedeuten pflegten: eine Leiche im Wald, oder von einem Fluß ans Ufer gespült. Benedetto Mazzino schauerte in der kühlen Morgenluft. Versuchte dann, sich zu beruhigen: er war ja nicht in Italien, sondern in England; hier kommen derartige Dinge nicht vor. Aber wenn dennoch...

Das Auto schien einzugiebeln, verlangsamte das Tempo. Dann gellte die Sirene auf; das Auto hielt an.

Mazzino vernahm laufende Schritte, etwas knarzte, als würde ein Tor geöffnet. Nun fuhren sie noch etwa zwei Minuten, um dann abermals Halt zu machen.

„Vorwärts!“ erkante die Stimme des Rothhaarigen. „Ich werde ihn herausheben. Sein Augenleiden gestattet nicht, daß er die Binde abnehme.“

Der Italiener fühlte sich aufgehoben, fortgetragen. Neben seinem Ohre klang die Stimme des Rothhaarigen.

„Er ist sehr schwach, der arme, ich werde ihn bis in sein Zimmer tragen. Wozu soll er sich unnütz anstrengen?“

Leichte Schritte gingen vor ihnen her, eine weiche Frauenstimme sagte:

„Nach rechts, hier, den Korridor hinunter.“

„Also auch eine Frau ist an dieser Verführung beteiligt.“ dachte Mazzino etwas beruhigt. „Dann wird die Sache ja kaum so schlimm ausfallen.“

Er wurde auf den Boden gesetzt. Die Frau sprach flüsternd mit dem Rothhaarigen, dann schlief sich die Tür.

Zwei Hände lösten die Binde von Mazzinos Stirn. Er blinzelte in der ungewohnten Helle, blickte sich dann um. Er befand sich in einem schönen geräumigen Zimmer; in der einen Ecke stand ein altes Himmelbett, auch die übrigen Möbel schienen aus einem andern Jahrhundert zu stammen. Instinktiv schweiften die Augen des Italieners zu dem großen Fenster hinüber; ein

Sußger der Erleichterung entrang sich seiner Brust; das Fenster war nicht vergittert!

Aber der Rothhaarige schien keine Gedanken zu erraten. Er lachte grimmig: „Mein, alter Gauner, hier werden Sie keine Astrobenfunkstücke machen. Dafür Sorge ich! Ich werde Ihnen getreulich Gesellschaft leisten, Tag und Nacht, bis mich ein anderer abhört.“

Dabei klopfte er mit vielstimmigem Lächeln auf seine rechte Hosentasche.

„Ein anderer?“ neue Angste befielen Mazzino, wer war dieser andere, in dessen Auftrag der Rothhaarige anscheinend handelt? Droht ihm von diesem, dem Unbekannten, die größere Gefahr? „Wann wird das sein?“ fragte er.

Der Rothhaarige suchte die Wästel.

„Das werden Sie schon sehen.“

Den ganzen Vormittag über befand sich L'Keefe in einer unentschiedenen Laune. Er schaute den armen Tommy so lange grundlos an, bis sich dieser gefränkt in sein Zimmer zurückzog, nur um nach wenigen Minuten durch das herrliche „Tommy! Komm her!“ des Freundes wieder ins Wohnzimmer gerufen zu werden.

„Waszhalb läufst Du denn fort? Ich kann nicht gleichzeitig auf die Türflügel und das Telefon achten. Du könntest Dich wirklich einmal nützlich machen.“

„Was ist denn mit Dir los, Brian?“

„Nihtz. Waszhalb sollte denn etwas los sein? Du siehst doch, daß ich ganz ruhig bin.“

„Eine merkwürdige Ruhe. Zuerst weißt Du mich um halb sechs, rühst beim Frühstück nichts an, rennst wie verrückt vom Fenster zur Tür, bist unansichtlich und...“

„Um Gottes willen, Tommy, halt's Maul! Du machst mich wahnsinnig mit Deinem Geschwätz.“

Das Telefon klingelte; D'Keefe jürzte zum Apparat, riß den Hörer ans Ohr.

„Hallo! Na, D'Keefe... Wie... ich soll in die Redaktion kommen? Källi mir nicht ein! Ich habe noch drei Tage Urlaub.“

„Was? Etwas Wichtiges? Hardy verlangt... Sagen Sie Hardy, er soll zum Teufel gehen... Ich habe heute keine Zeit.“

D'Keefe hängte fluchend den Hörer zurück; sein Blick fiel auf Tommys verdutztes Gesicht; nun wandte sich sein Zorn gegen diesen:

„Was schaut Du mich so dumm an?“ jörte er. „Genügt es denn nicht, daß mich die Redaktionen von der Redaktion unermüdet belästigen? Ich will in Ruhe gelassen werden, in Ruhe, verzeiht Du?“

Tommy hielt es für geraten, zu schweigen.

Auf diese angenehme Art beendig der Vormittag. Gegen

wei Uhr magie Tommy, dem der Magen knurrte, befehlen zu fragen: „Gehen wir heute nicht essen, Brian?“

Er bereute aber auch sofort, diese Frage gestellt zu haben. Brian D'Keefe starrte ihn wütend an:

„Essen! Du denkst ans Essen, wenn es sich um das Leben eines Menschen handelt, den Du zu lieben vorgibst? Aber so leid Ihr alle. Immer nur das liebe Ich.“

Tommy schwieg. Nun mußte er den Grund von D'Keefes Nervosität, und bezieh sie ihm gern. Aber jetzt war die Ursache des Reporters auch auf Tommy übergesprungen: Brian wartet auf eine Nachricht, das war ihm klar, und diese Nachricht hätte schon hier sein sollen. Es besteht daher die Gefahr, daß irgend etwas hier geschieht ist.

Nun gab es in der kleinen Wohnung bereits zwei angstaunlich wartende Menschen, deren Blicke von der Straße zur Uhr und wieder zurück zur Straße schweiften.

Endlich, gegen halb vier, schrie die Klingel der Wohnungstür. D'Keefe stürzte auf den Korridor; jörte dann erleichtert auf: „Ben!“

Ein kleiner schmächtiger Mann betrat vor D'Keefe das Wohnzimmer. Tommy drückte sich in eine Ecke, um nicht bemerkt und womöglich fortgeschickt zu werden.

Aber D'Keefe dachte gar nicht an ihn, fragte atmlos:

„Was?“

„Alles in Ordnung“, entgegnete Ben gelassen. „Unser Mann ist glücklich an Ort und Stelle angelangt. Der rote Fackel behütet ihn wie seinen Augapfel.“

„Gott sei Dank.“

D'Keefes blaßes Gesicht röte sich; man sah ihm an, was diese Nachricht für ihn bedeutete. Und auch Tommy empfand große Erleichterung, obwohl er gar nicht wußte, worum es sich handelte.

„Ich will wieder gehen“, sprach Ben, „treibe mich nicht gern am Tage in dieser Gegend umher. Danke, Herr D'Keefe.“

Und er nahm aus der Hand des Reporters eine Banknote und verließ das Zimmer.

Tommy konnte nicht länger schweigen.

„Bist Du nun zufrieden, Brian, ist alles erledigt?“

Der Reporter blähte ihn zerstreut an.

„Erledigt? Nein, das Schwerste kommt noch.“

„Wie?“ rief Tommy erschrocken.

Nun ernt merkte D'Keefe, daß er laut gedacht hatte.

„Das geht Dich gar nichts an, Tommy. Frage nicht, Du erhältst ja doch keine Antwort. Und jetzt können wir essen gehen.“

„Nur eins“, bat Tommy flehentlich. „Wann wirst Du wissen, ob Dein Plan völlig glücklich ist?“

„Källi? Wenn Marias Prozeß vorüber ist.“

(Fortsetzung folgt.)

auf dem Standpunkt, daß ein Kontrakt keine Bestimmungen über das Schulwesen, über das ein Staat ganz allein zu bestimmen hat, enthalten darf.

Der Abg. Dr. Lauscher (Str.) bezeugte die Frage der Kulturpolitik als eine Finanzfrage und beschwerte sich über die wenig Berücksichtigung des katholischen Bekenntnisses auf den höheren Schulen. Das Zentrum lehne die simultane Lehrerbildung grundsätzlich ab.

Die Abgeordneten Schwarz Haupt (Op.) und Böhner (Dem.) traten seinen Ausführungen entgegen und forderten die simultane Ausbildung der Lehrer.

Der Kommunist Perff bezeugte die Schule als eine Institution, die die Jugend auf kommende Kriege vorbereitet, und schließlich hielt der völkische Abgeordnete Danica noch eine wüste antifemilische Schreie.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch den 16. März. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Kultusdebatte. Vorher sollen noch eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt werden.

Nus der Wirtschaft

Kartellgericht

Das Reichswirtschaftsministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Wirkung der Kartellverordnung und den Erfolg der bisherigen Tätigkeit des Kartellgerichts vorgelegt. In der Zeit vom 24. November 1923 bis zum 1. Januar 1927 waren insgesamt 1771 Kartellfachen anhängig. In diesen 1771 Streitfällen waren oder sind aus Industrie und Handel im ganzen 399 Verbände betätigt, und zwar 37 der Textil-, 51 der Eisen- und Metall-, je 45 der chemischen und der Bau-, 33 der Kohlen-, 29 der Papier-, 27 der Nahrungsmittel-, 21 der Glas- und Porzellan-, 15 der Elektrizitäts- und Installations-Branchen, 10 des Maschinenbaues, 12 des Expeditionsgewerbes sowie 22 weitere Verbände verschiedener Wirtschaftszweige.

Die Anträge sind in 663 Fällen infolge außergerichtlicher Erledigung zurückgenommen worden; 44 kündigungsfähige Firmen haben sich vor dem Kartellgericht über ihr Ausscheiden aus dem Verbande oder über ihr weiteres Verbleiben im Kartell beschworen mit den Antragstellern verständigt. In 200 Fällen sind die Anträge durch Entscheidung des Kartellgerichts erledigt worden.

Das Reichswirtschaftsministerium selbst ist der Auffassung, daß die in den Kartellgerichtsverfahren angestellten Ermittlungen einen wertvollen Einblick in die Wirtschaftslage gewährt haben, die vielfach in der Preispolitik der Kartelle und in der Art des Organisationszuges wahrzunehmen sind. Es konnte aber auch in nicht seltenen Fällen beobachtet werden, daß die Verbände bemüht waren, den vom Kartellgericht in seinen Entscheidungen aufgestellten Grundrissen Rechnung zu tragen und begründeten Klagen ihrer Mitglieder rechtzeitig abzuwehren. Soweit die beim Kartellgericht anhängig gewordenen Streitigkeiten nicht zu einer endgültigen Entscheidung geführt haben, hat sich jedenfalls gezeigt, daß schon durch die Möglichkeit des Einschreitens der Verwaltung oder die Anrufung des Kartellgerichts eine günstige Beeinflussung der Verbändepreise erzielt werden konnte.

Angesichts des sich täglich häufenden Kartellunfugs scheint uns die Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums außerordentlich optimistisch.

Neue Knäpfbänderanlagen. Wie aus Rheinland-Westfalen gemeldet wird, wird die Gewerkschaft Roni Ceris ihre Etidgewinnungsanlagen (Mont Ceris-Verfahren) Ende September 1927 fertiggestellt haben. Hand in Hand mit den Arbeiten auf Mont Ceris gehen die Arbeiten auf der Höhe Gihézia, die im Besitz der tschechischen Governia-A.-G. ist. Auch hier will man im Anschluß an die Arbeiten auf Roni Ceris neue Anlagen größten Stils errichten. Wie es weiter heißt, sollen auch die Anlagen der Klöster-Werke fertiggestellt sein. Bei den Klöster-Werken kommt die Errichtung von Ammoniatanlagen (Mischdünger) in Frage.

Britische Handelszahlen. Die britische Statistik gibt die Einfuhr im Monat Februar mit 938 Millionen Pfund Sterling an. Gegenüber 1926 ergibt sich ein Rückgang von 3 Millionen Pfund. Die Ausfuhr stellt sich auf 529 Millionen Pfund, die Verminderung gegenüber dem Vorjahr macht 10 Millionen Pfund aus. Die Senkung der Ausfuhrziffer erklärt sich in der Hauptsache durch verminderten Export an Baumwollgarn und Baumwollfertigwaren.

Gewerkschaftsbewegung

Erweiterter Beirat im Metallarbeiter-Verband

Am 10., 11. und 12. März trat in Leipzig der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammen. Die Tagung beschäftigte sich mit dem Ausbau des Unterstützungswesens und mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit. Innerer Verbandsfragen (Agitation, Organisation, Verwaltung und Verhältnis zu anderen Verbänden) wurden außerdem besprochen und ein Bericht über die Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterbundes entgegengenommen.

Der Kommissar des Hauptverbandes, Kollege Schäfer, berichtete über das Unternehmenseinwesen. 18,1 Prozent der Mitglieder sind derzeit noch erwerbslos oder kaum 7,4 Prozent können als Kurzarbeiter in Betracht. Unterstützungen an Erwerbslose und Kranke wurden im Jahre 1926 21 Millionen Mark ausgezahlt.

Dazu kommen noch die im Statut festgelegten anderen Unterstützungsgattungen. Das sind Leistungen, die in der Welt einzig dastehen. Trotz der noch verhältnismäßig großen Erwerbslosigkeit innerhalb der Metallindustrie beschloß der Verband von der 14. Versammlung an die Erhöhung der Unterstützungssätze. Dadurch aus dem Munde des erweiterten Beirates, daß durch die Erhöhung der Unterstützungssätze Kräfte, die sich zur Erzeugung besserer Löhne, Rentiertätigkeit und Arbeitsbedingungen notwendig machen, zurückgehalten werden müßten, wurden vom Verband als unerbittlich geäuert. Der erweiterte Beirat begründete es, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ ab 1. April nicht vier, sondern acht Seiten hat. Ein Ausbau des Unterstützungswesens soll dadurch erfolgen, daß der Vorstand die Einführung einer Alters- oder Invaliden-Versicherung anstreift. Der

Erweiterte Beirat stimmt in folgender Entschliezung den Beschlüssen des Vorstandes zu:

Der erweiterte Beirat stimmt der Intraffizierung der im Statut vorgesehenen höheren Unterstützungen (Heilgeld, Ueberleitungskosten, Erwerbslosenunterstützung und Sterbegeld) ab 14. Woche 1927 zu. Er gibt ferner grundsätzlich seine Zustimmung zur Einführung einer Alters- oder Invalidenunterstützung im Verband. Deshalb begrüßt er die Mitteilungs des Vorstandes, daß eine Vorlage in Bearbeitung ist, die sofort nach ihrer Fertigstellung in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und den Mitgliedern zur rechtzeitigen Stellungnahme unterbreitet wird.

Ueber die gegenwärtige Wirtschaftslage sprach Vorstandskollege Reichel. Sein Vortrag und die sich daran anschließende Diskussion fand in folgender Entschliezung ihren Niederschlag:

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes stellt zu dem Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes einmütig fest, daß die vorgesehene Arbeitszeitreglung den berechtigten Forderungen der Arbeiter in keiner Weise entspricht. Der Entwurf läßt in besonderen Fällen eine Gesamtarbeitszeit bis zu 12 Stunden täglich zu und setzt im übrigen durch die Zulassung von 300 Ueberstunden die 9stündige Arbeitszeit als Normal-Arbeitszeit fest. Das bedeutet eine Verlängerung der Arbeitszeit noch über den gegenwärtigen Stand hinaus. Das ist untragbar und muß aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. Letzteres gilt auch für das vom Reichsarbeitsministerium beabsichtigte Arbeitszeit-Notgesetz, welches in keiner Weise den im Notgesetz-Entwurf der Gewerkschaften aufgestellten Forderungen entspricht.

Die in beiden Entwürfen der Reichsregierung vorgesehene Arbeitszeit ist weder nach dem Stande der technischen Entwicklung, noch in der Weltwirtschaftslage begründet. Die Nationalisierung der Industrie hat zu einer starken Steigerung der Leistungen und zur größeren Ausnutzung der Arbeitskraft geführt. Zum Schutze hiergegen und zur Entlastung des Arbeitsmarktes fordert der Beirat des D. M. A. den

Arbeitsabendtag als Höchst-Arbeitszeit und für ununterbrochen arbeitende Werke den Dreischichtbetrieb auf der Grundlage der 48-Stunden-Woche. Dringend erforderlich ist ferner eine Steigerung der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten durch Erhöhung der Arbeitslöhne. Die beabsichtigte Erhöhung der Mieten steht im Gegensatz zur Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerungsmasse, schädigt diese und ist deshalb zu verhindern. In die Verbandsmitglieder richtet der erweiterte Beirat die dringende Mahnung, jede Ueberzeitarbeit über die tariflich festgesetzte Zeit hinaus abzulehnen, die Organisation nach besten Kräften zu stärken und von ihr alles fernzuhalten, was ihre Entwicklung und Kampffähigkeit hindern könnte.

Zur Jugendweihe und Konfirmation ein gutes Buch

aus der
Buchhandlung Volkstimme.

Kollege Brandes berichtete dann über innere Verbandsfragen und zeigte den Weg, auf dem notwendige Verbandsarbeiten erledigt werden müssen. Mit verschiedenen freigeberkschaftlichen Organisationen wird verhandelt, um ein Kartellverhältnis herzustellen. Dieses Kartellverhältnis soll in den einzelnen Berufsgruppen die Organisationsangehörigkeitsfrage regeln und Grenzfreigebieten beseitigen. Der erweiterte Beirat beschloß auf Vorschlag des Vorstandes, daß im Jahre 1927 eine Reichskonferenz der Eisenarbeiter und eine Reichskonferenz der Orthopädiemechaniker stattfinden soll.

Ueber die Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterbundes sprach dann wieder Kollege Reichel. Er gab ein Bild über Kämpfe und Arbeiten der polnischen und französischen Metallarbeiter und teilte mit, daß der amerikanische Verband der Maschinenbauer sich der Eisen Internationalen angegeschlossen habe. Die Verhandlungen mit dem russischen Metallarbeiterverband betreffend Beitritt zum Internationalen Metallarbeiterbund sind als gescheitert zu betrachten. Die Frage des Vorstehens Vlg. ob die Russen dafür eintrreten würden, daß die abgeplätterten kommunistischen Metallarbeiter-Organisationen Frankreichs, der Tschechoslowakei usw. sich der Mutterorganisation wieder anschließen, wurde von den russischen Vertretern verneint. Die weiter den Russen vorgelegte Frage, ob sie für die Unterbindung der Zellenbildung innerhalb der Metallarbeiterverbände der einzelnen Länder nach erfolgtem Anschluß an den internationalen Bund eingutreten bereit sind, wurde von den Russen ebenfalls abgelehnt. Durch Ablehnung dieser Fragen, die die Voraussetzung zum Eintritt in den Internationalen Metallarbeiterbund sind, scheiterten die Verhandlungen. Der Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes, der 1927 in Paris stattfindet, wird von dem Scheitern der Verhandlungen Kenntnis nehmen.

Als Vertreter für den Kollegen Dörmann wurde in den Vollzugsausschuß des Bundes der Kollege Reichel, und in das Zentralkomitee der Kollege Brandes gewählt. Der erweiterte Beirat nahm die Verzichtserklärung zum Kenntnis.

Mit einem Appell an die Mitglieder des erweiterten Beirates, im Lande auf die Leistungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufmerksam zu machen, für ihn zu werben, damit die Mogenheit zu schaffen, die Lage der Metallarbeiter zu verbessern, fand die Sitzung ihr Ende.

Gewerkschaftliche Erwerbsloshilfe

Die seit mehr als einem Jahre anhaltende schwere Krise in der Papierherstellungs-Industrie hatte den Vorstand des Verbandes der Buchbinder veranlaßt, dem Beirat eine Vertage zur Erweiterung der Arbeitsloshen-Unterstützung vorzulegen, die eine Erhöhung der Unterstützung in den fünf Beitragskassen von 10 bis 30 Tagen vorsah.

Wie stark die Arbeitslosigkeit besonders im letzten Jahre war, zeigt sich darin, daß im Jahresdurchschnitt 14,9 Prozent Mitglieder arbeitslos waren. Insbesondere zeigte sich die große Notlage der Arbeitslosen in dem immer härteren Anwachsen der langfristigen Arbeitslosen. War doch nach den letzten Feststellungen der Vorstandes am 1. Februar d. J. nicht weniger als ein Fünftel der Arbeitslosen mehr als 1 Jahr arbeitslos.

Die Vorlage wurde mit 20 gegen 12 Stimmen angenommen; sie tritt aber erst am 1. Mai in Kraft. Die vorgeschlagene geringe Beitragserhöhung von 5 bis 10 Pfennig wurde ebenfalls abgelehnt, weil der Beirat dem im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstag nicht vorgreifen wollte.

Am Schluß der Beratungen forderte der Beirat in einer einmütig gefaßten Entschliezung die Durchführung eines Gesetzes, das reiflos den Arbeitunden tag als Höchstleistung vorgeliebt sowie die Durchführung eines Gesetzes, das die Bezüge der Witwen und Arbeitsinvaliden erheblich erhöht.

Verhandlungen in Sachlen

In Dresden ist bei den Verhandlungen mit dem sächsischen Metallindustriellenverband eine Einigung über die Arbeitszeit bisher nicht erzielt worden. Die Verhandlungen werden im Laufe dieser Woche fortgesetzt.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband haben zu einem Ergebnis geführt. Danach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Die Betriebe, in denen die Arbeitszeit mehr als 48 Stunden beträgt, müssen ihre Arbeitszeit auf die vereinbarte Stundenzahl herabsetzen. Die erste Ueberstunde, die über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus geleistet wird, wird mit 10 Prozent Zuschlag, die zweite Ueberstunde mit 30 Prozent Ueberstundenzuschlag errechnet. Die Akkordbestimmungen haben Verbesserungen erfahren. In der Ferienfrage hat man sich auf 6 Tage geeinigt. Die Bezahlung der Ferien geschieht in der Weise, daß die Kohnarbeiter ihre vereinbarten Stundenlöhne, die Akkordarbeiter ihren Grundakkordlohn plus 10 Prozent erhalten. Die Stunden- und Akkordlöhne werden vom 24. März an um 10 Prozent erhöht. Die Vertagbestimmungen treten am 1. April in Kraft.

Die Ergebnisse sind auf Grund freier Verhandlungen erzielt worden. Es wäre nur im Interesse der Metallindustrie zu wünschen, daß auch zwischen dem Metallindustriellenverband und den Metallarbeitern ein Ergebnis bald erzielt wird.

Proffinteressen über Unfallchutz?

Der Verband deutscher Maschinenbauanstalten hat als Spitzenverband der deutschen Maschinen- und Apparateindustrie gegen den § 6 des Arbeitsschutzgesetzes protestiert, wonach zum Zwecke der Unfallverhütung Bestimmungen über die technischen Einzelheiten des Baues und der Ausstattung von Maschinen in Form von gesetzlich bindenden Verordnungen erlassen werden können, Einspruch erhoben. Der V. D. M. A. hat Gegenproteste aufgestellt, die zeigen sollen, wie an Stelle von befehlenden, die Allgemeinheit des Maschinenbaues ohne Not schematisch bindenden Unfallchutzverordnungen ein ebenso wirksames Druckmittel in Form von anpassungsfähigen Einzelverfügungen geschaffen werden kann.

Der V. D. M. A. hat versucht, in seinem Kampfe gegen den Arbeitsschutz auch die Gewerkschaften vor seinen Wagen zu spannen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Die Gewerkschaften betrachten den Arbeitsschutz des Reichsarbeitsministeriums zwar nicht als befriedigende Lösung der schwierigen Frage, aber für eine immerhin bessere Handhabung im Vergleich zu dem Vorschlag des V. D. M. A.

Die Maschinenindustriellen wollen keine Fägel, sondern zunächst die Maschinen ungefährlich in den Verkehr bringen, da die Schutzvorrichtungen dann und wann vergrößerten Profitmöglichkeiten im Wege sind; hintennach — wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist — will man im Einzelfall Auflagen machen lassen. Der Hauptzweck des Arbeitsschutzes aber liegt in der Vorbeugung, ähnlich wie bei der Polizei. Die beste Polizei ist bekanntlich die, die möglichst wenig in Aktion treten muß. Der im Arbeitsschutzgesetz vorgesehene Arbeitsschutz hat wenigstens eine gewisse vorbeugende Wirkung.

Kämpfe in der keramischen Industrie

In der feinkeramischen Industrie hat ein Teil der Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbandes in Bayern, Thüringen, Schlefien, Mittel- und Norddeutschland zum 26. März rund 33 000 Porzellan- und Steingutarbeitern und -arbeitern gekündigt.

Die Aussperrungsankündigung soll das Reichsarbeitsministerium zum Eingreifen veranlassen und die Arbeiterschaft, die in den einzelnen Betrieben nach Beendigung des Tarifverhältnisses den Kampf aufnehmen, einschüchtern.

Der Kampf geht um eine Verbesserung des Reichsmanteltarifvertrags, um Lohnenerhöhung und um die 48-Stunden-Woche.

Die Buchdruckereibesitzer lehnen ab. Der von dem im Reichsarbeitsvertrag für das gesamte Buchdruckergewerbe vorgesehene Zentralarbeitsvertrag kürzlich gefällte Schiedspruch für die Buchdruckereihilfsarbeiter ist von den Arbeiterorganisationen angenommen, von den Unternehmern jedoch abgelehnt worden. Der Schiedspruch sieht, wie wir schon mitteilten, u. a. eine Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne in der Spitze um 3,06 Mark pro Woche ab 1. April vor sowie eine Verbesserung der Ferienbestimmungen und soll bis zum 1. März 1929 gelten. Die Unternehmer hatten einen Aufbau der Tariflöhne um 30 Prozent gefordert. Die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmer haben nunmehr beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt.

Der Schlichter im Versicherungsgewerbe. Für den 24. und 25. März sind zur Weiligung des Tarifstreits im Versicherungsgewerbe Schlichtungsverhandlungen unter dem Schlichter Dr. Königberger anberaunt.

Verhaftungen im polnischen Streik. Ein neuer Vermittlungsvorschlag der Regierung in Lodger Textilarbeiterstreik blieb ergebnislos. Die Lodger Metallarbeiter sind dem Streik beigetreten. Zahlreiche Mitglieder des Streikkomitees wurden verhaftet. Eine allgemeine Verschärfung der Lage ist eingetreten.

Nur bei der allein echten Jasmatz-Zigarette hat der Raucher die Garantie

die berühmten alten Qualitätsmarken zu rauchen. Unsere beliebte Standard-Marke Jasmatz Pto ist der Ausdruck höchster Leistung, die auf jahrzehntelanger Erfahrung beruht.

Jasmatz PTO zu 5 Pfg.
Allein echt von der G. A. Jasmatz A. G. Dresden.

? KIKI ?

Ist der Name einer Sachpille ohne Gleichen!

? KIKI ?

Kommt auf seinem Siegeszuge um die ganze Erde zuerst im Film nach Magdeburg!

? KIKI ?

Sat Millionen Menschen schon den Trübsinn verschmeckt!

? KIKI ?

Wird dem Zwerchfell und den Lachmuskeln aller Seiner Schaden zufügen!

? KIKI ?

Wird man lieber als ein Finanzamt beuchen

? KIKI ?

Wird ganz Magdeburg amüsieren! Und über

? KIKI ?

Wird sich Kaiser Otto auf dem Alten Markt vor Lachen biegen!

? KIKI ?

Wird einen ungeheuren Erfolg haben! Denn:

? KIKI ?

Bedeutet Fröhlichkeit, Frohsinn, Freude!

Natürlich:

DEULIG

Palast

die führende Filmstätte.

Heute ersichtlich letzter Tag:

Hotel Stadt Lemberg

der schönsten Film zweier Kontinente

Moden-Medie



Kammer-Lichtspiele

Unsre große Film- u. Bühnenschau wird Magdeburg begeistern!

Wir zeigen ab Freitag: Auf der Leinwand:

Schau, mach Rasse!

mit den beiden beliebten Filmhumoristen

Ossi Oswald — **Siegfried Arno**

Ein köstlicher und origineller Leitraden für die Ehe

Meine Damen, achten Sie die Manneswürde!

Meine Herren, seien Sie energisch!

Das ist die Grundidee dieses lustigsten aller Filme

Großes Beiprogramm!

Auf der Bühne und im Zuschauerraum:

Die große Frühjahrs-Modenschau

der Firmen

Julius Wertheimer

Damen- und Mädchen-Konfektion

Alfred Rosenthal

Hüte und Fuß

Beka Schuh-G. m. b. H.

Heute letzter Tag!

Gary Liedtke in **Fischingszauber**

MILD AROMATISCH



REEMTSMA CIGARETTEN
GIDON
4 PFENNIG

JUAN DER SCHRECKLICHE

Der Film der in der Welt das größte Aufsehen erregt hat.

Freitag im:

Proklamation
Der Großgrundbesitzer Karlatow wird enteignet, weil er, Meine allerhöchste Gewalt missachtend, seinem Nachbarn Lupatow Habe und Gut gepöbelnd und Leibelgese geraubt.
Ich verfüge daher: Sein Besitz verfällt Mir. Frau und Kind kommen ins Kloster.
Gegeben zu Moskau.

Stadttheater
Donnerstag, 17. März
Abf. 7^{1/2} u. Ende n. 10 U.
9. Abend
Kilian od. Die gelbe Rose
Freitag, 18. März
Abf. 7^{1/2} u. Ende geg. 10 U.
1. Abend
Don Juan
Pantomime in 3 Akten
Dienstag
Ein kurzes Leben
Spiel von M. de Falla
Sonderausgabe:
Sonntag, 20. März
vormittags 11^{1/2} Uhr
Beethoven - Gedankbilder
Pro. Dr. W. Gölther
Hörspiel
Robin Quartett
Gedankbilder
Mittwoch, 21. März
Beethoven - Gedanktag

Es spricht sich fortwährend:
Beleuchtungskörper
Wagner, Schubert, Schiller, Goethe, Büchner, Hoffmann!
Rehberg, Reinhardt
Wagner, Schiller, Hoffmann
Rehberg, Reinhardt
Wagner, Schiller, Hoffmann

Zentraltheater
DIREKTION: WALTER STERNER
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel
Cordy Milowitsch
und **Erik Wirl**
Zirkusprinzessin
Die neue große
Ausstattungs-Operette
Täglich ausverkauft!
Sitz Karten rechtzeitig im Vorverkauf zu erhalten.
Theaterkasse geöffnet: Werktags von 10 bis 1 und
2 bis 3 Uhr, Sonntags ab 11 Uhr mittags.
Sonntag: 2 Vorstellungen
wachs. 3^{1/2} Uhr (kleine Preise)
und abends 8 Uhr:
Zirkusprinzessin
in neuen Vorstellungen
Gastspiel
Cordy Milowitsch und **Erik Wirl**

Fidelio
Leonore: Frieda Zedler
Berlin: Don Placido
Zedler: Schmidt, Berlin.
Sitzreihen: E. Neuberger.
Wilhelm-Theater
Donnerstag: geschlossen

Fahrräder
kauft der kluge Mann
nur bei einem Fachmann.
Entlohnung 10
Mark Anzahlung, wöchentlich 3 bis 5 Mark.
FAHRADMÜLLER
Stephansbrücke 35. Tel. 7528.

Patentanmeldung 60.- Mark
Gebrauchsmuster 45.- Mark
Auskunft kostenlos.
Mitteldeutsches Patentbüro
Tangemünder Straße 5.

Bau- und Sparverein
Kolonie Farmerleben Fort
E. G. m. b. H.
Sonntags den 26. März, abends 7^{1/2} Uhr
findet im Saal des Herrn Gahr, 74
Farmerleben, die
ordentliche Generalversammlung
statt. Tagesordnung:
1. Vortrag (Genossenschaftsfragen), 2. Geschäftsbericht, a) des Vorstands, b) des Kassierers, c) des Aufsichtsrats, 3. Anträge
4. Wahl: a) des Aufsichtsrats, b) des Vorstandes
Anträge müssen spätestens bis 22. März 1922
in Händen des Vorstandes sein.
Mitgliedsbücher gelten als Ausweis. Die
Wahl wird im Aushang offen veröffentlicht.
Der Vorstand.
F. B. S. Hebecker, F. B. S. Straße.

FÜRSTENBERG THEATER
Am nächsten Samstag und Freitag:
Der sensationelle Lustspiel:
Das Jagdlied der Götter.
Nur kein Skandal!
Eine ganz ungewöhnliche Geschichte in
15 Szenen von dem Meister-Autor
Joseph Kesselring
Am Freitag, den 23. März
Sitzreihen: 2. bis 3. Reihe
Das Feuerlöcherchen
Zur 1. Vorstellung am 23. März 1922

Lachen links Jede Woche eine neue Nummer
empfehlen
Ruchhandlung Volksstimme

Reiter-Ausstellung u. Geflügelbau
Sonntag den 22. März
von 10 bis 12 Uhr abends, im Saal
des Herrn Gahr, 74. Diese Gelegenheit
zur Besichtigung von Tieren aller Rassen
ist ungleichbar.
Eintritt frei.

Walhalla-Kabarett
Ab 16. März
Das neue Programm!

Möbel Kredit
in mögl. Bedingungen
Möbel für 75 Mk.
Anzahlung 20 Mk.
Möbel für 130 Mk.
Anzahlung 15 Mk.
Möbel für 200 Mk.
Anzahlung 20 Mk.
Möbel für 300 Mk.
Anzahlung 40 Mk.
Möbel für 400 Mk.
Anzahlung 55 Mk.
Möbel für 500 Mk.
Anzahlung 70 Mk.
in 2 monatl. Raten
u. 2 Mk. oder monatlich
von 20 an
Recht 15 Monate
Sohn, Sohn, Speise-
kammer, Küche,
sämtliche Einzelstücke
Friedländer
Alte Straße 11.
Tägl. geöff. 9-7 Uhr
Alle Raten u. Steuern
voll ohne Anzahlung

Barberina-Café
Breiter Weg 94 Inh. H. Bester
Heute Eröffnung!
Täglich Konzert
unter Mitwirkung erster Künstler.
Mittwoch und Sonnabend:
5 Uhr Tanztee.

Textbücher
Buchhandlung
Volksstimme

Magdeburger Angelegenheiten

Unbefriedigender Schiedsspruch für Metallindustrie

Der Schlichtungsausschuß Halle verhandelte am 15. März über die Manteltarife und die Arbeitszeit der Tarifgebiete Magdeburg, Anhalt, Halle. Es wurde in der Streitfrage betreffend Manteltarif folgender Schiedsspruch gefällt:

Die bisherigen Manteltarifbestimmungen der drei Tarifgebiete, soweit sie nicht durch die Arbeitszeitbestimmungen abgedeckt sind, gelten über den 31. März 1927 hinaus; sie können mit sechsmonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1928 gekündigt werden.

Nach fünfmonatiger Verhandlung kam auch in der Arbeitszeit durch den Vorsitzenden ein Schiedsspruch zustande, dem die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer des Schlichtungsausschusses nicht zustimmten.

Schiedsspruch vom 15. März 1927 betr. Arbeitszeit:

- 1. Die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen beträgt grundsätzlich 48 Stunden.
2. Sie kann in den einzelnen Betrieben im Benehmen mit der Betriebsvertretung bis zu 52 Stunden, und zwar zunächst mit Sonnabend- und Frühlingsferien festgesetzt werden, wenn der gleiche technische und wirtschaftliche Ruheeffekt nicht durch Mehrleistung von Arbeitern erreicht werden kann.
3. Eine Verlängerung der Arbeitszeit über 52 Stunden kann nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung festgesetzt werden.
4. Für Überstunden wird, wenn sie die regelmäßige Arbeitszeit des Betriebs oder Betriebskreises überschreiten, der tarifmäßige Zuschlag unter fittungsmäßiger Anwendung der bisherigen Bestimmungen des Tarifvertrags bezahlt.
5. Hinsichtlich des Zweischichtensystems in dem Eisenhüttenwerk Thale, in den Krupp-Gruson-Werken und dem Werk Otto Gruson u. Ko. in Magdeburg wird den Parteien aufgegeben, in Verhandlungen zu treten.
6. Die vorstehenden Arbeitszeitbestimmungen können mit sechsmonatiger Frist, jedoch frühestens zum 31. Oktober 1927, gekündigt werden.
7. Die Parteien haben sich bis Mittwoch den 23. März 1927 über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu erklären. Nichterklärung gilt als Annahme.
Für die Metallarbeiter ist der Schiedsspruch, der die Arbeitszeitfrage regelt, vollständig und gültig. Es besteht keine Aussicht, daß er von den Arbeitnehmern angenommen wird.

Im Wandel der Zeiten

Zu unserer eindrucksvollen und inhaltreichen ersten Bezirk-Kommunalkonferenz schreibt uns ein alter Genosse: Es war im Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, also kurze Zeit nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes. Nach Schluß einer geheimen Komiteesitzung, in der die vorbereitenden Schritte zu einer bevorstehenden Reichstagswahl beraten worden waren, da kamen wir, die Teilnehmer der Sitzung, lange nach Mitternacht und immer noch diskutierend, auf den Alten Markt. In der Nähe des Kaiser-Otto-Denkmalts blieben wir angehalten, als der alte Rathaus besetzt war, weil ein Genosse die Frage aufgeworfen hatte, ob sich die Sozialdemokratie wohl jemals an einer Arbeit beteiligen würde, wie sie dort oben von Stadtverordneten, Bürgermeistern und Stadträten ausgeübt werde. Uns war diese Frage neu. Mit den Problemen der Kommunalpolitik hatten wir uns noch nicht einmal theoretisch beschäftigt. Trotz der späten Nachtstunde bildeten wir einen Kreis und umgürtet von der heiligen Hermandat debattierten wir noch eine geraume Zeit darüber, ob Beteiligung oder Nichtbeteiligung. Am Schlusse der Debatte wurde einhellig festgestellt: Niemals eine Betätigung auf dem Rathaus! In den Prozessionskrieg, der sich da oben abspielt, müssen wir uns nicht hinein, hat mit unserm Endziel gar nichts zu tun. Und nun vergleiche man mit diesem Standpunkt die Kommunalkonferenz am Sonntag. Der geräumige Saal der 'Wilhelma' gefüllt von Menschen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten eine überaus rührige und für das Proletariat erfolgreiche Tätigkeit ausüben, viele davon sogar in leitenden Stellungen. Referate über wichtige kommunale Fragen, die sich in jeder Beziehung lösen lassen konnten. Eine Diskussion, getragen von dem Ernst und dem Bewußtsein: Vorwärts, immer vorwärts auf dem bisherigen Wege! Wie man doch untern und unlernen muß, wenn man fruchtbare Politik treiben will. Ihr verblichenen Kommunisten und ihr Arbeiter, die ihr diesen Helden nachlaßt, merkt es auch!

10 Jahre Verein Magdeburger Presse

Der Verein Magdeburger Presse ist im Februar 1917 gegründet worden, besteht also jetzt genau 10 Jahre. Zu seinen Gründern zählten der damalige Chefredakteur Anton Kirchbach (Magdeburgerische Zeitung), Redakteur Feidhaus (Magdeburgerische Zeitung), Redakteur Klattentidt (Generalanzeiger), der damalige Redakteur Wittmaack (jetztige Sozialrat in Magdeburg), und der damalige Redakteur der 'Volksstimme' Klütz, jetzt in Berlin.

Als erste Veranstaltung wurde ein Bröger-Abend geplant. Doch kam dieser damals da der Verein noch keinen Namen hatte, nicht zustande. Man beschloß daher zunächst eine Gruppe von Vorträgen vor geladenen Gästen zu veranstalten, um eine Gemeinde sich zu erwerben. Dabei sprachen nur Mitglieder und einige Künstler des Stadttheaters als Regitatoren. Die Vorträge waren von Anfang an überfüllt. Sie fanden zunächst im Saal des Kaffeehauses Hohenzollern statt, mußten aber schon im Vortragsjahr 1918/19 in den Saal der Handelskammer verlegt

Haushalts-Entwurf: 76 Millionen

Die städtischen Kollegien stehen vor der Beratung des städtischen Haushalts für 1927. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 10. März hat bereits einige Sonderhaushaltpläne verabschiedet. Das war zunächst eine belanglose Arbeit, eigentlich nur eine formale Angelegenheit, denn noch war ja kein Ueberblick möglich über die gesamten Einnahmen und Ausgaben der Stadt. Diese Uebersicht sollte gegeben werden in einer Denkschrift, die auch für die Einzelberatungen die Unterlagen bilden muß. Diese Denkschrift ist nunmehr erschienen, mit ihr auch die noch fälligen Einzelpläne. Nun gestaltet sich auch vor den Augen des Lesers das Bild, das sich die Verwaltung, und vor allem der mächtige Mann mit dem großen Weißstif, der Finanzdezernent, der immer die keineswegs angenehme empfundene Abtriche von der städtischen Wirtschaft aufzeichnet.

Der Finanzdezernent hat sich die Summen zusammen-gerechnet, die von den Fachauschüssen - das sind die Ausschüsse für Garten- und Friedhofsverwaltung, für Schulen, Tiefbau, Hochbau, Museen, Krankenhäuser usw. - in ihren Vorbera-ratungen als Ausgaben festgesetzt worden sind. Die Gesamtaus-gabe würde für 1927 nach den Entwürfen der Fachauschüsse 76 202 000 Mark betragen. Im Vorjahr war man in den Vor-beratungen auf rund 60 Millionen gekommen. Die Einnahme beträgt für 1927 nach den Vorberatungen 62 136 000 Mark, es würde nach dieser Rechnung ein Fehlbetrag entstehen von 14 066 700 Mark.

Der Finanzdezernent macht Vorschläge, um den Haushalt-plan zu 'verbessern'. Er macht Abtriche an den Ausgaben und sucht nach einer Erhöhung der Einnahmen.

Die Abtriche an den Ausgaben lösen die meisten Bedenken aus. Die Ausgaben im Tiefbauetat sind um 1 576 400 Mark gekürzt worden. Der Garten- und Friedhofssetat ist um rund 1 Mil-lion kürzer geworden. Schulen 3 466 915 Mark, Krankenhäuser 1 054 850 Mark. Das sind zunächst einige 'markante' Zahlen, die wir heute mitteilen. Wir werden noch auf die Haushalts-rechnung zurückkommen und weitere Einzelheiten besprechen. Im-ganzen hat der Finanzdezernent 9 266 700 Mark abgetrichen. Es muß hierbei bemerkt werden, daß viele Arbeiter, die hier im ordentlichen Etat gestrichen wurden, aus Anleiheemitteln finanziert werden sollen, also auf das Extraordinarium übernommen werden.

Der gesamte Fehlbetrag im ordentlichen Etat wird aber durch Abtriche von den Ausgaben nicht ausgeglichen, es müssen auch

die Einnahmen erhöht werden. Der Stadtkämmerer schlägt höhere Berechnung der Wertübererschüsse, stärkere Inanspruchnahme der Steuerkraft vor. Die Gewerbesteuer soll trotz der Abbaubemühungen an höherer Stelle mindestens den Betrag des Vorjahres erheben, die Grundver-mögenssteuer will er erhöhen für den bebauten Grundbesitz von 200 Prozent auf 270 Prozent, für den unbebauten Grundbesitz von 250 auf 300 Prozent. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer in dem hier vorgeschlagenen Umfang bedeutet eine erhebliche

Belastung der Mieter.

Die Mieten würden sich dadurch um etwa 4 Prozent erhöhen. Diese Erhöhung fällt aber zeitlich zusammen mit der von der Reichsregierung beabsichtigten Mieterhöhung um 10 Prozent. Zu dieser Steuerpolitik wird noch manches Wortlein zu sagen sein. Wir wollen uns heute mit der Feststellung dieser Vorschläge begnügen.

Der Finanzdezernent hofft, mit seinen Vorschlägen zu einem Ausgleich zu kommen. Der Erat schließt dann in Netto-Einnahmen und -Ausgaben mit 63 Millionen.

Das Extraordinarium, das auf Anleihe aufgebaut ist und darum an Vorkriegszeiten erinnert, will für 1927 und 1928 35 1/2 Millionen aufnehmen für mancherlei Arbeiter, deren Notwendigkeit nicht bestritten werden kann. Für rentable Aufwendungen rechnet der Stadtkämmerer 7,4 Millionen, für sogenannte nicht rentable rund 28 Millionen. Wenn diese Anleihen aufgenommen werden, wächst die Schuldenlast der Stadt auf 65 Millionen.

Die ungeheure Belastung der Gemeinden wird durch die Denkschrift des Finanzdezernenten wieder einmal nachgewiesen. Eine Reihe Städte - in der Denkschrift werden Berlin, Halle, Düsseldorf, Breslau, Hannover, Königsberg genannt - können ohne wesentliche Steuererhöhung ihren Etat nicht zum Ausgleich bringen. Zur großen Belastung kommt eine Steuerpolitik des Reiches und der Länder der Gemeinde gegenüber, die alles andre als gesund ist. Die Denkschrift weist darauf hin, daß das Reichskabinett zwar eine starke Erhöhung der Mieten aber keine Erhöhung der Hauszinssteuer beschloffen hat. Für die Hausbesitzer sorgt die Reichsregierung, die Gemeinde geht leer aus.

Es wird in diesem Jahre im Rathaus heiße Kämpfe geben um die Gestaltung des Haushaltplans. -

werden. Schon damals gelang es, Dichter von Klang, wie Max Halse und Herbert Eulenberg heranzuziehen. Später war jahrelang der Saal in der Luisenschule das Heim. Seitdem der Grottrian-Steinweg-Saal entstanden ist, wird dieser als Vortrags-raum benutzt.

Alle Erscheinungen des deutschen Schrifttums, der Gelehrten, der Kritiker, der Lyriker, der Epiker und Dramatiker sind in diesen 10 Jahren im Verein Magdeburger Presse zu Worte gekommen. Darunter Namen von europäischem Ruf. Es kamen Arbeiterdichter zu Worte, z. B. neben Brügger auch Bensch. Aber auch die heutigen Dichterkademiener, wie Wilhelm v. Scholz und Walter v. Molo. An Gelehrten sah der Verein Harnad, Driesch, Korn, den Erfinder des drahtlosen Fernsehens Geheimrat Friedensburg als Honorar Magdeburgs. Auch den Stadtbaurat Neubauer und den Pflanzenphysiologen Francc. Von namhaften Kritikern erschienen Julius Bab, Ernst Leopold Stahl, Karl Schefler. Unter den Ausländern sind Anton Wildgans und Jakob Schaffner zu nennen. Die lebenden Dramatiker kamen in einem Querschnitt zu Worte, der mit Max Halse begann, Eulenberg, Bensch, Hajencleber, Bruno Frank und Kornfeld, aber auch Brust (dieses indirekt) nicht überhäß. Von Epikern seien genannt: Gustav Frenssen, Wilhelm Schäffer, Joseph Fonten, Waldemar Bonfels, Johannes Schlaf, Bruno Wille, Albrecht Schäffer und Paul Keller. Aber auch solche, wie z. B. Karl Röttger und Karl Söhle. Auch Frauen berief der Verein. So Klara Vichig, Lu Vohlsch, Elise Lafer-Schüler. Gelegentlich kamen auch einmal leichtere Elemente zu Wort, wie Karl Ettliger und Roda-Roda.

Wo es galt, Erinnerungen zu feiern, hat der Verein es nach Möglichkeit getan. Er ehrte Dehmel und berief Max Dreyer, als er 60 Jahre alt geworden war. Er hat aber auch nie übersehen, daß er ein Verein Magdeburger Presse ist; so gedachte er in besonderen Veranstaltungen der Werke von Zimmermann, Matthiesen und Wilhelm Raabe, soweit sie sich auf Magdeburg bezogen, und ließ auch auf eigne Kosten die Gedektafel Wilhelm Raabes anbringen.

Auch die reproduktiven Künstler sind bei ihm zu Gast gewesen. So Lehner, Henni Porten, Heinrich Wegeler, Itha Maria Lenz und viele andre Schauspieler und Schauspielerinnen. Immer hat der Verein darauf Wert gelegt, Gignes zu bringen. Manche Persönlichkeiten haben zum erstenmal überhaupt in Deutschland auf seine Einladung hin gesprochen. So z. B. Frenssen und Henni Porten. Manche andre Veranstaltung hatte auch ebenfalls den Charakter des durchaus Einmaligen, so Lehners Rechtfertigung über seine Berliner Arbeit, oder der Vortrag Tollers, zu dem der Dichter direkt von Paris nach Magdeburg kam.

Kurzum, es ist versucht worden, das Gesicht einer Stadt, die man gelegentlich als unruhig bezeichnet, zu beeinflussen. Und der trotz mancher Rückschlüge durch die Unanmüt der Zeit hervorgerufen, im ganzen heberwende Erfolg dieser Veranstaltungen zeigt, daß der Weg richtig war. -

Für den Achtstundentag im Wasserstraßenbau

Uns wird geschrieben: Die Verwaltung des Bauhofes der Strombaueverwaltung Magdeburg ist der Auffassung, daß die Wirtschaftlichkeit des Betriebes die stündige Beschäftigung der Arbeiter erfordert, während die Arbeiter anderer Auffassung sind. Die auf-gelärten Arbeiter haben die Notwendigkeit der Einführung der stündigen Arbeitszeit auf dem Bauhof erkannt, während die Leitung des Bauhofes den Erlaß des Reichsverkehrsministeriums in den Verwaltungen die Ueberstundenverbote zu befeitigen, nicht beachtet.

Auf Antrag eines Teils der auf dem Bauhof tätigen Arbeiter beschloß eine Betriebsversammlung mit der Frage: 8 oder 9 Stunden Arbeit? Der Vorsitzende des Betriebsrats (Mitglied der Wasserstraßengewerkschaft) wies darauf hin, daß ein Teil der Arbeiter den Antrag auf Einführung der stündigen Arbeitszeit gestellt hätte. Wegen dieser Angelegenheit habe er bereits mit dem Bauamtsvorstand verhandelt und dieser sei bereit, ab 1. Mai die stündige Arbeitszeit einzuführen. Der Vorsitzende erklärte weiter, daß es zweckmäßig sei, diesem Vorschlag zuzustimmen, da unbedingt die Geräte so schnell wie möglich fertig-gestellt werden müßten, weil sonst die in Frage kommenden Arbeiter so lange arbeitslos wären. Auch den Lohnverlust von 3 bis 5 Mark je Woche müßten die Arbeiter berücksichtigen.

Nachdem einige Arbeiter für die Einführung der stündigen Arbeitszeit eingetreten waren, erhielt der Vertreter des Deutschen Verkehrsbundes des Schiffs (Berlin) das Wort und führte etwa folgendes aus:

Zuletzt wird ein schwerer Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit wird auch von einem Teile der großkapitalistischen Führer anerkannt; nur die rückständigen Kapitalisten kämpfen dagegen an. Durch die technische Entwicklung der Produktionsmittel und die Rationalisierung wird die ungeheure Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung, wenn nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit die arbeitslosen Arbeiter untergebracht werden. Das hat auch die Regierung anerkannt und deshalb verschiedene Erlasse in diesem Sinne herausgegeben. Auch der Reichsverkehrsminister hat durch Erlass die Dienststellen angewiesen, möglichst nur 8 Stunden arbeiten zu lassen. Die Einführung der stündigen Arbeitszeit auf dem Bauhof Magdeburg ist dringend erforderlich. Durch den Wegfall des Lohnes für die neunte Stunde entsteht dem Arbeiter zwar zunächst ein Lohnausfall, aber ohne Opfer kann kein Sieg erkämpft werden. Aufgabe der Arbeiterschaft muß es sein, durch entsprechende Lohnerhöhung einen Ausgleich herbeizuführen, damit auch bei stündiger Arbeit so viel verdient wird, daß der Arbeiter sich und seine Familie menschlich ernähren kann. Im Februar 1924 wurde durch Mittel die stündige Arbeitszeit eingeführt und der Lohn um 2 Pf. gekürzt. Das Reichsverkehrsministerium ist also der Auffassung, wenn 9 Stunden gearbeitet wird, muß der Stundenlohn herabgesetzt werden, folglich muß der Lohn bei Kürzung der Arbeitszeit herauf-gesetzt werden.

Der Vertreter der Wasserstraßengewerkschaft trat gleichfalls, ansprechend dem Beschlusse der Spitzenorganisation, für den Achtstundentag ein, während das Mitglied des Bezirksbetriebsrats (Mitglied der Wasserstraßengewerkschaft) sich gegen die sofortige Einführung der stündigen Arbeitszeit wandte und die gleiche Begründung wie der Vorsitzende des Betriebsrats gab. Aus der Versammlung wurde nunmehr der Antrag gestellt, ab 15. März die stündige Arbeitszeit einzuführen und über diesen Antrag abzustimmen.

Nachdem der Vertreter des Deutschen Verkehrsbundes nach-mals den Ausführungen des Betriebsratsmitglieds entgegenge-traten war, und die Anwesenden erbat, für den Antrag zu stimmen, wurde dieser mit Vierfünftelmajorität angenommen. Weiterhin beauftragte die Versammlung den Betriebsrat, mit der Verwaltung über Arbeitsluß um 12 1/2 Uhr am Sonntag zu verhandeln.

Auf dem Bauhof werden rund 260 Arbeiter beschäftigt. Bei der Kürzung der Arbeit um eine Stunde kann das Heer der Arbeitslosen um 32 verkleinert werden. Die Zahl ist gering bei 3 Millionen Arbeitslosen, wird aber überall so ver-fahren, dann wird auch aus der kleinen Zahl eine große.

Die Arbeiter des Bauhofes Magdeburg haben im Interesse des Volkes den Kampf um die Kürzung der Arbeitszeit auf-genommen, und wollen das Opfer der Lohnkürzung zunächst auf sich nehmen. Wir fordern die Arbeiter des Bauhofes auf, in diesem Kampfe bis zum endgültigen Siege auszuharren. Zugleich wenden wir uns an alle Wasserbauarbeiter, die noch über 8 Stunden arbeiten und erziehen sie, den Kampf für den Achtstundentag auf-zunehmen. -

Tätigkeit des Wohlfahrtsamts im Februar

Die Auskunftsstelle des Wohlfahrtsamts wurde von zusammen 2533 Personen aufgesucht. Der Wöchnerinnen-fürsorge unterstanden am 1. Februar 888 Frauen, dazu mel-deten sich 95 Wöchnerinnen; 106 Schwestern aus der Fürsorge aus, so daß die Gesamtzahl der zu betreuenden Wöchnerinnen Ende des Monats 877 betrug. Von der Bezirksfürsorge wurden von 26 Fürsorgerninnen und einer Helferin im ganzen 6294 Hausbesuche gemacht. Dem Jugendamt (Mitsbormunda-schaft) unterstanden am 31. Januar 2711 Minder. Hierzu kamen im Laufe des Monats 108 neue Bormundschaften. Das Waisenamts hatte einen Bestand von 2080 Kindern. Im Jugendamt wurden insgesamt 1489 Fälle in der Gefährdeten-fürsorge bearbeitet. Die Arbeitsgemeinschaft des Jugendamts tagte zweimal.

In den Kindertagesheimen wurden am 5035 Pflegetagen 301 Kinder versorgt. In der Krüppelfürsorge

hatten 2309 Kinder gegen 2327 im Vormonat. Das Bureau Erholungs-fürsorge entwarf im Monat Februar in Erholungsheimen 136 Kinder. Zurückbeordert wurden aus Soldaten 17 Kinder. Der Ortsauschüß für Jugendpflege hat zwei Vereine mit 60 Mitgliedern neu aufgenommen. Im Kranken- und Altenheim hielt Professor Fidentcher (Graz) einen Vortragsabend über „Siebenbürgen“ und die Sozialistische Arbeiterjugend veranstaltete ein Märchenstück „Der Kaiser's neue Kleider“. Beide Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Von der Kriegsbeschäftigtenfürsorge wurden an 888 Kriegsbeschäftigte und 1779 Kinder 37104,05 Mark Zuschüsse gezahlt. Die Kriegshinterbliebenenfürsorge zahlte 6769 Hinterbliebenen, und zwar 2000 Witwen, 3070 Halbweifen, 196 Vollweifen, 27 Altrentnerwitwen, 333 uneheliche Kinder, 1048 Kriegerehelfern. In der Kleinrentnerfürsorge wurden 2687 Personen unterstützt. Die Zahl der unterstützten Sozialrentner betrug 5997 gegen 5881 im Vormonat. Beim Unterstuhlungsamt betrug die Zahl der Unterstuhlungsfälle Ende des Monats 5611 (Vormonat 5682). Im Versorgungsheim waren 181 Personen, und zwar 101 Männer und 80 Frauen untergebracht. Im Obdachlosenheim nachmittags 3444 Personen. Durch die Alters- und Kinderhilfe wurden 2633 Unterstützungen an Geld und Lebensmittel an 3179 Personen gegeben, darunter 1548 Unterstützungen an Sungenfranke. In 268 Fällen wurden Kleidungsstücke gewährt.

Von der Kasse des Wohlfahrtsamts wurden im Laufe des Monats verausgabt 925 439,83 Mark. Davon entfallen auf Unterstützung an 24 338 Personen 588 834,28 Mark, auf Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern und Heilanstalten 145 457,43 Mark, auf Pflegegelder für Waisen Kinder, die in Familien untergebracht sind, 42 358,05 Mark, auf die städtische Kinderheime 9746,09 Mark, auf das städtische Versorgungshaus 21 873,30 Mark. Außerdem sind gezahlt worden an 6673 Kriegsbeschäftigte und Kriegshinterbliebenen 115 781,85 Mark Zuschüsse.

Guthabenzahlung an englische Kriegsgefangene

Der preussische Minister des Innern gibt eine amtliche Bekanntmachung der Reichsverwaltung für Reichsaufgaben über Guthabenzahlungen an ehemalige Geimkehrer aus englischer Gefangenschaft in einem Rundschreiben den Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung zur Kenntnis. Die der „Amtliche Preussische Pressebrief“ der amtlichen Bekanntmachung entnimmt, hat die englische Regierung die erste Rate zur Auszahlung der von ihr bisher anerkannten „Guthaben“ an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einschließlich des Sanitätspersonals überwiesen.

Alle ehemaligen Geimkehrer, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben bzw. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Barmittel erhalten haben, sollen „an die Reichsverwaltung für Reichsaufgaben, Berlin W 9, Königgräber Straße 122“, Namen genaue jetzige Adresse, Geburtsort, den deutschen Truppenteil am Tage der Gefangennahme und die Nummer der englischen Gefangenenkompanie bzw. Depot- und Lagerbezeichnung einbringen.

Erben verstorbenen Geimkehrer haben ihre Erbberchtigung nachzuweisen. Um den Erben unnötige Kosten zu ersparen, wird ihnen die Reichsverwaltung auf Anfrage mitteilen, wie der Nachweis im einzelnen zu führen ist. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge des Einganges der Anträge und nur durch die Post. Ein persönliches Abheben der Beträge durch die Geimkehrer kommt nicht in Frage. Wer kein Guthaben hat, erhält einen ablehnenden Bescheid, gegen den Einsprüche zweifellos sind.

Geimkehrer, welche der Reichsverwaltung für Reichsaufgaben nach dem 1. Juli 1926 die geforderten Angaben bereits eingereicht haben, brauchen ihre Anträge nicht zu erneuern, da diese borgefertigt sind. Da über 200 000 Einzeln-Guthaben in Frage kommen, wird die Auszahlung geraume Zeit dauern. Erinnerungsschreiben sind zweifellos und werden nicht beantwortet. Alle Geimkehrer aus den übrigen ehemals feindlichen Ländern werden dringend ersucht, von Anträgen über Guthaben so lange abzuhalten, bis weitere diesbezügliche amtliche Bekanntmachungen folgen.

Aufstellungsstellen in der Schutzpolizei

In einem Rundschreiben des preussischen Innenministers, der sich mit der Frage der Sollpärken der Schutzpolizei für das Rechnungsjahr 1927 beschäftigt, wird die begründete Erwartung ausgesprochen, daß alle Dienststellen die erforderlichen Arbeiten mit dem größten Nachdruck zu versehen, daß die Veranlassung nach Reorganisation des Gehalts über die Feststellung des Haushaltsplans 1927 möglichst frühzeitig in den Besitz der durch die Beförderungswahrscheinlichkeiten wirtschaftlichen Vorteile treten kann. In jedem Falle müssen die vorhandenen Beförderungswahrscheinlichkeiten im Laufe des kommenden Rechnungsjahres restlos ausgenutzt werden.

Die der „Amtliche Preussische Pressebrief“ weiter dem Erlaß des Ministers entnimmt, haben die Ober- und Regierungspräsidenten dafür Sorge zu tragen, daß insbesondere bei der Beförderung der unbeschäftigten Stellen der Beförderungswahrscheinlichkeiten 5 bis 7 ein gerechter Ausgleich innerhalb der Regierungsbezirke, gegebenenfalls darüber hinaus innerhalb der Provinz erfolgt. Es ist nicht anzunehmen, daß in einzelnen Dienstorten des Regierungsbezirkes die Beförderungswahrscheinlichkeiten der dortigen Dienststellen in die Stellen außerhalb, während bei anderen Beförderungswahrscheinlichkeiten die Beförderungswahrscheinlichkeiten mit weitestgehender Dienststellen nicht einmal die unbeschäftigten Stellen in der Beförderungswahrscheinlichkeiten 5 erlangen. Der Ausgleich kann jedoch nur dann erfolgen, wenn die betreffenden Beamten mit der Beförderung nach einem anderen Dienstort einverstanden sind.

Der Nadermarkt. Blumen sind in Halle und Halle vorhanden. Fein Gemüße nimmt der Vorrat die erste Stelle ein. Drei „Lohnweise“ Kopfe kosten 1 Mark. In großen Mengen sind auch Apfelsinen angefahren. Der Preis für Eier ist auf 10 Pf. gefallen. Sie sind in gleicher Weise vorhanden. Die gezeigten Preise auf dem Fleischmarkt haben Bestand. Hochfleisch kostet das Pfund 1 Mark, Wurstfleisch 1,20 Mark. Leberwurst, Süß- und Rohwurst sind für 1,20 Mark zu kaufen. Brotwurst kostet das Pfund 1,60 Mark. Leberwurst ist das Pfund für 90 Pf. und Reiferwurst das Pfund für 2,20 Mark zu kaufen. Auf dem Fleischmarkt kosten ganze Vögel 2 Pf., Kackelhan und Kackelhahn 30 Pf. und Schellhuhn 40 Pf. Vögel sind das Pfund für 2 Pf. zu kaufen. In Abend des Vorkaufes sind Hühner zu kaufen. Das Pfund kostet 2 Pf.

Genehmigung des Vorkaufes. Der für Donnerstag den 17. März angekündigte Genehmigungabend findet erst am Donnerstag den 24. März statt.

Der Herrschaftsbesitzer der Magdeburger Volkshaus. Der Magdeburger Volkshaus hat am Donnerstag den 17. März, abends 8 Uhr, im „Königsplatz“ eine noch kürzere zum Preise von 60 Pf. für Mitglieder und Nichtmitglieder an der Abendkarte ertrotzt.

Magdeburg als ein heutzutage Kunstwerk. Am Freitag den 18. März von 7 bis 7 1/2 Uhr wird der bekannte Berliner Theaterkritiker, Karl Alfred Harbach, derzeit Leiter der Dramatischen Abteilung der Deutschen Theater-Ausstellung Magdeburg 1927, über den Leipziger und Dresdener Theater von der Art und Weise der Deutschen Theater-Ausstellung in Magdeburg aus über das Theater des Norddeutschen Reiches vorlesen. Diese Veranstaltung der Abend-Lesung und Vorträge führt der Leiter der Programmabteilung der Deutschen Theater-Ausstellung ein; sie wird die erste öffentliche Lesung der Magdeburger Ausstellung sein. Räumlich der Deutschen

Theater-Ausstellung wird Magdeburg regelmäßig vorhandene deutsche Kunstwerke besprechen, aus dem Vorgesprächsraum, der eigens dafür hergerichtet ist. Auf dem Gelände der Deutschen Theater-Ausstellung werden ungefähr zehn Vorgesprächsstellen verteilt, eine von ihnen wird auch in das Freizeitheater der Deutschen Theater-Ausstellung gelegt.

Frühlingsfest 1927. Uns wird geschrieben: Im Vorfrühling, zu den Osterfeiertagen, ist die ungewollte, entgegenseitige Winterzeit der Markt- und Mehrzweigen und der Schausteller vorüber. Ehe sie bis zu Winters Anfang in alle Winde zerrieben, nehmen sie Abschied und veranstalten alljährlich ein Frühlingsfest. Für sie ist es Mühe und Arbeit, Gonnung auf Verdienst, für alle andern ein „Volksfest“ bei lachendem Frühlingswetter. Das „Frühlingsfest“, das in den letzten Jahren auf dem Roten Horn abgehalten wurde, mußte der Theaterausstellung weichen. Es findet aber in diesem Jahre räumlich nicht weit vom alten Platz statt. Das freigelegte Gelände der Stadelle am Stadtmärkte wird es in der Zeit vom ersten Osterfesttag bis inklusive 1. Mai aufnehmen. Nach den überaus großen Vorbereitungen wird das Fest in neuartigen Karussellen, Schaustellungen, Attraktionen, Achter- und Wasserrutschbahnen, Vergnügungspalästen und so weiter viel Neues und Amüsantes bieten.

Der sechste Deutsche Getreidehandelstag wird in diesem Jahr in Magdeburg Ende August stattfinden.

Sozialdemokratische Partei Magdeburg.

Freitag den 18. März 1927, abends 8 Uhr, im „Hofjäger“, Adelheidring

Märzfeier

unter Mitwirkung des Schleich-Orchesters (Leitung Kapellmeister B. Frieme, 45 Musiker), der Schauspielerin Irene Eriech (Berlin) und des Professors E. Kölling (Frankfurt am Main).

Programm:

March und Chor aus „Tannhäuser“. Wagner
Overture zur Oper Leonore 3 (Fidelio) Beethoven
Festrede Professor Erik Kölling
Sinfonie Nr. 1 (C-Dur) op 21. Beethoven
Adagio molto - Allegro
Andante cantabile con moto
Menuetto (Allegro vivace)
Finale (Allegro molto)

Pause.

Rezitation (Schauspielerin Irene Eriech)
a) An die „Demokratie“, von Wal Whitman
b) Gedichte von Heine
c) Lied an die Freude
Kolonne Nr. 2
Fantasie aus „Wajazzo“ (Bagliacci). Leoncavallo

Programme zu 75 Pf. sind zu haben im Parteisekretariat und in der Buchhandlung Volksstimme

Anmeldebefehl für die Deutsche Theater-Ausstellung. Uns wird geschrieben: Die Industrie- und Gewerbeabteilung der Deutschen Theater-Ausstellung ist zurzeit dabei, auf Grund der Anmeldungen die endgültige Platzverteilung vorzunehmen. Dabei ergibt sich, daß nur einige wenige günstige Stände noch vergeben werden können. Die Ausstellungsleitung legt Wert darauf, daß die Magdeburger führenden Firmen auf der Theater-Ausstellung günstig vertreten sind. Sie hat daher beschlossen, diese letzten Plätze für einige Tage noch für Magdeburger Firmen frei zu halten, bevor sie endgültig an auswärtige Firmen vergibt. Den Magdeburger Firmen, die Wert legen auf eine würdige und wirksame Beteiligung an der Deutschen Theater-Ausstellung Magdeburg 1927, bietet sich somit eine letzte vortheilhafte Gelegenheit.

Der gemüthliche Vogelzüchter. Am Dienstag mittag landete in Magdeburg ein Braunpfeifer Kanarienzüchter, um seinen Bruder in Halberstadt zu besuchen. Er wollte ihm eine Freude bereiten und zehn Kanarienvögel (zwei Männchen und acht Weibchen) bringen. Der Bruder sollte sich eine Zucht anlegen. Der biedere Braunpfeifer wollte bei seinem Aufenthalt auch das Magdeburger Bier probieren. Er verließ, da er einen längeren Aufenthalt hatte, den Bahnhof und besuchte mehrere Restaurationen in der Stadt. Bei dieser Snekspour lernte er auch einen netten, lebenswürdigen Publiozyn kennen. Die Unterhaltung und das liebliche Publiozyn brachten untern Kanarienzüchter in eine sehr frohliche Stimmung. Er vergaß darüber die Weiterreise nach Halberstadt. In seiner über großen Freude und Gemüthlichkeit schenkte er seinem Magdeburger „Freunden“ und am Bierlich kennengelernen Bekannten einen Vogel. Die holde Begleiterin erhielt natürlich zwei gelbe Sperlinge, so daß nun wohl an des Bredens Stelle das Publiozyn eine Kanarienzucht betreiben wird.

Ausflug der Sozialistischen Arbeiterjugend. Mit fröhlichem Gesang wanderten am Sonntag sämtliche Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend nach Vorfenthal. Solden Tag muß man einmal miterlebt haben inmitten der Jugend beim Wandern, beim frohen Spiel und Volksanz. Alles nur sprühende, lachende Jugend. Ohne Stolz, ohne Klassenunterchied, ob groß, ob klein, alles freut sich lustig. Die Musiker verstanden es, die Tänzer in munterer Bewegung zu halten. Die Augen der Eltern leuchteten bei diesem Anblick, zurückwendend an ihre Jugendzeit. Weich und zart erlösten die Weizen. Lohnenswert war das Verhalten der Jugend. Alles jagte sich muntergütig. Um 7 Uhr ging es wieder zum heimischen Herd. Mit warmen Händchen und auf ein frohes Wiedersehen trennten sich die befreundeten Gruppen. Freundlich des Lebens.

Der Männergesangsverein Friedrichstadt-Werder gab am Sonnabend ein gut gelungenes Gesangskonzert. Der Dirigent Gerdelager hatte seine Sängerchor präsi in der Hand, manchmal - ja wahr es den Hylhans anbelangt - wohl zu präsi. Der Chor sang Werke von Mozart, Wagner, v. d. Staden und Othegaden. Das Orchestermaterial sowie die Chorabteilung ist gut. Der Tenor muß sich noch eine bessere Anpassung an den Gesamtchor aneignen. Das Doppelquartett brachte ebenfalls seine Lieder gut zum Vortrag. Hier und dort bedarf es aber noch einiger Korrekturen. A. Richter brachte mit seinem wohllingenden Bariton Lieder von Herrmann, Hilbert und Schubert zu Gehör, gefühlvoll begleitet von dem Pianisten Aderhold. Die zahlreichen Zuhörer gößen den Vortragenden reichen Beifall. Lage dieser Abend dazu beitragen, den Arbeiterjugend neue Freunde zuzuführen.

Ein Fröhen am „Frauen Helen“ und den „Haus mit dem Reir“. Gegen mehrere Magdeburger Gönner, die in ihren Gesellschaftlichen Gelegenheitsauspazier und arbeitslose Berufsmuster gegen Trinkteller spielen ließen, hat der Autorentumgabend der Komponisten und Schriftsteller beim hiesigen Amtsgericht abgehalten auf die Erhaltung von 70 Km. bis 80 Km. Einführungsgelder. Die Musiker hatten in ihren Lokalen den Schläger „Was machst du mit dem Knie, lieber Hans“ und den lustig nicht minder geistreichen Schläger „Was hat das Fran-

lein Helen haben sehr“ spielen und singen lassen, die ihren Spott und Bitterkeit viel Geld einbrachten. Da von Arbeitslosen mit ihrem geringen Krinkelbergewinn nichts holen ist, wurden die Lokalinhaber als Gastpflichtige vert. Diese stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß die Musiker sich dem Ankauf der Noten genau so wie jeder Privatmann, der die Schläger zu Hause spielen kann, das Recht zum Spielen der Schläger erworben haben. Der Autorentumgverband dagegen sieht auf seinem Anspruch auf der Begründung, daß öffentliche Aufführungen ohne eine besondere Erwerbung dafür gegen Urheberrecht verstoßen und also honorarpflichtig sind. Der Musik ist noch in der Schwelbe. Außerdem sind noch weitere fünf Schläger in die Klage mit einbegriffen.

Die Nachabteilung für das Gastwirtsgerwe im nächsten Arbeitstag wird auch im Sommerhalbjahr an Sonntag Feiertagen von 11 bis 1 Uhr im Dienstgebäude, Hohenforten Zimmer 76, offengehalten. Der Nachweis ist zu dieser Stelle telefonisch unter Rathaus Nr. 265 zu erreichen. Der Büreauingang gegenüber der Bismarckstraße ist während dieser Zeit geöffnet.

Bruteierföhen. Die Kassegeflügelzucht wird durch Zeitbedürfnisse immer mehr dazu gedrängt, das Hauptaugenmerk auf die Erhöhung der Eierproduktion zu richten. In den letzten Jahren entstanden vielerorts ausgedehnte Geflügelfarmen, ihre Existenzfähigkeit in jeder Hinsicht nachzuweisen konnten. Der Züchter und auch dem Verbraucher einen Ueberblick über den gegenwertigen Stand der Kassegeflügelzucht und über die geforderten zur Leistungszucht zu geben, hat der Geflügelzuchtverein Magdeburger Körbe beschlossen, auch in diesem Jahre eine Bruteierföhen in Magdeburger Hallenbau Land und Stadt zu verbinden mit einer Ausstellung von Hühnerstammen, zu veranstalten. Die Ausstellung findet am Sonntag den 20. März d. J. statt und dürfte sowohl für den Züchter wie auch besonders für die Hausfrauen von Interesse sein.

Wohnungseinbruch. Am 18. März sind in der Zeit von 7 bis 10 Uhr nachmittags aus einer verschlossenen Wohnung der Holkestraße folgende Sachen gestohlen: 5 Flaschen Ku 1 Flasche Cognat, 25 Tafeln Schokolade und 5 Mark Bargesächliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 250 bzw. 283.

Ein Paket mit halbstarken Herrentragen abhandeln gekommen. Am 11. März ist von einem Führer der Firma K n r i m auf dem Wege von der Bahnhofstraße bis zur Lübeckstraße ein Paket, enthaltend 6 Duzend halbstarke Herrentragen abhandeln gekommen. Um sachliche Angaben bittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Dienststelle C B M, Neue Michstraße 2, Zimmer 14.

Ein Handlastenwagen gestohlen. Am 12. März, in der Zeit zwischen 2 1/2 bis 3 Uhr nachmittags, ist auf dem Gelände der Reichsreihenbahn, vor dem Gebäude der Güterabfertigung d Hauptbahnhofs, ein braungefarbener Handlastenwagen gestohlen worden. Der Wagen hat eine Tragfähigkeit von etwa 4 Zentna. Sachliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Dienststelle C B M, Neue Michstraße 2, Zimmer 14.

Vermißt wird seit 9. März der am 16. Januar 1912 in Magdeburg geborne Schneiderlehrling Edwin Gü n t h e r, zuletzt in Magdeburg, Fürstenstraße 28 wohnhaft gewesen. Er ist 1,70 Meter groß, schlank, dunkelhaarig, hat blaue Augen, ist Oberkiefer leicht der rechte Eckzahn. Bekleidet ist er mit blauem Sportmäntel, braunem Rock mit weißen Knöpfen, grau braune Hose, schwarzen Halbshuhen, grau und schwarz karierte Strümpfen, weißem Einäschend, grauer Unterhose, steifem Unlegetragen und Selbstbinder. Mitteilungen über den Verbleib der Vermißten erbittet der Polizeipräsident - Kriminaldirektion - Zimmer 285.

Unfälle bei der Arbeit. Der Schlosserlehrling Gerhard R w o h n h a f t Turmschangenstraße 14, erlitt auf seiner Arbeitsstätte der Maschinenfabrik Schulze, Neufeld, eine Gadenquetschung an linken Fuße. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt. Der Schlosser August G., Wolfendüttler Straße 4 wohnhaft, fiel in der Eisenbahnnaheberungswerkstatt Salbitz von einem Gerüst und zog sich eine schwere Quetschung des Beckens sowie des rechten Oberschenkels zu. Dem Schlosser Albert M. Debselberer Straße 22 wohnhaft, flog auf seiner Arbeitsstätte der Staatswerst ein Eisenplatt in das linke Auge. Die Verletzte fanden Aufnahme im Krankenhaus Sudenburg.

Angefahren. Der Kaufmann Albert M., wohnhaft Köhne Straße am Wall, wurde am Mittwoch vormittag in der Köhne Straße von einem Radfahrer angefahren. M. erlitt eine Verletzung des rechten Armes, die seine Aufnahme im Krankenhaus Altstadt notwendig machte.

Zusammenstoß. Heute vormittag fuhr am Sebanrin ein Radfahrer mit einem Motorradfahrer aus Gehrathsberge zusammen. Der Motorradfahrer erhielt anscheinend innere Verletzungen, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Der Radfahrer erlitt leichtere Verletzungen am Bein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Achtung, Jugend! Die Reebigna des Jugendtamerachen (Berle findet am Donnerstag den 17. März, nachmittags 4 Uhr auf dem Osterhühnerhof halt. Treffpunkt: 4 Uhr am Platz vor Unratshof.

Ausstellung Neue Neufeld. Donnerstag den 17. März, abends 8 Uhr im „Hintergarten“ Lichtbildern trag bei freiem Eintritt - Sonntag den 20. März, früh 9 Uhr vor dem „Neue Neufeld“ Eintreten der aktiven Mitglieder. Sämtliche Jugend- und Beileute zum großen Frühbrotmark und die andern Kameraden der Abteilung s gleichem Aussehen. Reiner freier Eintritt.

Ausstellung Alte Neufeld. 10. Kameradisch im Donnerstag den 17. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Versammlung. Erscheinen alle Kameraden im Pflicht.

Ausstellung Diebstahl. Am Freitag den 18. März, abends 8 Uhr Versammlung im „Schwarze Adler“. Spielende Instrumente mitbringen. Erscheinen Pflicht!

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft

Freireligiöse Gemeinde. Generalversammlung für alle Mitglieder sämtlicher Bezirke am Sonnabend den 19. März, abends 8 Uhr, Marienplatz. Anstellung eines Sebrers Kirchenmusikschule. Bundestag in Leipzig! - Sonntag den 20. März, vormittags 10 Uhr, Marienplatz 1. Einung des Verbandsbuches mit allen Bezirksleitern Hilfskollektoren und Kunstwerken. Das Erscheinen aller ist Pflicht! Anhalten für die Kirchenmusikschule vom 21 bis 26 März.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg

Gerwetterleben. Donnerstags abends 8 Uhr Generavprobe für beide Gruppen Sozialistischer Erdreiner ist notwendig. - Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Gemeindepark Berbeveranstaltung. Abends 7.30 Uhr in der Schöne Köhnstrasse-Verbeabend.

Theater, Konzerte, Vorträge

Beethoven-Geheimnise im Kruskal-Palast 17. März. Städtisches Orchester (Leitung Bedt), Otto Robin, Volkemusik-Schule, Orchester: Oberintendent Thiemann (10 Pf.), Hausmusikleiter Volkshaus, Volksbühne, Geisteswissenschaftliche Abteilung „Wartung Jugendbunde“. Original-Gesänge, Musikal. und -Gestaltungen von Cha Dehmer (Oberwaldel) Geheime werts von 1 bis 7 Uhr Eintritt frei.

Bruteier- und Geflügelzöhen am Sonntag den 20. März in der Halle 2 und 3 ab.

Magdeburger Horenverein. Eröffnungsszenen am Sonnabend den 9. und Sonntag den 10. April.

Aus der Buchhandlung Volksstimme

Kennzeichnungen:
Gebildete Lesergüter. 2 Bände in seinen gebunden. 5.50 Mark. - Feld: Jugendzeit. 61 Seiten. Einband. 2 Mark. - Ring: Feld: Reisen! Ansprachen zur Jugendzeit an junge Menschen. Gebildete Lesergüter fürs Leben. 37 Seiten. Einband. 2 Mark. - G. z. z. Feld: Was ist die Kasse. Gebildete Lesergüter fürs Leben. 3 Mark. - G. z. z. Feld: Reich. Gebildete Lesergüter fürs Leben. 2 Mark. - G. z. z. Feld: Reich. Gebildete Lesergüter fürs Leben. 2 Mark.

Große Kundgebung der Landarbeiterschaft

Am Sonnabend und Sonntag tagte in der „Wilhelma“ zu Magdeburg eine von über 100 Delegierten besuchte Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes, um zu allen wichtigen Aufgaben der Organisation Stellung zu nehmen. Nach der Eröffnungsansprache des Gauleiters, Landtagsabgeordneten Ernst Brandenburg, richtete Vizepräsident Hausmann für den Oberpräsidenten Göring und die Behördenvertreter, ferner Bezirkssekretär Herwig für den Bezirksverband Sachsen-Anhalt der Sozialdemokratischen Partei, Bezirkssekretär J. Werner vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und Arbeitersekretär Wilschmann vom Ortsausschuß Magdeburg des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes herzliche Begrüßungsworte an die Konferenz und wünschten der Tagung und der Arbeit der Landarbeitervertreter die besten Erfolge. Im Namen des

den Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer zu erschweren und Arbeiter sind es vornehmlich, die die Mitglieder in diesen Organisationen stellen.

Die Bestimmungen des Tarifvertrags müssen vor allen Dingen die Kollegen in den Betrieben schützen. Das Tarifrecht bleibt nur gesichert, wenn der Landarbeiterverband kampftüchtig bleibt.

Der Referent schilderte eingehend die Verhandlungen in Halle. Was die Unternehmervertreter dort auf unsre Forderungen entgegneten, ist einfach lächerlich. Sie hatten sich von der Landwirtschaftskammer Unterlagen besorgt, nach denen die Landwirtschaft nicht in der Lage sei, auch nur die geringste Lohnerhöhung zu tragen. Wir wiesen nach, daß sie wohl imstande sind, eine ausreichende Lohnerhöhung zu bewilligen. Nach langen Verhandlungen war es endlich so weit, daß sich die Unternehmer-

Kollege Brandenburg leitete sein Referat über die Finanzlage der Kreisgruppen

mit einem Rückblick auf das Jahre 1923 ein. Der damalige Verbandstag beschloß die organisatorische Umstellung, nach welcher es nur noch Kreisgruppen und Zahlstellen gibt. Die Finanzierung der Kreisgruppe erfolgt in der Weise, daß ihr 20 Prozent der Gesamteinnahmen verbleiben zur Bestreitung sämtlicher Unkosten. Daß der verbleibende Betrag in einigen Kreisen nicht ausreichen würde, war schon damals klar. Um die notwendigen Mittel zu schaffen, mußten in diesen Kreisgruppen besondere Zuschläge erhoben werden. Um eine Einheitlichkeit für das gesamte Gaugebiet zu erzielen, beschloß feinerzeit die Gauversammlung einen Gauzuschlag von 5 Pf. In sämtlichen Kreisgruppenkonferenzen erkannten die Kollegen diese Notwendigkeit an. Wir haben schon



Deiner Dränger Schar erblaßt,
Wenn du müde deiner Last,
In die Ecke lehnt den Pflug,
Wenn du rufst: es ist genug!

Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Georg Herwegh.

Reichsbanners betonte Gausekretär Wille die gute und nützliche Zusammenarbeit der Landarbeiter und Reichsbannerleute auf dem Lande.

Dann nahm der Verbandsvorsitzende Georg Schmidt (Berlin) zu seinem Referat

„Die Wirtschaftslage und ihre Auswirkung auf die ländliche Arbeiterschaft“

das Wort: Der Krieg brachte eine große Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiet sowie eine Ersärfung und innere Festigung der Gewerkschaftsbewegung. Das Schlichtungswesen ist zur Einführung gelangt; dort wird Recht gesprochen über wirtschaftliche Dinge zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Aber der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist selbstverständlich nicht geringer geworden.

Die Unternehmer in der Landwirtschaft klagen, daß es ihnen schlecht geht und verlangen längere Arbeitszeit und niedrigeren Lohn. Die Führer des Landarbeiterverbandes haben sich vor allem damit zu befassen, diese unrichtigen Behauptungen aus dem Unternehmertum zu widerlegen. Wohl hört man bald nichts anderes mehr als das Gejammer über die Not der Landwirtschaft, man denkt aber dabei nur an die Notlage der landwirtschaftlichen Unternehmertum, aber nicht an das Elend der Landarbeiterschaft.

Von 1921 bis 1924 haben die landwirtschaftlichen Betriebe glänzend gewirtschaftet. Der Maschinenpark in den landwirtschaftlichen Betrieben, auch in bäuerlichen, hat stark zugenommen. Viele Betriebe sind wirtschaftlich umgestellt. Kredite wurden verlangt und gegeben. Dann war ihnen der Fuß wieder zu hoch. Eine Ueberlastung der Betriebe mit Schulden ist nicht da. Statt der 15 Milliarden Schuldenbelastung in der Vorkriegszeit sind jetzt nur höchstens 6 Milliarden vorhanden.

Den Landarbeitern aber rufen wir zu: „Seid einig und kämpft durch eure Organisation für eure Rechte.“ Das Unternehmertum freut sich über jede Zersplitterung in den Reihen der Arbeiterschaft.

Es ist bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Landarbeiterschaft eine unbedingte Notwendigkeit, daß sie Lohnforderungen stellt. Der Landarbeiter strebt ebenfalls nach besserer Lebenshaltung. Wenn die Landflucht verhindert werden soll, müssen sich die Landwirte umstellen. Die Veredelung der landwirtschaftlichen Betriebe muß fortschreiten. Die Landwirtschaft muß bessere Wohnungen, günstigere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne geben. Auch die Landarbeiterschaft muß kaufkräftig gemacht werden, damit die deutsche Wirtschaft gehoben wird. Von dieser Gehung der Lebenshaltung der Landarbeiterfamilien werden auch die Agrarier profitieren. Die Arbeitsfreudigkeit wird sich heben und dem Betriebe Vorteil bringen.

Ueber die Bedeutung des Tarifvertrags in der Landwirtschaft

sprach dann das Vorstandsmitglied des Tarifamts Halle, Gille. Das Arbeitsverhältnis in der Landwirtschaft bestimmte in der Vorkriegszeit nur der Arbeitgeber, während im Tarifvertrag das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt. Die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung von Tarifverträgen durch die Reichsarbeitsverwaltung bedeutet, daß alle im landwirtschaftlichen Beruf beschäftigten Arbeiter unter diesen Vertrag fallen.

Der Tarifvertrag ist eine Waffe im Kampf

für die Befreiung der Arbeiterschaft. Das wissen die Gegner, die gegen das Tarifvertragswesen antreten, ganz genau. Organisationen und Vereine politisch reaktionärer Art sind dabei,

treter einem Schiedspruch des Vorsitzenden beugen und 1 Pfennig für Männer und 2 Pfennig für Frauen an Lohnerhöhung schlucken wollten, das wäre für uns untragbar gewesen. Als der Eindruck entstand, daß der Vorsitzende einen derartigen Schiedspruch fällen würde, haben wir ihm das Stimmrecht nicht erteilt.

Die Verhandlungen schiederten

und wir beantragten beim Arbeitsministerium die Einsetzung eines andern Vorsitzenden für die nächste Verhandlung. Wir werden bei der kommenden Verhandlung alles aufbieten, das Bestmögliche herauszuholen. In der Stärke liegt die Möglichkeit des Erfolges. Wenn alle an einem Strang ziehen, werden wir imstande sein, die Arbeitgeber in ihre Schranken zu verweisen und Verbesserungen im Tarifvertrag zu erreichen, durch die die Landarbeiterschaft in den Stand gesetzt wird, ein besseres Leben zu führen.

An der Aussprache über die Referate beteiligten sich Völter (Böhmischleben), Steffens (Goldbeck), Weisich (Auen), Richter (Berthow), Lange (Polzminde), Drapp (Schauen), Kurts (Stiefenslage) und Fabian vom Verlag der „Landpost“. Die Delegierten schilderten aus dem praktischen Leben der Landarbeiter, welche Schikanen sie von den Unternehmern zu erdulden haben und welche Gefahren sich aus der Notlage und Hilfsbedürftigkeit der Landarbeiter für die Gemeinden und den Staat ergeben.

Folgende Entschließung wurde nach einer Begründung durch den Kollegen Brandenburg angenommen.

Die am 12. und 13. März 1927 in Magdeburg tagende Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes, Gau Magdeburg, aus dem Regierungsbezirk Magdeburg und dem Freistaat Braunschweig bestehend, nimmt Kenntnis von der Zusammenstellung der Antworten der preussischen Regierungspräsidenten auf die Umfrage des preussischen Landwirtschaftsministers über den Umfang der Landflucht und des Kontraktbruchs bei der Landarbeiterschaft. Die anwesenden Kreisgruppenvorstandsmitglieder und die Delegierten protestieren mit allem Nachdruck gegen die reaktionären Vorschläge, die sie von einer Anzahl Regierungspräsidenten gemacht werden. Diese Regierungspräsidenten, die als Maßnahme gegen Landflucht und Kontraktbruch die volle oder teilweise Wiedereinführung der Gejandordnungen, Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiterschaft, Stellen von Kautionen durch die Arbeiter, Bestrafung der Arbeitgeber bei Einstellung sogenannter Kontraktbrüchiger, Einführung eines Arbeitsbuchs empfehlen, haben anscheinend aus der Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht im geringsten begriffen, daß Zwangsmittel der bezeichneten Art an der tatsächlich zu verzeichnenden ständigen Abwanderung der Arbeiter aus den landwirtschaftlichen Betrieben in der Vergangenheit nichts geändert haben und in der Zukunft nichts zu ändern imstande sind. Die Vertreter der Landarbeiterschaft protestieren nachdrücklich gegen jede ausnahmerechtliche Behandlung und erklären, daß ihrer Auffassung nach nur dann die Landflucht, das heißt die Abwanderung der Landarbeiter in industrielle und gewerbliche Berufe, gehoben werden kann, wenn endlich auch den Landarbeitern und -arbeiterinnen ein wirklich freies Arbeitsverhältnis, eine menschenwürdige Entlohnung und Behandlung sowie ein kulturelles und gesundheitlich einwandfreies Wohnungsverhältnis gewährt wird.

Die Konferenz begrüßt es, daß eine Anzahl der besagten Regierungspräsidenten in ihren Antworten klar erkennen lassen, daß sie die wirklichen Ursachen der Landflucht in den vorbezeichneten Mängeln des Arbeitsverhältnisses sehen und es als notwendigste Maßnahme bezeichnen, wenn durch Erhöhung der Entlohnung sowie durch Besserung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiterschaft der Landflucht entgegenge wirkt würde.

damals darauf hingewiesen, daß es auch andre Mittel und Wege gibt, um die Kreisgruppen tragfähig zu gestalten, nämlich Erhöhung der Mitgliederzahl und regelmäßige Beitragskassierung. Das ist nicht überall beachtet worden, auch sind die Ausgaben gewachsen. Nicht zuletzt durch die in letzter Zeit abgehaltenen Konferenzen, die in größtem Maßstab durchgeführte Schulung der Funktionäre, durch das Anwachsen der Schlichtungstätigkeit, ich erinnere auch noch an die Lichtbildvorträge und Schaffung von Material für die Presse und Öffentlichkeit.

Wir beantragen deshalb, den Gauzuschlag auf 10 Pf. zu erhöhen. Der künftige Beitrag wird 50 und 10 Pf. betragen, für Fortarbeiter 60 Pf. und 10 Pf. Gauzuschlag. Mit diesem Beitrag können wir unsere Verpflichtungen, auch gegenüber der Hauptkasse, nachkommen. Die Schwierigkeiten sind uns wohl bekannt, sie werden aber überwunden, weil es sein muß. In verschiedenen Kreisen ist der Betrag bereits einstimmig beschlossen und in einigen seit einigen Monaten schon erhoben worden. Das ist ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit der Erhöhung eingesehen wird. Wenn man von der Organisation etwas verlangt, muß man ihr auch die Mittel geben, die zur Durchführung ihrer Aufgaben dringend notwendig sind.

Anschließend referierte Woldt vom Hauptvorstand über diese Frage. Er betonte, daß der Kreisgruppenzuschlag überall 10 Pf. beträgt und in den einzelnen Kreisgruppen so viel Zuschläge erhoben werden müssen, wie zur Bestreitung der Kreisgruppenausgaben notwendig sind. Es gibt Kreise in unserm Verbandsgebiet, in denen bis zu 25 Pf. Kreisgruppenzuschläge erhoben werden. Nur der Gau Magdeburg ist der einzige, wo nur 5 Pf. erhoben werden. Kollegen, ich befinde mich hier in einem Gau, wo der Deutsche Landarbeiterverband zuerst kräftige Wurzeln schlug. Ihr habt hier eine Tradition zu vertreten. Im Gau Magdeburg haben wir die Pioniere unserer Bewegung. Wenn

das Tempo der Mitgliederwerbung

so weitergeht, sind wir zufrieden. Aber wir müssen sie auch halten und für eine regelmäßige Beitragsleistung sorgen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen aus fast sämtlichen Kreisgruppen. Die Kollegen Polzow (Leiferde), Wunt (Osterburg) und Scheidt (Vollenhagen) sprechen sich für die Annahme der Erhöhung aus. Kollege Gille sieht die Schwierigkeiten einer Beitragserhöhung, deren Notwendigkeit er aber einseht, als so groß an, daß er der Erhöhung nicht zustimmen kann. Auch Kollegen aus Calbe und Neuhaldensleben weisen auf die Schwierigkeiten hin, aber angesichts des immer stärker werdenden Drucks der Arbeitgeber müssen wir der Organisation die notwendigen Mittel geben. Im Kreise Neuhaldensleben wird ein Beitrag von 50 und 10 Pfennig bereits seit dem 1. Januar erhoben. Kraape und auch Kurts Osterburg schlossen sich diesen Ausführungen an.

Die Abstimmung über den Antrag der Gauleitung ergibt 74 Stimmen dafür und 10 Stimmen dagegen. Damit war der Antrag mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Um 7 Uhr war die Sonnabendtagung beendet. Anschließend daran hielt ein gemütlicher Abend die Delegierten noch bis zur Mitternachtsstunde in guter Stimmung zusammen.

In der Sitzung am Sonntag hielt zunächst Professor Lang (Kiel) einen Vortrag über „Fragen der Landarbeiterschaft“, den wir an anderer Stelle bringen. Dann sprach über

Anfallversicherung und Heilverfahren in der Landwirtschaft der technische Außenbeamte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Herr Wadermann aus Kerschen. Der Vortragende sprach aus der Praxis und erläuterte an Hand von Ab-

Bildungen die den Teilnehmern vorliegen, die Schulrichtungen an Höpeln, Säberröhren, Sägemaschinen, Dreschmaschinen, dazu an Türen und Türen, Leitern, Treppen, das Innere der Scheunen ufo.

Er appellierte an die Unternehmer und die Arbeiter, fleißig auf die Schulrichtungen zu achten. Die Maschinenfabriken sind jetzt gehalten, nur Maschinen mit Schulrichtungen zu liefern. Die Zahl der Unfälle in der Landwirtschaft ist sehr groß. 1924 haben die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für 36 693 Unfälle zu zahlen gehabt, die gewerblichen für 40 089. 1926 wurden mehr als 12 000 Unfälle gezählt. Verhüten ist besser als alle Entschädigung, denn Geld kann gesunde Glieder nicht ersetzen. Ueber

Betriebsrätefragen in der Land- und Forstwirtschaft

sprach Vorstandsmitglied Albert Kreuzer (Berlin): Nach dem Kriege forderte die Arbeiterschaft Mitbestimmung in den Betrieben, um die Wirtschaft mit zu kontrollieren. Auch die Arbeiter in der Landwirtschaft forderten dies. Leider hat die Ineinigkeit der Arbeiterschaft viele Hoffnungen zerstört. Die Betriebsrätefrage ist insofern nicht ganz neu, als ihre Ursprung in den Arbeiterausschüssen liegt, die in Bergwerksbetrieben obligatorisch waren. Das heutige Betriebsrätegesetz ist in der Verfassung Artikel 165 - verankert, der ausführliche Bestimmungen enthält. Aber durchgeführt ist das Gesetz noch heute nicht vollständig. Die Durchführung muß erlämpft werden.

Der Redner geht dann auf die Rechte und Pflichten der Betriebsräte ausführlich ein. Auch der Ausländerfrage haben die Betriebsräte ihr Augenmerk zu schenken. Im Handbuch des Verbandes über die Betriebsräte ist alles Material enthalten. Leider wollen die Arbeitgeber noch immer Herren im Hause und Betriebsräte doch auch dazu verpflichtet, Erschlatterungen des Betriebes zu verhindern. Freilich besitzen viele Unternehmer diese Aufgabe nur darin, Streit zu verhindern. So ist die Sache aber nicht. Bei Beschwerden muß sich der Betriebsrat von der Richtigkeit solcher Beschwerden überzeugen. Nicht einflusslos ist der Betriebsrat in der Wohnfrage. Notwendig ist natürlich immer und überall volle Lehrensmitteilung der Kollegen mit dem Betriebsrat und seine Unterstützung. Alles aber hängt von der Stärke der Organisation ab. Diese garantiert auch besser als Strafbestimmungen den gesetzlichen Schutz der Betriebsräte vor Verhinderung und andern Schädigungen. In sich muß dieser Schutz noch gesetzlich verstärkt werden. Die Betriebsratswahlen

stehen vor der Tür. Es gilt jetzt an die Arbeit zu gehen und die Wahlen vorzubereiten und durchzuführen.

Zu den Referaten Lang und Wackermann wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Vortrag des Herrn Professor Lang (Miel) über Landarbeitsforschung und Landwirtschaftslehre sowie einem weiteren Vortrag des Herrn landwirtschaftlichen Unterrichtsbeamten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Wackermann (Merxburg) über Unfallgefahren und Unfallverhütung in der Landwirtschaft.

Die anwesenden Landarbeitervertreter erklären sich bereit, an den Untersuchungen über die Landarbeitsforschung und der praktischen Durchführung verbesserter Produktionsmethoden mitzuwirken, doch sind sie der bestimmten Ansicht, daß die sich durch Verbesserung der Arbeitsmethoden ergebenden Vorteile und Erfolge unbedingt auch der Landarbeiterschaft in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten mit zugeführt werden müssen.

Der Landarbeitervertreter kann nicht oft und eindringlich genug geraten werden, durch jährliche Aufmerksamkeit dafür zu sorgen, daß nicht durch Einführung von Leistungslohn und durch sogenannte Prämienlöhne ihr Lohn noch weiter herabgedrückt und damit ihre Lage weiter verschlechtert wird. Nicht allein vom rein betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus darf die Einführung neuerzeitlicher Wirtschafts- und Produktionsmethoden beurteilt werden, vielmehr beansprucht die Land- und Forstarbeiterschaft, daß auch ihre Lage vom rein menschlichen und sozialen Standpunkt aus gebührend berücksichtigt wird. Die Konferenz ist sich aber auch darüber im klaren, daß eine Berücksichtigung der vorstehend aufgestellten Grundzüge nur dann erfolgen wird, wenn die Arbeiterschaft des flachen Landes einmütig und geschlossen zusammensteht im Deutschen Landarbeiterverband, ihrer Berufsorganisation.

Die Konferenzteilnehmer begreifen weiter auf das lebhafteste das Bestreben der Unfallberufsgenossenschaften, durch Maßnahmen der verschiedensten Art eine bessere Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu erzielen. Die Konferenz erklärt, daß sie bei Durchführung eines besseren Unfallschutzes eine stärkere Mitwirkung der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter, ganz besonders der Betriebsräte, für erforderlich hält. Die anwesenden Vertreter der Land- und Forstarbeiterschaft fordern endlich die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft auf, in ihrem eignen Interesse die

Unfallverhütungsvorschriften auf das peinlichste zu beachten und für die Durchführung eines besseren Unfallschutzes bei jeder Gelegenheit besorgt zu sein.

Angenommen wurde ferner folgende Entschliebung: Die Konferenz nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß in dem Gesetzentwurf betreffend Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung wiederum vorgeschlagen wird einen sehr erheblichen Teil der Land- und Forstarbeiterschaft von der Arbeitslosen-Versicherung auszuschließen.

Die gleiche rückständige und höchst ungerechte Einstellung ist zu bezeichnen bei dem Gesetzentwurf betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft. Auch nach diesem Gesetzentwurf sollen wiederum die Landarbeiterinnen bei den Schulbestimmungen ausgeschlossen werden, obwohl schon die im Jahre 1921 stattgefundene Internationale Arbeitskonferenz in Genf die Einbeziehung auch der Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft vorgeschlagen hat.

Die versammelten Vertreter der Land- und Forstarbeiterschaft protestieren energig gegen derartige reaktionäre Maßnahmen und weisen die breitesten Öffentlichkeit darauf hin, daß es der gegenwärtigen Rechtsregierung vorbehalten blieb, wiederum Ausnahmebestimmungen gegenüber der ländlichen Arbeiterschaft zur Durchführung bringen zu wollen. Die Konferenz fordert nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes die Gleichberechtigung der Landarbeiterschaft mit allen übrigen Arbeitergruppen bei der Durchführung und Neueinführung aller Gesetze, ganz besonders auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Damit war die Konferenz am Schluß ihrer Arbeiten angelangt. Kollege Brandenburg konnte in seinen Abschiedsworten mit Recht darauf hinweisen, daß gute Arbeit geleistet worden sei. Die Referate haben Anregungen in Fülle gegeben, die draußen fruchtbar gemacht werden müssen. Für die weitere Stärkung der Organisation werden die Beschlüsse über die Verbandssinnfinanzierungen beitragen. Der Höhepunkt der Tagung war unzweifelhaft das Referat des Professors Lang. Durch Wissen zur Macht, müsse auch unsere Lozung sein. Die Aussprache über die einzelnen Punkte habe auf bemerkenswerter Höhe gestanden, ein Beweis, daß die Bildungsarbeit des Verbandes nicht erfolglos war. Wenn jeder Teilnehmer das Gehörte draußen in die Tat umsetzt, dann kann diese Tagung ein Meilenstein sein. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und dem Gesang des Sozialistennarchoes wurde die Konferenz geschlossen.

Fragen der Landarbeitslehre

Vortrag von Professor Lang (Miel).

Ueber die Bedeutung der modernen Landarbeitslehre für den deutschen Landarbeiterstand soll ich zu Ihnen sprechen. Da ist es zunächst notwendig, kurz zu sagen, was wir bei uns in Deutschland darunter verstehen. Es handelt sich ja hier um eine neue Wissenschaft, um einen neuen Zweig der gesamten Landwirtschaftswissenschaft, einen Zweig, der naturgemäß besondere Bedeutung für alle im Landbau tätigen Menschen haben muß. Die moderne Landarbeitsforschung erstreckt sich nicht nur, wie man zunächst denken könnte auf die Landarbeiter, auf die menschlichen Arbeitskräfte, sondern ebenso auch auf die an leitender Stelle tätigen Kräfte auf die Unternehmer selbst und auf die Beamten, auf sämtliche im Landbau tätigen Menschen; sie erstreckt sich weiterhin aber auch auf die Gespanntkräfte. Und das Ziel dieser Forschung ist - kurz zusammengefaßt - das: den Ausbeutet, den Wirkungsgrad der menschlichen und tierischen Arbeit möglichst zu heben die Leistungsfähigkeit von Mensch und Tier möglichst auszunutzen. Man kann es auch anders ausdrücken: mit möglichst wenig Opfern viel erreichen,

ein bekanntes ökonomisches Prinzip. Auf den ersten Anblick mag dieses Ziel dem Landarbeiterstand bedenklich erscheinen. Es kann so erscheinen, als solle aus dem Arbeitenden besonders großer Nutzen herausgeholt werden. Es ist in Wirklichkeit aber so - und Ihr Interesse für diese Frage findet damit auch seine volle Veranschaulichung - daß dieses Ziel der modernen Landarbeitsforschung durchaus zu verfechten ist mit den Bestrebungen, die Sie naturgemäß von Ihrem Standpunkt aus verfolgen müssen. Es fragt sich nun zunächst welche Mittel und Wege sich uns bieten, um die menschliche und tierische Arbeit zu einem höheren Wirkungsgrad zu bringen um die Arbeitserträge zu gestalten. Grundsätzlich kann man daran denken, die Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft zu verbessern. Es ist doch so, daß es vollkommen natürlich nicht gibt, und wir wissen, daß die Arbeitsmethoden veränderungsfähig sind, die heute vielfach in der Landwirtschaft Anwendung finden. So kann beispielsweise die Leistungsfähigkeit der Arbeitsträfte dadurch gesteigert werden, daß die verwendeten

Geräte und Maschinen verbessert, erneuert, dem Arbeitszweck besser angepaßt werden. Weiter kann die Arbeitseistung gehoben werden dadurch, daß die Entlohnung eine bessere wird, nicht nur, daß die Löhne gesteigert werden, was notwendig einen Anreiz bietet, höhere Leistungen zu vollbringen, sondern daß die Lohnforderungen angepaßt werden an die verschiedenen Arbeitsverrichtungen, die in der Landwirtschaft durchzuführen sind.

Weiter muß es sich darum handeln, nicht nur die Grundregeln die Hilfsmittel und die Vergütung für die Arbeit zu ändern, besser zu gestalten, sondern auch die ganze Betriebsorganisation zu verbessern. Denn Sie sind in einem Betrieb, der nach Maßgabe der natürlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse bestimmter Aufgaben organisiert ist, dann müßt der ganze Fleiß und die ganze Geschäftstüchtigkeit, dann wird der Unternehmer über mangelnde Rentabilität klagend und sagen, er könne keine höhere Löhne bezahlen. Das liegt nicht an Ihnen, es liegt an dem Betrieb, der nicht richtig organisiert ist.

In zweiter Linie kommt in Frage, daß in einem richtig organisierten Betrieb auch die Arbeitsverteilung richtig organisiert ist, ich denke dabei an die Arbeitsverteilung, die Arbeitsfolge, die Zusammenfassung der verschiedenen, den Bestand der Rindvieh- und Schweinehaltung, das Verhältnis der Weiden und Wälder zum Ackerland. Weiter kann es sich darum handeln, daß da wo besonders viel Arbeiten sich konzentrieren und zusammenlagern, im besonderen auch die

richtigen Anlagen zu schaffen sind. Ich denke dabei an einen Hof. Wenn man die Hofanlagen so gestaltet, daß die viel Zeitverbringe mit sich bringenden Wege verkürzt werden, durch gezieltere Anordnung der einzelnen Stallhöfe, Speicher und Stallräume, so würde dadurch selbstverständlich der Anreiz der menschlichen Arbeit gehoben werden. Sie sehen, es geht um vieles mehr, als daß man nur lediglich nach dem Nutzen wirtschaftlich handelt, nach der Arbeitsleistung und nach der Arbeitsleistungsfähigkeit des Menschen, sondern das geht auch um den Betrieb in seiner ganzen Zusammenfassung und Verfassung.

Es kommt noch ein dritter Hauptpunkt hinzu: der Mensch ist eben anders als eine Maschine, als ein Roboter, der, wenn er einmal in Gang gesetzt ist, seine Arbeit ununterbrochen fortsetzt. Der Mensch ist ein Wesen mit einer gewissen Individualität, er hat einen gewissen Verstand, er hat ein Gewissen, er hat ein Herz, er hat eine Seele.

Das bedingt, daß wir bei der Organisation des Betriebes auch auf diese menschlichen Eigenschaften achten müssen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß der Mensch nicht nur ein Werkzeug ist, sondern ein Wesen mit eigenen Interessen, das seine eigene Entwicklung sucht. Wir müssen also bei der Organisation des Betriebes auch auf die menschlichen Bedürfnisse achten. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Freiheit lassen, wir müssen ihm eine gewisse Verantwortung übertragen, wir müssen ihm eine gewisse Würde verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Freude an seiner Arbeit verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Achtung verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Anerkennung verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Würdigung verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Liebe verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Wärme verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Hilfe verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Unterstützung verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Ermutigung verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Stärkung verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Hoffnung verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Zukunft verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Liebe verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Wärme verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Hilfe verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Unterstützung verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Ermutigung verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Stärkung verschaffen. Wir müssen dem Arbeiter eine gewisse Hoffnung verschaffen, wir müssen ihm eine gewisse Zukunft verschaffen.

können, daß die Behandlung der Menschen vielmals eine ungeeignete ist, daß für die Weiterbildung der strebenden Menschen nicht Sorge getragen, für die Reiztreue und Umwechslung nach getaner Arbeit keine Möglichkeit geboten ist. Das sind alles Dinge, auf die wir bei dem heutigen Stande der Verhältnisse Rücksicht nehmen müssen und die, wenn sie nicht befriedigt werden, keine Freude am Beruf auskommen lassen.

Die Ausgangspunkte für die moderne Landwirtschaftsforschung liegen nicht in Deutschland und liegen überhaupt nicht in der Landwirtschaft. Wir haben die stärkste Anregung zur Fortschritt der Landwirtschaftsforschung von den Vereinigten Staaten erhalten, und zwar ging dort die Anregung aus von Taylor, der in einem großen Industrieunternehmen umfangreiche Arbeitsstudien gemacht hat und vom Automobilfabrikanten Ford. Kurz zusammengefaßt will Taylor durch die höchstmögliche Ausnutzung des Einzelmenschen den größten Arbeitsertrag herausholen, während Ford das Hauptgewicht auf die technische Verbesserung des ganzen Betriebes - Kessel- oder Stromband - legt. Wir müssen fragen: Können wir diese Prinzipien von Taylor und Ford

auf die Landwirtschaft anwenden?

Was zunächst den Taylorismus anbelangt, die Auffstellung einer Arbeitsnorm von einigen Bewegungs- und Zeitstudien. Gerade die Bildung bestimmter Arbeitsmethoden, bestimmter Arbeitsgeräte, sie können wir diese Dinge nicht unmittelbar auf unsere Landwirtschaft anwenden. Aber daß die Arbeitsmethoden veränderungsfähig sind, liegt auf der Hand, und daß auch manche Arbeitsvorgänge bei uns verbessert werden können, ist klar. Daß auch die Arbeitsgeräte verbessert werden können, ist bei uns die Arbeiter zum großen Teile mit verbrauchten Geräten abzulagen müssen, das weiß ein jeder bei uns. Wenn gute Arbeit geleistet werden soll, muß auch das Arbeitsgerät gut sein. Falls es ist, es aber, zu behaupten, daß es nur ein gutes Gerät für eine bestimmte Arbeit gibt, etwa eine beste Sense, einen besten Spaten und so weiter. Das können wir nicht anerkennen. Die Befähigung zur Handarbeit ist bei verschiedenen Menschen, bei verschiedenen Rassen verschieden. Dazu muß man die Menschen in ihren Eigentümlichkeiten berücksichtigen, muß auch die Verschiedenartigkeit des Lebens und der Witterungsverhältnisse in Berücksichtigung ziehen. Wir können also wohl sagen, daß wir aus dem Taylorischen System das herausnehmen können, daß die Landwirtschaftsarbeit anders als einmal in bezug auf die Geräte veränderungsfähig ist. Wir haben in unserer europäischen Betriebsorganisation eine solche

vielfältige Veranpeltung

verschiedener Betriebszweige, daß wir mit einer solchen Methode nicht anfangen können. Wir müssen umgekehrt bei der weitgehenden Dezentralisierung, bei dem Auseinanderlaufen der verschiedenen Arbeiten, die einzelnen Arbeiter zur praktischen Selbstverantwortung erziehen, müssen an ihr Verantwortungsbewusstsein appellieren. In der Landwirtschaft wird geerntet, geerntet, da gibt es Sozialisten, Arbeiter auf der Weide, die Erntearbeiter, die Bestellerarbeiten ufo. Im Laufe des Jahres wechseln häufig die Arbeiten, und so ist der Arbeiter immer bei jeder Tag an einer anderen Arbeitsstelle. Die Arbeiter können bei uns nicht zu einer Arbeit zusammengefaßt werden.

Auch das Prinzip der fortwährenden Fleißarbeit ist schlechterdings nicht anwendbar, wenn man das Wort im wirklichen Sinne meint. Wir können von der Fleißarbeit keinen Gebrauch machen in der Landwirtschaft, und das ist ein Vorzug. Es ist gut, daß nicht alle Arbeit so weitgehend mechanisiert werden kann, denn wenn heute ein großer Teil der Menschheit nur noch ein Teil einer großen Maschine,

ein Sklave der Maschine,

in die er hineingeschoben ist. In gewissem Sinne läßt sich eine Anpassung anwenden bei der Handarbeit. Wenn Ford aber sagt, es sei das wichtigste, daß ein Unternehmer seinen Betrieb möglichst durchdenkt, daß er überlegt, wie er den Betrieb zur Höchstleistung bringen und die Erzeugung dadurch steigern und verbessern könne, so ist das zweifellos ein Gesichtswinkel, der notwendig ist, und da, glaube ich, müssen wir uns in erster Linie vom Standpunkt der Landwirtschaftsforschung aus sagen, daß ein jeder Unternehmer und Arbeiter sein Bestes tun muß, um den Betrieb so vollkommen wie nur irgend möglich zu gestalten. Das ist ihre Aufgabe, und wenn er diese Aufgabe richtig verstanden hat, wird ein jeder Teil daran mitwirken, daß der Arbeitsertrag ein möglichst hoher wird.

Die moderne Landwirtschaftsforschung kann also mit einer gewissen Übertragung dieser Prinzipien auch nichts anfangen. Sie muß sich nach einer anderen Richtung hin entwickeln. Sie muß die Arbeitsstudien auf unsere verschiedenen landwirtschaftlichen Verhältnisse, besonders aber auch auf unsere Witterungsverhältnisse beziehen. Und die Lohnberechnung ist als eine besondere wissenschaftliche Aufgabe zu betrachten. Das hat vielfach zum Widerspruch gegen die Landwirtschaftsforschung Veranlassung gegeben.

Wir haben in Deutschland ein Akkordlohn-Berechnungssystem, daß nicht, wie in Amerika, veraltet war, aber wir haben ein Berechnungssystem, das den einheimischen Arbeiter gegenüber dem ausländischen außerordentlich benachteiligt hat, sofern bei der Akkordlohn-Berechnung für den ausländischen Arbeiter der Lohn zugrundegelegt wurde und für einheimische ein großer Anteil an Deputaten. Das hat das Ergebnis gezeigt, daß der ausländische Arbeiter beim Akkord besser gestellt war als der einheimische. Diese ganz offensichtlichen Mängel der Lohnberechnung müssen wir beseitigen. Wir müssen danach hinstreben, bei allen Lohnungsarten und Lohnberechnungen

die Zustimmung der Arbeiter

zu erlangen. Dadurch wird das Mißtrauen beseitigt und eine gesunde Basis geschaffen für ein höheres Verantwortungsgefühl des Arbeiters. Wir haben Arbeiter, bei denen zweckmäßig der Leistungslohn zur Anwendung kommen kann. Der Leistungslohn käme vielleicht in dem einen Falle als Akkordlohn, und im andern Falle als Prämienlohn in Betracht. Wird ein solcher Lohn angenommen, so ist unbedingt notwendig, daß die Lohnberechnung offengelegt und der Akkordlohn nicht dazu benutzt wird, den Arbeiter um den höheren Arbeitsertrag zu bringen. Wenn eine Arbeit beschleunigt durchgeführt werden soll, so muß dem Arbeiter auch ein entsprechender Lohn zufließen, und es ist nicht richtig, daß er, wenn die Arbeitsleistung 100 Prozent beträgt, nur 20 Prozent Sondervergütung erhält. Dem Unternehmer muß natürlich auch ein Vorteil eingeräumt werden. Die Arbeitsbeschleunigung ist ja aber schon ein großer Vorteil für ihn. Wenn Sie z. B. in der Ernte sind, und Sie strengen sich dabei besonders an, weil Sie sich sagen, Ihr Unternehmer wird sich Ihnen bei anderer Gelegenheit wieder gefällig erweisen, dann können Sie die Arbeit, die sonst 3 Wochen beansprucht, auch einmal in 10 bis 12 Tagen schaffen. Hier birgt die Mehrleistung zu große Vorteile in sich, daß Ihnen der Unternehmer ruhig

den doppelten Lohn zahlen kann.

Es ist klar, daß ein solches Lohnsystem mit den verschiedensten Lohnungsmethoden und sorgfältiger Lohnberechnung viel größere Anforderungen stellt.

Daß es dabei zweckmäßig und richtig wäre, wenn etwas mehr forschender Geist hineingetragen würde in das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter bezüglich des Zusammenarbeitens, etwa in dem Sinne, daß Sie von selbst Verbesserungen einführen, dem wird allgemein zugestimmt werden können. Es ist auch richtig, vom forschenden Geist das zu übernehmen, daß an der Unternehmung die denkbar höchsten Anforderungen gestellt werden müssen. Es kommt ja in erster Linie darauf an, daß sich Unternehmer und Arbeiter dazu zusammenfinden, den Ertrag der Wirtschaft möglichst zu heben. Wir müssen international wettbewerbsfähig sein, weil das Ausland dann zu uns kommt. Wir haben jetzt noch für Hunderte von Millionen Mark

Einfuhr von Lebensmitteln.

Wenn wir den Arbeitsertrag heben, meine Herren, dann ist die Sachlage doch die, daß wir das nicht mehr nötig haben. Hier müssen wir einhalten. Wenn wir bessere Milch und bessere Butter liefern, dann wird man diese Erzeugnisse gern von uns kaufen. Unsere Bestrebungen müssen dahin gehen, diesen forschenden Geist zum Siege zu verhelfen; sie müssen aber auch dazu führen, unsere Arbeiter immer mehr zufriedenzustellen, damit sie am Arbeitsprozeß immer stärker interessiert werden. Es ist doch so, daß dem arbeitenden Volke an Arbeitslöhnen nur das bezahlt werden kann,

was aus dem Arbeitsertrag herausgewirtschaftet

wird. Sie können durch Organisationen, auf dem Nachweg vorübergehend hohe Löhne sich beschaffen. Aber wenn der Ertragswert nicht entsprechend gesteigert wird, dann wird das nur von kurzer Dauer sein. Sie haben mit Recht das Bestreben, sich ein Können und Wissen zu beschaffen, um diese Eigenschaften in den Dienst der Sache stellen zu können, um zu Ihrem Teil an dem Aufbau unserer Wirtschaft mitzuwirken. Ihr Streben wird dabei sein, dem Arbeiter einen möglichst großen Anteil vom Arbeitsertrag zu sichern. Denn je größer der Arbeitsertrag, desto höher der Lohn; je höher der Lohn, desto größer der Arbeitsertrag. Daß der steigende Arbeitsertrag nicht in vollem Umfang dem Arbeiter zugute kommen kann, sondern in größerem Maße zur Verbesserung der vorhandenen Maschinenanlagen und Apparate und zu deren Erneuerung und Ausbau verwendet werden muß, ist natürlich zu berücksichtigen. Es fragt sich dann, wie der Arbeitsertrag richtig zu verteilen ist, und hier setzt wieder die Tätigkeit der modernen Landwirtschaftsforschung ein, um in geeigneter Weise mitzuwirken, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Daß die Landarbeiterschaft diesen Problemen Interesse entgegenbringt, zeigt, daß sie ein solches Thema für ihre Tagungen auswählt. Mögen Sie sich auch weiterhin für diese Dinge interessieren und daran tatkräftig mitarbeiten, denn nur dann werden Sie es in der Hand haben, es durchsetzen können, daß Ihre Interessen gewahrt bleiben! —

Nachrichten aus der Provinz

Genosse Nötling spricht

Am Sonnabend den 19. März, abends 8 Uhr, spricht in Magdeburg in der Aula der Luisenschule, Eingang Prälatenstraße, der bekannte Genosse Prof. Erik Nötling von der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. über das Thema „Wirtschaft und Kultur“.

Wir empfehlen diesen Vortrag allen interessierten Parteigenossen und -genossinnen. Nötling ist ein ausgezeichnete Redner, der jedem etwas zu sagen hat. Eintritt wird nicht erhoben.

Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Die Forderungen der Arbeitsinvaliden

Wie in jedem Orte Deutschlands sind auch in jedem Ort unserer Provinz die Arbeitsinvaliden und Witwen dem Ruf ihres Zentralverbandes zu Protestkundgebungen gefolgt. Die Forderungen, die von den Rednern erhoben worden sind, haben wir an dieser Stelle schon ausführlich dargestellt und vertreten. Aus der Menge der uns eingesandten einmütig gutgeheißenen Entschlüsse veröffentlichen wir die folgende, um noch einmal alle die berechtigten Forderungen der Arbeitsinvaliden und Witwen zusammenzufassen:

Die im Zentralverband bereinigten Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands fordern vom Reichstag:

Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung:

1. Die Erhöhung der Invalidenrente, und zwar in einem Ausmaß, das im Regelfall fürjüngereleistungen überflüssig sind; dem damaligen Zeitverhältnis entsprechend zum mindesten aber eine sofortige allgemeine Rentenerhöhung.
2. Die Gewährung der Steigerungsätze auch den Witwen, deren Renten vor dem 1. April 1925 festgesetzt worden sind.
3. Die Aufhebung des Art. 71 des Einführungsgesetzes der Reichsversicherungsordnung.
4. Gewährung der Witwenrente bei einer Altersgrenze von 65 Jahren, auch wenn Invalidität nicht vorliegt.
5. Aufhebung der Verordnung über Ruhestandsbeschriften vom 25. Juni 1926.

Auf dem Gebiet der Unfallversicherung:

1. Für die Unfallverletzten eine Rente, die vom vollen Lohn berechnet wird, so daß die Rente dem vollen Arbeitslohn gleichsteht.
2. Periodische Neuberechnung sämtlicher Renten nach dem jeweilig maßgebenden Tariflohn.
3. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und der Versicherten in der Verwaltung.

Auf dem Gebiet der Knappschaftsversicherung:

1. Aufhebung der Ruhestandsbeschriften in dem ReichsKnappschaftsgesetz.

Auf dem Gebiet der Fürsorge:

1. Mitbestimmungsrecht.
2. Festsetzung von Richtsätzen, die den wirklichen Lebensunterhalt in sich birgen

Daß die Stimmung unter den Arbeitsinvaliden eine sehr kritische ist, wie wir schon in unserem Artikel „Das Glend der Invaliden“ in der Sonnabend-Nummer festgestellt haben, ist durch die starke Beteiligung an den Kundgebungen für die Erhöhung der Renten deutlich zum Ausdruck gekommen. Nochmals sei betont, daß sich die Sozialdemokratische Partei nach wie vor mit allem Nachdruck für die Forderungen einsetzt.

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Vortrag über Lungentuberkulose am Mittwoch den 23. März, abends 8 Uhr, im Versammlungszimmer der Mädchenschule, Magdeburger Straße, veranstaltet von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg. Es spricht der Oberarzt des Instituts der Kasse, Herr Dr. med. et. phil. Busch.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Genie (Mittwoch) abend um 8 Uhr bei Kantraß Protestversammlung.

Frauenabend aller Genossinnen der Partei und der Arbeiterwohlfahrt am kommenden Sonntag den 20. März, abends, im „Weißen Schwan“ bei Kunze im Ortsteil Bennedobben.

Öffentliche Mahnung. Alle Steuerpflichtigen, welche folgende Steuerrückstände schulden, werden aufgefordert, die in Frage kommenden Beträge innerhalb 8 Tagen an die hiesige Gemeindefasselle während der Kassensunden von 8 bis 12 Uhr vormittags zu zahlen: Staatliche Steuer vom Grundvermögen für bebaute Grundstücke für März, Hauszinssteuer für März, Gemeindezuschlag zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen für März, 200 Prozent für bebaute, 300 für unbebaute Grundstücke.

Ostereidungen

Potemkin. Am Sonntag den 20. März, abends 8 Uhr, wird in Müllers Lokal dieser historische Revolutionsfilm gezeigt. Karten im hiesigen Vorverkauf in Müllers Lokal, beim Krieger Weisand und Feldhüter Schulze. Niemand darf diese Filmaufführung versäumen.

Freie Turner und Sänger. Eine Monatsversammlung fand am Sonnabend statt. Sie beschloß, am Ostermontag ein Vergnügen zu veranstalten, bestehend aus Konzert, Theater und Ball.

Arbeiter-Sänger. Am Freitag abend findet die Lebungsstunde statt.

Domersleben

Motorradunfall. Am Dienstag abend gegen 5 Uhr fuhr ein Motorradfahrer, der einem Radfahrer ausweichen wollte, an der Straßengrenzung Klein-Modersleben-Hohendobben gegen einen mit Stroh beladenen Wagen. Der Motorradfahrer kam zu Fall und fiel so unglücklich auf das Wagenrad, daß er sich eine klaffende Stirnwunde beibrachte. Auch ist das Motorrad beschädigt worden. Von dem Chauffeur eines vorbeifahrenden Autos erhielt er einen Kletterband.

Egersleben

Protestversammlung der Arbeitsinvaliden. In der von der Ortsgruppe des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen einberufenen Versammlung am Sonntag nachmittag sprach der Vorsitzende Kollege Goldacker. Seine ausführliche spannende Rede fand den Beifall der außerordentlich zahlreich erschienenen Besucher. Eine Resolution, welche die berechtigten Forderungen der Arbeitsinvaliden und Witwen enthält, wurde einmütig gutgeheißen. So wurde die Versammlung zur einmütigen Kundgebung.

Hohendobben

Arbeiter-Radfahrerverein. Am Sonnabend fand eine Versammlung der Radfahrer statt. Der Bezirksleiter, Genosse Otto Schulle (Groß-Ottersleben), referierte über Zweck und Ziele des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität. Die Mitglieder brachten einmütig zum Ausdruck, den Verein kräftigen zu wollen. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Walter Spieß, 2. Vorsitzender Albert Friede, Kassierer Wilhelm Markowski, Schriftführer Bernhard Krüffel. Zu der nächsten Versammlung sind alle Interessierten eingeladen.

Wanzleben

Arbeiterwohlfahrt. Die am Ende des vergangenen Jahres gegründete Arbeiterwohlfahrt hat in diesen Tagen wieder viele Freude in zahlreichen Familien der Stadt hervorgerufen. Ein zu Weihnachten veranstalteter Hunter Abend hatte einen über-

Provinziallandtag

Nach der Wahl des Genossen Weims zum 1. Präsidenten des Landtags schlugen die Kommunisten ihren Parteifreier Holzweißig zum 2. Präsidenten als aussichtslosen Kandidaten wieder vor, die Deutschnationalen als zweitstärkste Fraktion den Schuler Busse (Halle). Dieser erhielt von 110 abgegebenen Stimmen 78, der Kommunist 21, unbeschrieben waren 9 Zettel 2 Stimmen zerplittert; eine davon lautete auf Hitler. Schriftführer und Beisitzer wurden entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen gewählt. Von unsern Genossen sind noch im Präsidium Loh (Mörsleben) als Schriftführer und Köppler (Zeitz) als Beisitzer.

Genosse Weims dankte für seine Wahl als Präsident. Durch die mit so großer Mehrheit erfolgte Wahl des Genossen Weims ist bewiesen, daß der Versuch, durch eine gewisse Agitation gegen seine Amtsführung Mißtrauen zu erwecken, gescheitert ist.

Wir fordern ein Landesjugendamt

Unser Fraktion hat beantragt, für die Provinz Sachsen ein Landesjugendamt zu errichten und die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen. Der Bezirksverband und der Ortsausschuß Magdeburg der Sozialistischen Arbeiterjugend unterstützen diesen Antrag durch Eingaben.

Die Moskauer Antragsfabrik hat einen ganzen Haufen Agitationsanträge fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich noch in verstärktem Maß „arbeiten“, um den kommunistischen Größen Gelegenheit zu geben, lange, aber zwecklose Reden zum Fenster hinaus zu halten. Erreicht wird mit solchem Agitationsverfahren nichts, denn niemand, außer den Völkischen, nimmt die Kommunisten noch ernst.

Der Antrag der Kommunisten, ihre Agitationsanträge vor der Etatsrede bringen zu dürfen, wurde abgelehnt. Dann erfolgte reibungslos die Wahl der verschiedenen Ausschüsse.

Die Etatsrede des Landeshauptmanns

wurde in der Nachmittagssitzung am Dienstag gehalten. Der Landeshauptmann hat mehr Zeit auf die Behandlung der wichtigsten Vorlagen zu verwenden und die Erörterung von Dingen, die nur lose in Zusammenhang mit der Provinzialverwaltung stehen, zu vermeiden. Er betonte dann, daß man bei den immer mehr wachsenden Verwaltungskosten bemüht sei, die Provinzialverwaltung zu modernisieren, um billiger und besser zu arbeiten. Viele Aufgaben der Provinz sind allerdings zwangsläufig und eine Einschränkung der Leistungen ist nicht möglich. Aber vor der Übernahme neuer Leistungen muß erst unaufrichtig geprüft werden, ob die Kosten zu tragen sind.

In seiner Spariamtsrede jagte der Landeshauptmann, daß sein Bestreben sei, die Provinzialumlage möglichst niedrig zu halten, doch hat er, möglichst nichts an dem

mit strengster Spariamkeit aufgestellten Etat

zu ändern. Infolge anderer Berechnung der Steuerüberweisungen wird es möglich sein, anstatt mit den geforderten 16 Prozent mit 14 1/2 Prozent Umlage auszukommen. Im Vorjahr ist ein Teil der Ausgaben aus der Substanz bestritten; das, was wir an Aufwendungen haben, müssen wir zahlen, aber nicht wieder aus der Substanz.

Die Besoldungsausgaben sind finanziell außerordentlich bedeutsam, sie betragen 7,6 Millionen Mark. Der Landeshauptmann wandte sich dann gegen die Vorschläge des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes in bezug auf Lohn- und Gehaltsaufbesserungen.

Die Provinzialanstalten sind wieder in Ordnung gebracht; die Bauten sind in gutem Zustand. Es ist aber nicht bloß Sache der Provinz, für die Anstalten gut zu sorgen, sondern es gibt auch noch andere notleidende Kreise, denen durch Provinzialmittel ebenfalls geholfen werden muß. Es kann darum nicht alles für eine komfortable Ausgestaltung der Anstalten aufgewendet werden.

Dann wandte sich der Redner dem Etat im engeren Sinne zu, beschränkte sich aber auf einige wichtigere Dinge. Vor allem zeigte er, wie stark die Erwerbslosigkeit die Provinzialverwaltung belastet und welche großen Summen für die Beseitigung der Schäden durch die Hochwasserkatastrophe nötig gewesen sind.

Das Landesarbeitsamt hat eine erhebliche Vermehrung seiner Arbeit aufzuweisen. Eine weitere

Verminderung des Höchstkontingents der ausländischen Arbeiter unter 24000 wäre außerordentlich erwünscht. Der Schwerbeschädigtenfürsorge war es möglich, im wesentlichen die Schwerbeschädigten in den Arbeitsstellen zu halten; nur 2 Prozent waren arbeitslos. Bei der Fürsorge für die Landhilfsbedürftigen ist die Zahl der Notfälle gewaltig gestiegen. Es müssen noch mehr Mittel dafür bereitgestellt werden.

Stark ausgearbeitet ist die Wandererfürsorge. Die Ausgestaltung der Wandererwohnstätten hat wesentliche Fortschritte auch durch Schaffung von Bade- und Desinfektionsanlagen gemacht.

Der Landeshauptmann sprach dann eingehend über den Straßenbau und andere Projekte für öffentliche Arbeiten, so über die Elbbrücke bei Tangermünde. Die Provinz wird sich bis zu einem Drittel an den Kosten beteiligen, wenn Städte und Gemeinden, Staat und Reich die andern Kosten aufbringen. Die etwa 1 1/2 Millionen sind noch nicht eingestellt, denn vor 1925 wird mit den Arbeiten nicht begonnen werden. Der preussische Landesminister hat leider die Unterstützung des Projekts nicht zugesagt, wohl aber der frühere Reichsverkehrsminister.

Dieselbe Zurückhaltung zeigt man mit einmütigem Beifall des Provinzialparlamentes. Weiterbau des Mittellandkanals.

Von Regierungsseite behauptet man jetzt, der Mittellandkanal

sei „eine des Studiums bedürftige Frage“. Gegen solche Auffassung müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Die Hauptfrage ist, daß für Arbeitsbeschaffung gesorgt wird. Deshalb hat die Provinzialverwaltung auch den Antrag gestellt, daß der Ausbau der Harztafellen des Ostharzes in das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen wird. Sie sind gleich wichtig als Millionen Mark sind für das Problem veranschlagt. Es ist eine maffiwirtschaftliche Gesellschaft der Provinz zur Prüfung dieser Frage geschaffen. Diefem großen wirtschaftlichen Unternehmen ist das größte Interesse entgegenzubringen.

Der Landeshauptmann sprach dann noch über den Kleinfahnausbau, die Unterstützung der Mitteldeutschen Heimstätte wegen ihrer Wohnungsbaufätigkeit und die großen Anstaltsbauten, zum Beispiel die neue Irrenanstalt in Neuhaldensleben, ferner über Fragen der Landeskultur im Zusammenhang mit den der Hochwassererschäden. Diese Hilfsaktionen werden eine finanzielle Gefahr für die Provinz. Es besteht die falsche Auffassung in der Provinz, daß man glaubt, man brauche nur den Schaden angumessen, dann bekomme man auch etwas; wir müssen aber die Hilfe nur auf das Notwendigste beschränken; die Staatsbehörden müssen eine gerechte Schadentreglung durchführen. Auf lange Zeit ist die Provinz durch den

Zusendienst aus der Hochwassererschädigungsaktion

mit 1/2 Prozent Umlage belastet. Die Landeskulturpflege wäre geeignet zur Übernahme von der Staatsverwaltung auf die Selbstverwaltung der Provinz. Die Dotationen für die drei allgemeinen Landeskulturfonds durch die Provinz liegen von 385 000 Mark 1925 auf 466 000 Mark 1926 und auf 688 000 für 1927, das macht 1 Prozent Umlage aus. Diese Aufwendungen sind allerdings notwendig und auch zur Einschränkung der Erwerbslosigkeit geeignet.

Der Obstgarten in Diemitz muß aufgegeben werden, aber ohne Obstgarten wird die Provinz nicht auskommen. Für Straßenbau müssen wir noch sehr viel tun, aber die Aufwendungen werden langsam geringer werden auf diesem Gebiet. Man sollte auch Maß halten mit Forderungen für den Ausbau der Straßen. Man ist nämlich sehr anspruchsvoll geworden. Straßenverbreiterung und Umgehungsstraßen sind jetzt nicht möglich. Wir können froh sein, daß so viel an dem Ausbau des zusammengebrochenen Straßennetzes getan ist.

Zur Förderung von Kreis- und Gemeindeftraßenbau seien 600 000 Mark Zuschüsse zuwenig; das stimmt. Man verlangt 900 000 Mark; das würde aber 1/2 Prozent Umlageerhöhung bedeuten.

Die Provinz Sachsen findet nicht immer ein geneigtes Ohr in Berlin für ihre Wünsche, wie andere Provinzen. Wir hoffen, daß vor allem der Mittellandkanal schleunigst fertiggestellt wird.

Kommunistische Agitationsreden

Nach der Etatsrede wurden die Kommunisten auf das Parlament losgelassen. Aus ihrer Antragsfabrik brachten sie vier Anträge vor, die angeblich für die Binderung der Not der Erwerbslosen sein sollten. Vier Kommunisten, darunter auch M a t e r n (Burg), hielten ellenlange Reden über alles mögliche, so daß sie schließlich selbst eingestanden, daß es keinem zuzumuten sei, den kommunistischen Agitationsanträgen zuzustimmen. Sie besetzten den Oberpräsidenten Genossen Höring an, verhöhten ihn wegen seines früheren Berufs als Schmied. Wenn man nicht, wie diese Kommunisten sich anführten, dann selbst man sich, daß diese Leute es wagen, sich Arbeitervertreter zu nennen. Ganz alte Wälzer rollten sie ab und übte Schimpfsausdrücke gegen die Sozialdemokraten waren an der Tagesordnung. Das nennen sie Einkreten für die Erwerbslosen! Ihre eignen Fraktionsmitglieder machen während der Reden ihrer Wortführer solchen Strach, daß viele auf der Tribüne unverständlich blieben. Und das war gut so. „Wir glauben nicht, daß etwas mit unsern Anträgen im Provinziallandtag herauszukommen ist“, sagte der eine kommunistische Redner, aber die Anträge mußten gestellt werden, so war es befohlen und sie mußten parieren.

Solchen Unfinn zu unterstützen, hatten die Sozialdemokraten natürlich keine Veranlassung. Alle vier Anträge der Kommunisten kamen nicht zur Besprechung und damit nicht zur Abstimmung. Genosse L e h b i n (Witterfeld) gab folgende

Erklärung der Sozialdemokraten

im Auftrag unserer Fraktion ab:

Der Landeshauptmann hat in seiner Etatsrede mehr oder weniger den Inhalt der kommunistischen Anträge erwähnt. Wir werden in der Etatsdebate unsere Stellungnahme zu den Anträgen bekunden. Auch werden wir zur Mittellandkanalfrage einen selbständigen Antrag einbringen, um die Arbeitsmöglichkeiten zu fördern. Die Gegenfähigkeit in der Auffassung über die Erwerbslosenfürsorge — wir fordern die Arbeitsloserversicherung — sowie auch andre Fragen, haben uns bestimmt, an der Abstimmung über die kommunistischen Anträge nicht teilzunehmen.

Die üble Gesellen die Kommunisten sind, bewies folgende Anpöbelelei durch den Kommunisten Lütthig (Halle), der unsern Genossen aufrief: „Ihr habt wohl euer soziales Verständnis auf dem Kopf gestellt!“ Und dieser „Held“ ist erster Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes.

Die Kommunisten legen alles darauf an, die Verhandlungen zu verschleppen. Es scheint so, als ob sie noch allerhand Theater für die nächsten Tage vorhaben. Am Mittwoch finden Wirtschaftsbearatungen und Fraktionsitzungen statt. Am Donnerstag ist dann die große Etatsdebate.

Stadtfreis Burg

Achtung, Freidenter! Am Sonntag im Gewerkschaftshaus abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung.

Parteiversammlung. Unter Eingängen verliest der 2. Vorsitzende, Genosse Hänisch, ein Schreiben des Arbeiter-Sängerbundes. Der Parteifreier Genosse Plum sprach über das Thema „Betrachtungen zum Parteiprogramm“. Es ist notwendig, sich in den Parteiverfassungen über die Programmfrage auszusprechen. Wir dürfen uns nicht nur mit Tagesfragen beschäftigen. In der Aussprache unterschrieb Genosse Genß die Ausführungen des Redners und schiederte die wirtschaftlichen Verhältnisse. Ferner sprachen noch die Genossen Klein, Will, Stallberg, Hammer, Reimelt jun., Kühn, Einhorn und Henning. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der Maffeierr. Es wurde beschlossen, die Maffeierr von der Partei zu veranstalten. Die notwendigen Vorarbeiten zu der Veranstaltung wurden dem Vorstand und dem Bildungsausschuß übertragen.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie hat sich einen Drägerischen Sauerstoffapparat angeschafft. Bei sportlichen Veranstaltungen übt die Kolonne eine rege Tätigkeit aus; so hat sie im Jahre 1926 268 Posten bei den Fußballspielen gestellt und dabei in 500 Fällen erste Hilfe geleistet.

Von der weltlichen Schule. Der Elternabend findet am 1. April statt. Er ist als Abschiedsfeier für die zur Entlassung kommenden Mädchen und Knaben gedacht. Entlassen werden 75. Dem steht ein Zugzug von 120 Neulingen gegenüber. Schon jetzt sei darauf hingewiesen, daß beschäftigt wird, vor Schluß wieder eine Ausstellung von Schülerarbeiten aus dem Zeichen-, Werk- und Handarbeitsunterricht zu veranstalten.

joch ergeben, der reißes zur Besicherung bedürftiger Kinder verwendet worden ist. Im nun das Glend in den Gäuern zu mildern, in denen die Einsegnung eines Kindes bevorsteht, sind die durch die Beitragszahlungen angesammelten Mittel zur Anschaffung von Leinen und dergleichen verausacht worden. In ihrer freien Zeit haben die Mitglieder Wäsche angefertigt, die jetzt den Knaben und Mädchen — 10 Knaben und 20 Mädchen — ausgehändigt wurden. Durch diese Tat der Nächstenliebe hat sich die Arbeiterwohlfahrt den Dank vieler Mütter erworben. Von einem weiteren Plane zur Unterstützung unterernährter Kinder wird die Öffentlichkeit bald Näheres erfahren.

Sangerweddingen

Die Parteiversammlung fand am Sonnabend abend statt. Gegenstand der Versammlung war die Maffeierr. Es wurde beschlossen, Sonntag den 1. Mai, mittags um 1 Uhr, Antraten zum Anzug. Der Anzug wird nach dem Anger geleitet, wo die Rede gehalten werden soll. Nachdem findet ein Fußballspiel statt. Abends gibt die Reichsbannerjugend ein Theaterstück, anschließend Ball. Der Festbeitrag beträgt 1,50 Mark.

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurden Aufstellungen des Grund und Bodens der früheren Kalkwerke und über einige Gemeindeparzellen zur Kenntnis genommen. Wichtig wäre die Sitzung vielleicht gewesen, wenn der Gemeindeobersitzer auf der Tagesordnung die Vorlage gehabt hätte; Beihilfe für arme Konfirmanten. Leider war das nicht der Fall. Wir fragen ferner: Wann beiricht die Gemeindevertretung den Bau der Badeanstalt nochmals? Wann wird die doppelte Gehaltszahlung des Sekretärs geregelt? —

Der Staatsanwalt spricht . . .

Konzert in der Kirche. Der Volkchor beabsichtigt, ein Konzert in einer Kirche zu veranstalten. Am Sonnabend abend 7 Uhr findet im Schützenhaus eine Versammlung statt, in der das Mitglied des Hauptvorstandes des Arbeiter-Sängerbundes W. Hänel (Berlin) über „Die Arbeiter-Sänger und ihre Stellung zur geistlichen Musik“ spricht. —

Zählung der Gebrechlichen. Das preußische Statistische Landesamt hat die Durchführung der Reichsgebrechlichenzählung den örtlichen Wohlfahrtsämtern übertragen. Alle Einwohner von Stadt und Land, die an körperlichen oder geistigen Gebrechen leiden oder infolge solcher Leiden irgendwelche Renten beziehen, werden deshalb in den nächsten Tagen und Wochen von den Beauftragten der öffentlichen Wohlfahrtspflege aufgesucht werden. Wir wenden uns an die Einwohner mit der Bitte, die Zählung nach besten Kräften zu unterstützen und den Zählpersonen in jeder Weise behilflich zu sein. —

Kreis Jerichow 1

Arbeiterklub. Am Sonnabend den 19. März, abends 8 Uhr, wird hier ein Arbeiterklub gegründet. Die Magdeburger Schachfreunde werden am Gesellschaftsspiel teilnehmen.

Werbisch

Wiederitz

Der Frauenabend am Montag war gut besucht. Genossin Vitorj hielt einen pacifisten Vortrag über den Kampfmotiv März und teilte dann mit, daß die Sozialdemokratische Partei am Orte trotz der Spaltungsversuche der Kommunisten ihre Maßfeier wie immer veranstalten und ihrer Bedeutung gemäß ausfallen wird. Genossin Kersten gab bekannt, daß ab Mittwoch den 16. März 4 Wochen lang von der Arbeiterwohlfahrt an 20 jährliche Schüler, in deren Elternhaus wirtschaftliche Not herrscht, wochentlich 1/4 Liter Milch sowie ein Milchküchlein verabreicht wird. Leider mußte die Arbeiterwohlfahrt die trübe Erfahrung machen, daß diese Maßnahme von der Lehrerschaft als ein politischer Akt angesehen und den Frauen der Arbeiterwohlfahrt das Verteilen der Milch in der Schule untersagt wurde. Zur Klärung muß bemerkt werden, daß die Liste der bedürftigen Kinder unparteiisch unter Hinzuziehung des Kreisfürsorgearztes Dr. Köhler und der Wohlfahrtschweiser aufgestellt worden ist. Da nur Mittel für 20 Kinder zur Verfügung stehen, konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Es ist bedauerlich, daß gerade Wiederitz als einziger Ort in der Provinz das Recht der Arbeiterwohlfahrt derartige Schwierigkeiten entgegenzusetzen werden. Erst nachdem den Lehrern, durchweg Stahlhelmmitglieder, begründet gemacht wurde, daß auch die Regierung anderer Ansicht ist, scheinen sie sich bessern zu haben. Es ist nach solchem Verhalten kein Wunder, daß sich die Elternschaft immer kritischer zu der hiesigen Schule stellt. —

Mitgliederversammlung der Freidenker heute Mittwoch. Redner Geschäftsführer Genosse Reinhardt (Magdeburg). —

Leuburg

Eine Protestkundgebung veranstaltete am Sonntag die hiesige Ortsgruppe des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen. Zahlreich waren die Opfer der Arbeit im „Deutschen Haus“ erkrankte, um gegen Unrecht und Not zu demonstrieren. Kollege Kötterlich (Witz) beleuchtete zunächst die unzulänglichen Leistungen aus der Sozialversicherung und ging dann auf die im letzten Jahr erfolgten Verschlechterungen der Invaliden- und Anwartschaftsversicherung ein. Im besondern nahm er die geradezu niedrigen Unterhaltungsätze in der Fürsorge unter die Lupe. Redner mahnte die Versammelten, sich zu organisieren und die Forderungen zu stellen. Mit Beifall wurden die Forderungen, gemeinverständlichen und sachlichen Ausführungen entgegengenommen. Die Forderungen des Verbandes wurden einstimmig angenommen. Es wurde eine dahingehende Entschädigung angenommen. —

Blösch

„Larzfahre“ Arbeitgeber scheinen die Fiegelarbeiter Stichele und Schlege zu sein. Im Jahre 1926 wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Dauerarbeitern einen Urlaub gewährte. Wer nun am Boden der Arbeitere werden den Urlaub gewähren, ist zu entscheiden. Die Herrschaften hielten sich in ihrem Vorhaben auf einige Dauerarbeiter, die zum Stahlhelm und sonstigen Kameradschaften pflegenden Verbänden gehören. Diese anspruchlosen Arbeiter fordern nicht ihre Rechte, sondern mit allem Zufrieden, was geboten wird. Die übrige Arbeiterschaft, die freigewerblich organisiert ist, wird gucken, mit diesen anspruchlosen Gesellschaften nicht allzuviel umzugehen. Es wird in der nächsten Zeit, wenn der Urlaub nicht gewährt wird, den Arbeitgebern Har gemacht werden, daß Larzfi nicht nur abgeschlossen, sondern auch gehalten werden müssen. Wie es in den Fiegelarbeiten ausfallen würde, wenn nicht immer regelnd vom Verband der Arbeiter eingegriffen würde, ist leicht zu sagen. Denn nicht einmal jetzt kommen die Arbeitgeber ihren Verpflichtungen nach. Da von den Kollegen der Urlaub nicht gewährt ist, die Arbeitgeber jedoch denselben nicht gewähren, wird also über die Sache noch ein ernstes Wort gesprochen werden. Die Arbeiterschaft der Umgebung, die in den Fiegelarbeiten beschäftigt ist, kann aus diesem wie schon aus manchem andern Vorgang sehen, wie notwendig der Zusammenschluß im Verband der Arbeiter Deutschlands als unabhängige Organisation ist. —

Kreis Jerichow 2

Die Demonstrationsversammlung der Arbeitslosen und Witwen war gut besucht. Genosse Jacobs (Wagenmühlberg) sprach über die Not der Arbeitslosen und -opfer. Das Arbeitsvolk hat am Nationalparlament Rechte. Er forderte, daß die Rechte für die Hilfsbedürftigen ausgebaut werden. —

Kreis Wismar

Eröffnung der Fürsorgeämter.

Der Kreisrat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Rechte für die Durchführung der öffentlichen Fürsorge im Kreis Wismar ab dem 1. April dieses Jahres an ein jugendliche Säuge zu erhöhen: Allgemeine Fürsorge: Einzelpersonen monatlich 32 Mark, Zustieg für Ehefrauen 16 Mark, Zustieg für Kinder 5 Mark, jährl. Zuschlag für jugendliche Kinder 16 Mark. Gehobene Fürsorge (Einzel- und Kleinrenten): Einzelpersonen 40 Mark, Zustieg für Ehefrauen 20 Mark, Zustieg für Kinder 7,50 Mark. Sozialhilfe sowie Verhinderung ist in dem Umfang des § 6b der Reichsversicherungsordnung zu gewähren. Sachverständige sind zu ernennen, denen das Sozialversicherungsgesetz in den letzten 3 Monaten vor der Geburt der Person von 300 Mark plus 12 Mark je zu verzehrender Kind nicht übersteigt. Bei Kapitalzahlung dieses Einkommens sind der Empfänger die vollen gesetzlichen Leistungen der Familienversicherung zu gewähren. Bei der Verrechnung der Unterhaltungen für Sozial- und Kleinrenten bleibt ein Abzug von 20 Mark von der Höhe des Zuschlages von der Versicherung frei, wenn der Hilfsbedürftige trotz offenkundiger starker Verschlechterung seiner Erwerbsfähigkeit unter Ausnutzung besonderer Laune einen Erwerb nachweist. Die Zuschläge sind weder Kinder- noch Hochzählige. Einmalige Zuschläge sollen nicht mehr gezahlt werden. Die Zuschläge sollen höher für Einzelpersonen in der allgemeinen Fürsorge 31 Mark und in der gehobenen 33 Mark, je daß von einer wesentlichen Verbesserung gesprochen werden kann. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der letzten Kreisversammlung ist also nicht nachgehört worden. —

Wismar

Der Kreisrat der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hat am Sonntag bei Deutscher Arbeiterpartei eine Versammlung abgehalten. Der Kreisvorsitzende, Kamerad Sommermeier, sprach über die Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Er berichtete über die Beschlüsse der Reichsregierung, die die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen betreffen. Er forderte die Versammelten, sich für die Beseitigung der Schwierigkeiten einzusetzen, die den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bereiten. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die besten Freunde der Arbeiterpartei seien und daß die Arbeiterpartei sich für ihre Interessen einsetzen werde. —

„Der angeklagte Reichsbannermann ist schuldig. Ich gebe zu, daß eine große Zahl von Zeugen das Gegenteil von dem gesagt hat, als der verletzte Zeuge, der Mitglied des Landwehrcorps in Wanzleben ist. Der Verletzte hat aber unter Eid bekundet, daß der Angeklagte ihn angegriffen und in den Chauffeegraben gestoßen habe. An diesem Eid kann man nicht vorbeigehen. Da ich aber zugunsten des Angeklagten annehme, daß dieser Vorfall in einem Stadium der Trunkenheit passiert ist, strafmildernd hinzukommt, daß der Angeklagte noch nicht bestraft ist, beantrage ich wegen Körperverletzung und Beleidigung auf eine Geldstrafe von 30 Mark zu erkennen!“

Die staatsanwaltlichen Anschriften sind manchmal sonderbar. Die Vernehmung hat in diesem Falle ergeben, klar und ohne jeden Zweifel, daß der beschuldigte Reichsbannermann unschuldig ist. Trotzdem wird eine Strafe gegen ihn beantragt. Ein Arbeiter stand in der Vernehmung gegen den Arbeiter mit dem Abzeichen des Landwehrcorps. Ein Arbeiter bei 3103: So, wie der angeblich Verletzte die Sache darstellt, hat sie sich nicht zugetragen. Ein Arbeiter habe gelten nichts. Der Staatsanwalt glaubt nur der Aussage des schwarzweißen Arbeiters. Allein dieser Mann ist glaubwürdig. Das ist mehr als sonderbar, Herr Staatsanwalt!

Was hat sich zugetragen? In Rottmersleben hatte man einen Richtigfest gefeiert. Die Maurer des Baues begingen diesen Akt in althergebrachter Weise. Es war ein feuchtfröhliches Eintrüben, das es mal 'ein richtiges Richtigfest' gewesen sei. Bei solchen Festen kommt es vor, daß einige Arbeiter „ein wenig“ trinken. Bei diesem Richtigfest ist es sogar vorgekommen, daß alle Maurer „ein wenig“ getrunken hätten, was wiederum zur Folge hatte, daß die Kollegen spät abends auf dem Heimweg des öftern recht unheimlich mit dem Erdboden Bekanntschaft machten. Was aber ein richtiger Maurer ist, der trägt diese Situationen mit Humor. Die Wanzleber Maurer, die den Bau in Rottmersleben vollenden halfen, waren echte Leute vom Bau: Vergnügt und fröhlich in jeder Lage. Auf dem Heimweg nach Wanzleben kam es hin und wieder vor, daß dieser und jener Kollege in den Chauffeegraben fiel. Er wurde wieder herausgeholt und dann ging es weiter. Unter den Leuten befand sich auch der Maurer Bleist aus Wanzleben. Bleist hatte sich besonders intensiv mit der „Verächtung des Alkohols“ beschäftigt. Er wurde mehr als einmal von seinen Kollegen aus dem Chauffeegraben geholt. Man hatte Mühe, ihn nach Hause zu bringen.

Bleist ist Mitglied des Landwehrcorps. Auf dem Heimweg vom Richtigfest hat er sich bei einem Sturze von der Baude die Haut ein wenig abgescrammt und beim Fallen in den Chauffeegraben den einen Arm etwas verstaucht. Am Abend selbst wurde auf die geringfügigen Verletzungen nichts geachtet. Auch Bleist klagte nicht. Der Alkoholtraug trug die Schuld. Am nächsten Tag aber ging Bleist zur Polizei und zeigte an, daß er am Abend vorher von einem Arbeitskollegen, dem Reichsbannermann, in den Chauffeegraben gestoßen worden sei. Der Maurer habe das getan, weil er — Bleist — im Landwehrcorps sei und auch nicht daran denke, in das Reichsbanner einzutreten. In Wanzleben lachte man über Bleist. Die Arbeitskollegen wußten, daß Bleist barmherzig „einen dran“ gehabt hatte, daß er nicht mehr gerade gehen konnte. Was sollte also diese Anzeige. Singu kam, daß sich Bleist aus der Reihe seiner Kollegen einen ausgespielt hatte, der wohl im Reichsbanner war, dem aber selbst der Bürgermeister Weijel aus Wanzleben beiseitigen mußte, daß es sich um einen sehr ruhigen Mann handle. Die Wanzleber Maurer hatten aber ihre Rechnung ohne die Magdeburger Staatsanwaltschaft gemacht. In Magdeburg denkt man über der-

geh Bericht von der Kreisversammlung. Er hat hervor, daß sich der Landrat zu den Forderungen des Bundes zustimmend geäußert hat. Zum 4. Reichstagsstag in Hamburg am 27. Mai wurde Kamerad Bertha Genth (Sönderburg) als Delegierte in Vor-schlag gebracht. An der Wahl muß sich jedes Mitglied beteiligen. Kamerad Thiele gab bekannt, daß die zur Schulentlassung kommenden Kinder der Mitglieder 5 Mark aus der Kassa erhalten. Hingewiesen wurde auch auf die Warenlotterie. Lose à 50 Pf. bei den Kameraden Hermann Thiele, Ernst Zimmermann, Hermann Schulze, Albert Sommermeier und Ida Dittmer. Mit der Aufforderung, eifrig zu werben, schloß der Vorsitzende die Versammlung. —

Dahlentwörleben

Eine Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen veranstaltete die Frauengruppe am Sonntag. Genossin Vitorj hielt die Ansprache und gedachte der Märzgefallenen sowie der Opfer des Weltkriegs. Das Schauspiel und die lebenden Bilder fanden großen Beifall. —

Niederbodeleben-Schnarsleben

Die Parteiversammlung war nur mäßig besucht. Den Bericht vom Unterbezirksrat gab Genosse W r a n e z. Zur Bezirks-Frauenkonferenz wurden als Delegierte die Genossinnen Genf und Friede gewählt. Die Ratgeberin soll in diesem Jahre zu einer maßvollen Annäherung auf dem Wartberg ausgebaut werden. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die gemeinsam mit den Vorständen der Arbeitervereine die nötigen Vorarbeiten leisten sollen. Nach Besprechung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. —

Neuhaldensleben

In der Generalversammlung des Arbeitervereins gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Verein hat sich gut entwickelt. Die Uebungsabende waren durchgängig gut besucht. Daran wurde der Vorstand gewählt. Der 1. Vorsitzende ist Sangesbruder Fischer. Die Uebungsabende finden von jetzt an jeden Freitag abend, pünktlich 8 Uhr, bei Käsevier statt. —

Neuhaldensleben

Stundung der Hausgenossen. Die Stundung der auf zahlungsunfähige oder zahlungsstehende Mieter entfallenden Hausgenossenanteile mit dem Ziel auf Niedererschlagung läuft mit Ende dieses Monats ab. Vom April an müssen sämtliche Antente erneuert werden. Borsende hierzu vom 15. d. M. an im Rathaus, Zimmer 14. Insbesondere ist die genaue Angabe der Forderungen des Grundbesitzers erforderlich, weil sie die Grundlage für die Berechnung der Hausgenossenanteile bildet. Die Berechnung derselben nach Prozenteilen zur Friedensmiete ist unzulässig. —

Neuhaldensleben

Ordnungshilfe am Sonnabend den 19. März, abends 7 1/2 Uhr, in Neuhaldensleben bei Herzog. —

Der Kreisrat der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hat am Sonntag bei Deutscher Arbeiterpartei eine Versammlung abgehalten. Der Kreisvorsitzende, Kamerad Sommermeier, sprach über die Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Er berichtete über die Beschlüsse der Reichsregierung, die die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen betreffen. Er forderte die Versammelten, sich für die Beseitigung der Schwierigkeiten einzusetzen, die den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bereiten. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die besten Freunde der Arbeiterpartei seien und daß die Arbeiterpartei sich für ihre Interessen einsetzen werde. —

artige Vorfälle anders. Man wittert sofort einen „kleinen Landfriedensbruch“. Der Angezeigte ist im Landwehrcorps, der Angezeigte im Reichsbanner, das bedeutet: Anklage gegen den Reichsbannermann!

Am Dienstag beschäftigte sich das Schöffengericht in Magdeburg mit dieser „furchtbaren“ Angelegenheit. Der Angeklagte erklärte, daß er von nichts wisse und sich überhaupt nicht erklären könne, wie Bleist zu diesen Beschuldigungen komme? Bleist dagegen schwört: „Ich war völlig nüchtern. Der Angeklagte hat mich mit seinem Rad angefahren, so daß ich in den Chauffeegraben gefallen bin. Der Angeklagte hat mich gestoßen, daß ich auf ein Kissenfeld zu liegen kam. Dann fiel ich noch einmal an die Erde, weil ich damals von hinten einen Stoß erhielt. So wahr mir Gott helfe, Herr Vorsitzender, ich war nicht betrunken!“

Vorsitzender: Was haben Sie zu dieser Aussage zu sagen, Angeklagter? — Angeklagter: Die Befundungen des Zeugen sind von Anfang bis zu Ende erfunden. Der Zeuge war demnach betrunken, daß er hin und her taumelte und mehrmals von selbst zu Boden fiel. Der Vorsitzende macht den Zeugen, dem Landwehrcorpsmann, auf die Bedeutung seiner Aussage aufmerksam. Er bleibt dabei, daß er völlig nüchtern gewesen sei. Dann marschieren elf Zeugen auf, die übereinstimmend bekunden, daß Bleist am dem Abend nach dem Richtigfest nicht mehr nüchtern war er tat. Einige Zeugen betonen, daß sie selbst einmal den Zeugen Bleist aus dem Chauffeegraben herausgeholt hatten, in den er durch eines Verschuldens hineingefallen war. Kein Zeuge hat gesehen, daß der Angeklagte mit Bleist irgend etwas vorgehabt hat. Der Zeuge W i l l e, ein biederer Maurer, bekundet, daß er mit dem Angeklagten gemeinsam nach Hause gegangen sei. Es sei unterwegs nichts vorgefallen.

Der Vorsitzende richtet an den Zeugen Bleist noch einmal die Frage, ob er an seiner Aussage nicht doch manches zu ändern habe. Bleist verneint das und behauptet dreist, sämtliche Zeugen haben sich zusammengetan, um gegen ihn auszusagen. Entrüftet weisen die Zeugen diese Unterstellung zurück. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Braun, verlangt die Freisprechung seines Mandanten. Er führt in seinem Plädoyer aus, daß der Zeuge Bleist außerdem noch zivilrechtlich gegen den Angeklagten vorgegangen sei. Er verlangt von ihm Schadenersatz in Höhe von 104 Mark. Das Zivilgericht hat aber beschloffen, die Verhandlung so lange auszusetzen, bis das Urteil in dem Strafprozeß gesprochen sei. Dem Zeugen Bleist liegt außerordentlich viel an der Verurteilung des Angeklagten, da er dann auch den Zivilprozeß gewonnen hat.

Das Gericht spricht den Angeklagten frei. Der Vorsitzende sagt in der Urteilsbegründung, daß Bleist als Zeuge völlig unzuverlässig, da er an dem Tage nach Ansicht des Gerichts licherlich so „angeheitert“ war, daß seine so bestimmt abgegebenen Erklärungen schon verdächtig klingen. Gegen den Angeklagten war ein Schuldweiseweis keinesfalls zu führen. Die Aussagen der Entlastungszeugen wurden in so biederer Weise abgegeben, daß an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist. Der Beschuldigte war deshalb freizusprechen.

Der Landwehrcorpsmann Bleist wird nun auch seinen Zivilprozeß verlieren und wird dessen Kosten außerdem noch zu tragen haben. Das schadet ihm gar nichts. Er hat versucht, seine eignen Sanktionsfälle einem Kollegen in die Schuhe zu schieben. Die Voruntersuchung hat er so zu gestalten gewußt, daß stets der Einbruch blieb, als ob die Geschichte einen „politischen“ Hintergrund habe. Bleist hat geschickt gewußt, auch die Staatsanwaltschaft zu täuschen. Genügt hat aber alles nichts. Der biedere und völlig unbefragte Maurer aus Wanzleben ist freigesprochen worden. Bleist trägt die Kosten. Es gibt doch noch eine Gerechtigkeit.

worben. Von den 117 erfolgten Bündigungen werden nur noch 30 aufrechterhalten. Dies ändert natürlich nichts an den zum 26. März allgemein angekündigten Aussperrungen in der Krampf-Industrie. —

Jugendweihe. Die letzte Frist für Anmeldung von Kindern, welche die Jugendweihe erhalten sollen, läuft am Sonnabend den 19. März ab. Meldungen im Arbeitersekretariat. —

Seendorf

Die Versammlung des Arbeitervereins Harmonie bei Lange hätte besser besucht sein können. Zuerst wurde die Konstituierung des kürzlich gegründeten Frauenchors vorgenommen. Mit mehr als 30 Sangesbrüdern ist dieser als stark zu bezeichnen. Bei dem kommenden Ostervergügen wird er die erste öffentliche Probe seines Könnens ablegen. Als Beitrag wurden monatlich 30 Pfennig und als Eintrittsgeld ab 1. April 50 Pfennig festgesetzt. Öffentlich treten nun noch recht viele fangeslustige Frauen und Mädchen dem Chor bei. In den Vorstand wurden als Beisitzer Frau R a n t h a a t, Frau S o m m e r und Frau J a h n s einstimmig gewählt. Das Eintrittsgeld für das Ostervergügen wurde auf 75 Pfennig festgesetzt. Das eingeführte Sparsystem zum Bundesjüngertest 1928 in Hannover soll bleiben. Die Beiträge für den Frauenchor listiert Frau B o u h l. Ein neuer Sangesbruder konnte aufgenommen werden. —

Die Parteiversammlung der Invaliden und Witwen am Sonntag nachmittags bei Lange war gut besucht. Kollege W i l m e hielt den Vortrag. Dann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche die berechtigten Forderungen der Invaliden und Witwen vertritt. Es wurde schließlich noch darauf hingewiesen, daß bei den kommenden Wahlen die Invaliden und Witwen ihre Stimme nur der Partei geben werden, die auch wirklich etwas für sie tut, nämlich der Sozialdemokratischen Partei. Von der heutigen Reichsregierung ist doch gar nichts zu erwarten. Dann erstattete Kollege W i l m e Bericht über die Anfragen in Magdeburg und darauf über die Kreisversammlung in Wismar. Dabei gab er ausführlich nochmals die Richtlinien über die Fürsorge bekannt. In den Beschwerdeauschuss in Neuhaldensleben wurden drei Kollegen unserer Organisation gewählt. Dann wurde noch beabsichtigt, an die Gemeinde den Antrag zu stellen, den Fürsorgeauschuss um einen Kriegsbeschädigten, einen Arbeitslosen und einen Kollegen für Kinderzuschuß zu erweitern. Nach anfeuern Worten, immer rührig für die Organisation zu werden, wurde die Versammlung geschlossen. —

Kreis Calbe

Sozialistische Feiertunde in Stafffurt. Die erste gemeinsame sozialistische Feiertunde für die Orte Stafffurt, Leopoldshaus, Giffen, Haldingen, Röderburg, Neundorf, Rathmannsdorf, Hohenegleben, Förderfeld und Börmede am Sonntag den 20. März, nachmittags 3,30 Uhr, in Klingisch großem Festaal in Stafffurt soll unsern Kulturwillen verkünden. Unter guter Bühnenbeleuchtung werden den Besuchern turnerische und gefangliche Leistungen geboten werden. Die freizeithilichen Gesänge des Männerchors, wie „Das heilige Feuer“ und „Dem Feind entgegen“ von Kithmann seien aus dem Programm erwähnt. Neu wird unsern Parteigenossen das Aufstehen von Sprechören sein. Die zündenden Worte uners Genossen Professor Dr. Kölling von der Arbeiter-Akademie in Frankfurt am Main auf dem Kulturtage in Magdeburg sind allen noch in Erinnerung. Genosse Kölling wird die Ansprache halten. Der Eintrittspreis ist, um allen Genossen und Genossinnen den Besuch zu ermöglichen, sehr niedrig gehalten. Er beträgt 30 Pfg., 20 Pfg. für Erwerbslose. Die an der Feiertunde beteiligten Gesangsvereine seien auf die Gesangsproben am Mittwoch und Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Klingisch nochmals aufmerksam gemacht. —

Salbe

Ein weiterer Urnenfund. Auf dem Grundstück des Landwirts Karl Schäfer in der Arnstädterstraße wurden Ausschachtungsarbeiten vorgenommen. Dabei stieß man auf eine große Steinplatte. Als sie mit großer Mühe weggeräumt war, fand man sieben Urnen, von denen sich eine besonders durch ihre Größe auszeichnete. Leider konnten nicht alle Urnen heil geborgen werden. Der Fund ist dem Heimatmuseum in Schönebeck überwiesen worden. Hoffentlich können die zerstörten Urnen wieder hergestellt werden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Der gemeinnützige Wohnungsbauverein führt in der Bahnhofstraße Bauten aus. Die Ausführung ist dem Maurermeister Liebmann übergeben. Man war mit Arbeiten am Gerüst beschäftigt. Da gewahrte der Maurer Karl Pape, daß noch ein Kiesel fehlte. Kaum hatte er auf diesen Mangel hingewiesen, da stürzte er auch schon mit dem Gerüst aus einer Höhe von 5 Meter herab. Der Verunglückte scheint völlig gelähmt zu sein. Nur die Arme kann er bewegen. Hoffen wir, daß die Lähmung unvers Genossen nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

Weihe der Schwedentafel. Obwohl die städtischen Körperschaften keine Mittel für die Schwedentafel, die am Grundstück des Kaufmanns in der Ritterstraße angebracht werden wird, bewilligt haben, ist die Tafel doch beschriftet worden. Die Weihe findet am kommenden Sonntag durch den hiesigen Staatspräsidenten Professor Dr. Gummel statt. Eingeleitet wird die Feier am Sonnabend durch einen Fackelzug. Am Sonntag vormittag wird von 11 1/2 Uhr bis 12 Uhr auf dem Markt ein großes Plakat ausgestellt. Um 2 Uhr erfolgt der Aufmarsch. Alle Republikaner müssen ihre Häuser feierlich schmücken. Grünes ist beim Reichsbanner zu haben.

Diebstahl. Ein Mann und ein Junge betreten ein Konfektionsgeschäft, um Einkäufe zu machen. Der Ladeninhaber mußte annehmen, daß beide zusammengehörten. Der Verkäufer drehte beim Verlangen der Ware für kurze Zeit den Rücken den Kunden zu. Da ergriß der Junge eine auf dem Tische liegende Wäsche und verschwand. Die sofort eingeleitete Verfolgung des Diebes war ergebnislos.

Barby

Barby als „Kongressstadt“. Jahrelang wurde Barby von großen Organisationsveranstaltungen nicht berührt. Es scheint, daß es jetzt anders werden soll. Am Montag hielten die Wähler hier eine Bezirksversammlung ab, die gut besucht war. Der Juli wird das große Kreisfest unserer Partei bringen.

Die Ebert-Büste für unsern Schulsaal ist gesichert. Die Bitte der Schulfürsorge hat sich erfüllt. Das Reichsbanner stellte die fehlende Summe zur Verfügung, so daß der Kauf einer gefälligen Büste getätigt werden kann.

Eine neue Kraftwagenverbindung soll in nächster Zeit geschaffen werden. Großhofenburg, Körnick, Worleik und Walternienburg sollen mit Barby verbunden werden. Schwierigkeiten macht die Elbfährfrage.

Die Arbeiterwohlfahrt hat am Dienstag mit der Ausgabe der Frühfrüchtmilch für 80 kränkelnde Schulkinder begonnen. Sie findet regelmäßig in der großen Pause statt.

Förderstedt

Die schularztliche Untersuchung der Schulkinder findet am Donnerstag den 17. März, nachmittags 2 Uhr, statt. Die Eltern werden gebeten, sich mit ihren Kindern zu der angegebenen Zeit im neuen Schulgebäude einzufinden.

Teilnehmer an der sozialistischen Feierstunde in Staßfurt. Zu der am Sonntag den 20. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Klingsch stattfindenden sozialistischen Feierstunde sind Programme zum Preise von 80 Pf. (Erwerbslose 15 Pf.) im Konjunkturvereinslager zu haben. Sie müssen bis Sonnabend mittag entnommen sein.

Wichtige Parteiversammlung am Sonnabend den 19. März, abends 8 Uhr, in der „Linde“. Die Frauen müssen vollzählig erscheinen.

Das Reichsbanner beteiligt sich am Sonntag geschlossen an der Gedentafel-Einweihung in Salbe. Abfahrt mit dem Auto mittags 1 Uhr.

Gemeinde Diebe stahlen der Witwe N., die selbst nur von einer kleinen Rente leben muß, in einer der letzten Nächte aus einer Miets- in ihrem Schrebergarten einige Zentner Mohrrüben.

Schönebeck

Arbeiterwohlfahrt. Heute (Mittwoch) abend Zusammenkunft im Stadthaus.

Ein Unterhaltungsabend findet am Sonnabend den 19. März im „Wiener Restaurant“ von der Arbeiterwohlfahrt statt.

Auf die Ausschreibung der Stelle eines besoldeten Stadtrats sind 17 Bewerbungen eingegangen. Die Vorbereitungscommission wird sich mit ihnen beschäftigen.

Unterstützungen. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung gab Stadtrat Ghermann eine Übersicht über geleistete Unterstützungen an Schönebecker Einwohner; danach betrug bei einer Einwohnerzahl von 21 482 die Zahl der Unterstützungsempfänger 4527, also jeder fünfte Einwohner Schönebeds wird in irgendeiner Form unterstützt.

Die Teilnehmer am lebenskundlichen Unterricht, die Ostern die Schule verlassen, betragen an der Volksschule Schönebeck 21 Kinder, Pestalozzischule 13, Volksschule Felgeleben 10 und Volksschule Bad Salzelmen 16 Kinder. Die Schulentlassungsfeier findet am 10. April um 11 Uhr in der Pestalozzischule statt.

Der Dieb gefaßt. Der Einbrecher im Hause Grünwalde 65 ist bereits in einem Otto Dietrich, Nonnstraße 2, ermittelt und festgenommen. Er ist bereits fünfmal vorbestraft.

Der Spar- und Bauverein für Schönebeck und Umgegend hält am 22. März, abends 8 Uhr, seine Generalversammlung im Hotel Landhaus ab. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustberechnung liegen im Geschäftszimmer, Lessingstraße 10, nachmittags während der Geschäftsstunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags aus.

Parteilagerer! Mit Ende dieses Monats müssen die Beiträge restlos eingezahlt sein.

Die nächste Parteiversammlung findet am Donnerstag den 24. März im „Stadtpark“ (gelber Saal) statt. Genosse Müller (Magdeburg) hält einen Bildungsvortrag.

Arbeiterjugend. Am Donnerstag abend versammeln sich die Genossen um 1/8 Uhr bei Klübe, um nach Salzelmen zur Hauptprobe zu marschieren. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Zum Konkurs der „Germania“. Wie vorauszu sehen, erweitert sich der Kreis der geschädigten Arbeitnehmer immer mehr. Eine hohe Lohnsumme steht noch aus und mußte, da Geld nicht vorhanden, angemeldet werden. Die Vollmacht dazu muß durch jeden einzelnen unterzeichnet werden. Trotz mehrfachen Hinweises darauf hat es den Anschein, als ob verschiedene Kollegen den Weg nicht finden können. Wenn sie nachher den Schaden haben, wird geschimpft. Es wird an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, daß es jetzt die höchste Zeit ist, da nach Ablauf dieser Woche Anmeldungen nicht mehr angenommen werden. Es sind durch den Konkurs auch eine Anzahl Invaliden, die aus der Unterstützungsliste Renten erhielten, geschädigt. Für diese alten Kollegen beruft der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Schönebeck, eine Verrammlung am Donnerstag, nachmittags um 2 1/2 Uhr nach der „Bürgerschule“ in Schönebeck. Da auch die Unterchriften geleistet werden müssen, ist jeder einzelne verpflichtet, zu erscheinen.

Stadtkreis Uchersleben

Die Arbeiten des Stadtbauamts sind im Bachfen begriffen. Es sind daher auch weitere Büroräume erforderlich. Beispielsweise muß an die Bearbeitung mehrerer Projekte herangetreten werden, wie u. a. an den Plan, die schienengleichen Uebergänge über die Gellinger Straße und die Staßfurter Höhe zu beseitigen, ferner die Abfahrt der Regulierung des Straßenverkehrs im Einnetal oberhalb der Stadt usw. Die Verbesserung des Einnetals soll besonders Notstandsarbeiten sichern, für die das Stadtbauamt ohne sich aufzulösen — in Jahresfrist allein rund 695 000 Mark ausgegeben hat. Dem Stadtbauamt oblag dabei nicht nur die technische Bearbeitung der Projekte, sondern auch die bürocratische Behandlung der Anträge an den Arbeitsnachweis zur Erlangung der Hilfen, die Anforderung der Gelder, die Führung der Wochenlisten, die Bemerkung der Zwischenrechnungen usw. Im Rathaus (Seite nach der Rathausstraße) befinden sich noch einige Privatwohnungen. Eine dieser (die Köstelsche) soll herausgenommen werden. Diese Räume soll das Bauamt erhalten. Für Instandsetzung, Beschaffung von Möbeln usw. sind 1100 Mark erforderlich. Außerdem hat die Kämmerercommission beschlossen, für die aufgeführten Arbeiten einen vorläufigen Betrag (Projektierungskredit) von 1000 Mark dem Stadtbauamt zur Verfügung zu stellen, und zwar für die Anstellung von Hilfskräften usw. Der Stadtverordneten-Versammlung ist ein entsprechender Antrag zugelangt.

Generalversammlung des Ortsausschusses. Der Vorsitzende, Kollege Lariß, gibt den Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses. Es ist gute Arbeit geleistet worden. Das harte Krisenjahr mit seinen vielen Erwerbslosen gab dem Vorstand des östern Anlaß, mit den behördlichen Stellen wegen der Erwerbslosenfrage in Verbindung zu treten. Kollege Weise konnte eine Zunahme der freigezwecklich organisierten feststellen. Ein Zeichen der Gesundung und des steigenden Vertrauens zu den freien Gewerkschaften. Die Inanspruchnahme unserer Rechtsauskunftsstelle ist sehr stark. Außer den Arbeitsgerichtsfilialen und unendlich vielen mündlichen Rechtsauskünften hat das Bureau seine Hauptarbeit mit Rechtsstreitfragen aus der Sozialversicherung gehabt. Die finanzielle Entwicklung ist als gut zu bezeichnen. Die Kollegin Fischer gibt den Bericht der Bibliothekskommission. Die Benutzung unserer Bibliothek ist gut. Einem Antrag, die Ausgabe der Bücher auf einen Wochentag zu verlegen, wird entsprochen. In Zukunft ist das Bibliothekszimmer Mittwoch von 6 bis 8 Uhr geöffnet. Kollege Robert berichtet über die Volkshilfe. Die Aufnahmegergebnisse im letzten Jahre sind sehr zahlreich gewesen. In der Aussprache werden die Tätigkeitsberichte genehmigt. Nur einige Vertreter der Opposition kritisierten die Einstellung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entwickelte sich bei den Wahlen des Vorstandes. Mit überroter Mehrheit wurden die vorgeschlagenen Kandidaten der Amtsbauer Richtung gewählt. Hierdurch kam wieder deutlich zum Ausdruck, daß die Kollegen von den fruchtlosen Kritiken abrücken und sich der praktischen Gewerkschaftsarbeit zuwenden. Zum Schluß wurde eine Mafseierkommission gewählt.

Einschreibebriefe sind anzunehmen! Mit einem bemerkenswerten Streifen hat sich das Gewerbegericht zu beschäftigen. Einem Arbeitnehmer, der sich wegen Krankheit zu Hause aufhielt, wurde von seinem Arbeitgeber ein Einschreibebrief zugesandt. Die Frau lehnte die Annahme ab. Der Brief ging wieder zurück. Als später der Arbeiter die Tätigkeit wieder aufnehmen wollte, wurde ihm vom Arbeitgeber bedeutet, daß er inzwischen durch den Einschreibebrief eine Klasse niedriger geworden sei. Der Arbeiter sah in der Entlassung eine unbillige Härte. Falls, so verlangte der Kläger, eine Verzögerung von Fristen vorliege, so müsse eine „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand“ erfolgen. Das Gericht kam aber zu einer Abweisung der Klage. Die Fristen, die das Betriebsratsgesetz für die ihm vorgegebenen Rechtsmittel vorsieht, sind „Ausschlussfristen“. Ihre Nichterhaltung läßt das Rechtsmittel untergehen. Eine „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand“ nach § 90 des Betriebsratsgesetzes kommt nicht in Frage. Jeder Adressat ist verpflichtet, einen Einschreibebrief anzunehmen.

Aus der Ullmark

Arbeiterjugend-Konferenz in Gardelegen.

Die sozialistischen Arbeiterjugendvereine der Ullmark kamen am Sonntag in der Kreisstadt Gardelegen zu einer Konferenz zusammen. Noch einmal stand im Mittelpunkt aller Erörterungen die Osterwerbung.

Mit dem Slogan „Wann wir schreiten“ konnte der Werbebezirksleiter die gut besuchte Konferenz eröffnen. Zunächst galt es, Rückschau zu halten. Mitgliederzugänge sind zu verzeichnen.

Die Osterwerbung hat bereits überall begonnen. Auch in Seehausen scheint neues Leben zu pulseren. Ebenso ist man in Osterburg eifrig dabei, die Bewegung zu organisieren. In den ländlichen Vereinen hat man schwer mit den sogenannten Junglingsvereinen zu kämpfen. Diese werden meistens von Rastoren geleitet, die schon in der Konfirmationszeit den jungen Menschen für sich zu gewinnen suchen. Mit Unterstützung geeigneter Parteigenossen muß es aber möglich sein, diese reaktionären Vereine aus dem Felde zu schlagen. Genosse Schlegel (Stendal) führte u. a. aus: Die Vorbereitungen zur Osterwerbung müssen von allen Genossen geleistet werden. Die parteigenösslichen Eltern müssen vom guten Geist unserer Bewegung überzeugt werden, damit auch sie für uns die Kinder gewinnen.

Zu Ostern findet keine Sternfahrt statt. Jeder Verein soll eigne Veranstaltungen treffen. Eine Sonnenwendfeier findet am Sonnabend den 25. Juni in Leßlingen statt. Alle Vereine müssen daran teilnehmen.

Ueber „Unsere Arbeit“ sprach tiefgreifend Jugendsekretär Genosse Bruch (Magdeburg). In der Ullmark ist die Bewegung noch schwach. Der Werbegeist von Weimar und Viefelde muß wieder lebendig werden. Wenn der junge Mensch ins rauhe Leben tritt, müssen wir ihm Rüdgrat geben. In der Freizeit sucht er nach der harten Arbeit einen Ausgleich, seelisch und körperlich. Findet er ihn nicht bei uns, verfällt er den Lockungen der leichteren Vergnügungsorten, den Bräustätten des Indifferentismus. Die Worte, die wir so oft und gern singen: „Den Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unbestand der Massen!“, müssen uns Ansporn zum Werden sein. Die Ausführungen des Redners, die zum Schluß noch Fragen der innern Organisation berührten, fanden allgemeine Anerkennung.

In der Diskussion, an der sich die Genossen Seiffert (Stendal) und Levin (Zangermünde) beteiligten, konnte noch manches Gute gesagt werden. Partei und Jugend müssen Hand in Hand arbeiten. Auch über eine Musikgruppe für den Unterbezirk wurde gesprochen. Nun geht es an die Arbeit. Wenn sich alle Jugendgenossen beteiligen, wird sie erfolgreich sein. Wir kämpfen, weil wir gläubig sind!

Gardelegen

Sozial- und Kleinrentner. Die Auszahlung der Kleinrentner- und Sozialrentner-Unterstützungen für den Monat März am Donnerstag den 17. März, vormittags von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr, in der Stadthauptkasse.

Beschlagnahme wurden bei einem Malerlehrling B. fertige Farben und Rade im Werte von 25 Mark. Der Lehrling gab zu, einen Teil der beschlagnahmten Sachen entwendet zu haben.

Schlägerei. Zwischen zwei Familien in den Baracken an der Leßlinger Chauffee entstand eine Schlägerei, bei der die Polizei einschreiten mußte. Einem Barackenbewohner wurden die Fenster scheiben eingeschlagen.

Ortsausschuß-Sitzung. Die Delegierten waren vollzählig erschienen. Kollege Wagner gab bekannt, in welcher Weise die Mafseier veranstaltet werden soll. Beschlossen wurde ein Ausflug am Morgen. Die Musik stellt das Reichsbanner. Mittags Konzert am Rathaus, nachmittags Kinderbelustigung, turnerische Vorführungen, Schießen und mehr. Am Abend wird ein Filmstreifen laufen; nachdem Ball. Der Festbeitrag soll 50 Pf. betragen. Kollege Müllermann gab Bericht über die am 6. März in Halle stattgefundenen Rundgänge für den Achtfundentag. Ein Schreiben des Magistrats entzieht die Turnhalle Erwerbslosen-Versammlungen. Der Ortsausschuß wird in der Angelegenheit auf Zuweisung eines geeigneten Raumes dringen. Kollege Müller fragt wegen Beschaffung eines Versammlungsraumes an. Kollege Wagner teilt mit, daß die zuständige Kommission noch Bericht erstatten wird. Kollege Wagner sowie der Kollege Peters weisen noch einmal auf die bevorstehende Kinder- und Jugendweife im Hotel Stadt Hamburg hin. Es wird noch auf eine öffentliche Versammlung des Vereins der Arbeiter aufmerksam gemacht.

Salzwedel

Frauenversammlung Freitag den 18. März, abends 8 Uhr, bei Köller. Alle Genossinnen und Frauen der Reichsbannerkader sind herzlich eingeladen.

Seehausen

Ein gutes und notwendiges Werk wird von der Arbeiterwohlfahrt durchgeführt. 4 Wochen lang erhalten täglich 20 schwach- und bedürftige Schulkinder während der Pause warme Milch mit einem Bröckchen verabreicht.

Sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat der bisherige Stadtverordneten-Vorsitzer E. Richter, nachdem seine Wahl zum Abgeordneten vom Regierungspräsidenten bestätigt worden ist. In der nächsten Stadtverordneten-Sitzung macht sich somit auch die Neuwahl des Stadtverordneten-Vorsitzers erforderlich.

Ein unserer modernsten Probleme ist die
Förderung der Begabten



Unsere ganze
Erziehung ist heute darauf ein-
gestellt, die Tüchtigen heraus-
zufinden, ihnen die volle Aus-
bildung ihrer geistigen Fähig-
keiten zu gewährleisten und
den Aufstieg zu ermöglichen.
Die Resultate und Erfolge
der Begabung zeigen sich auf
allen Lebensgebieten. Im Rei-
che der Zigarette spricht sich
die Begabung darin aus, daß
der damit Bevorzugte einen
solchen Geschmack besitzt, daß
es ihm ganz unmöglich ist,
in seiner Wahl fehlerhaft zu sein.

laß er genau weiß, welche Marke die seine ist. Die Marke der Prominenten-Klasse der Begabten ist
Greiling-Schwarz-Weiß zu 4.8
Wer diese edle und hochbekömmliche Marke raucht, liefert damit den strikten Beweis für
den Höchstgrad seiner Begabung und seines feinen Geschmackes, die ihn auch in allen
anderen Lebensverhältnissen erfolgreich sein lassen.

Für richtige Zeit beachte man nur
Moosmann **MAGDEBURG**
 Breiter Weg
 und die Dreieck-Uhr!

Qualitäts-Uhren
 für die Tasche und Handgelenk
 mit zeitgemäßen Ankerwerken:
 in Nickel: 13.50, 23.— und höher
 in Silber: 30.—, 35.— und höher

Willkommene Geschenke

**Specialhaus für
 Selbststrahler**

Heinrich Günand
**Solinger
 Stahlwaren**

Breite Weg 35
 gegenüber Ulrichstr.

1/2-Preis Lager
 von
 Mk. 2.75
 1/10 wie raffiert
 Mk. 4.— + Mk. 5.—

Albert Mohrhoff & Sohn
 Werkstätten für Wohnungskunst
 und Leder-Möbel-Fabrik

Schreidorfer Straße 17/18

Möbel-Ausstellung
 in 3 Etagen am Wilhelm-Theater
 früher PAUL KNÜPPELHOLZ

Übernahme aller Innendekorationen.

Wir kaufen unsere Beleuchtungskörper
 nur unter den Rathauskolonnen.



bei **Adolf Pieske**
 Früher H. Kehrberg & Co.
Licht- u. Kraftanlagen - Reparaturen.
 Niedrige Preise — Bequeme Zahlungsweise

Stadtkreis Stendal

Verbrecherischer Leichtsin.

Regen fahrflüssiger Eisenbahntransportgefährdung muß in einer Verurteilung der Landwirt Adolf von P. aus Wipperfurth auf der Anlagebank Platz nehmen. Am 27. August 1926 ist er dem hiesigen Schöffengericht zu 900 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Hiergegen legten der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft Berufung ein.

Am 5. Mai v. J. befanden sich v. P. und drei Forstbeamte auf der Malter Brücke, die zwischen Schönhäuser Damm und Groß-Budische liegt. Da kam dem Angeklagten ein sonderbarer Gedanke. Er wollte festgestellt wissen, wie weit man vorfallen mußte, um

einen Zug mit einem Steine zu treffen.

So ließ er einen Stein von der Brücke herunter auf den D-Zug Nr. 1 fallen, der in Richtung Berlin fuhr und in voller Fahrt war. Der Stein zerstückelte die Fensterscheibe des Führerstandes auf der Seite, wo der Feiger stand, derart, daß die Splitter weit umherflogen. Gleich darauf machte der Angeklagte dasselbe Experiment beim D-Zug 12, der nach Stendal fuhr. Jetzt schlug der herabfallende Stein neben dem oberen Fenster des Führerstandes gegen die Stirnwand. Wie leicht hätte der Anführer diensttunende Beamten verletzen und damit

den Zuge seiner sicheren Führung berauben können!

Er will sich natürlich der Tragweite seiner Handlungsweise nicht bewußt gewesen sein.

Aber kindische Vorurteile schützt ja nicht vor Strafe. So wird denn die Verurteilung des Angeklagten verworfen und auf Antrag des Staatsanwalts auf zwei Monate Gefängnis erkannt. Außerdem muß er die Kosten tragen.

Des gleichen Vergehens wegen muß sich der Motorflugführer Ernst Pl. aus Wulle dem Richter stellen. Vom Schöffengericht in Stendal ist er am 7. Januar zu jechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte.

Er hatte am 24. September v. J. mit noch mehreren seiner Kollegen auf dem Felde in der Nähe der Eisenbahndämme Stendal-Magdeburg zu tun. Als der Güterzug 7758 heranbrauste, ging er auf die nahe Brücke und warf von hier aus

auf den Zug mit Birnenreife.

Der Schlußbremser des Zuges beobachtete den Vorgang und ließ durch Ziehen der Notbremse den Zug halten. Darauf konnten die Personalisten des Angeklagten feststellen werden. Der Angeklagte will nicht böse Absichten gehabt haben.

Das Gericht ermäßigte die Strafe auf zwei Monate Gefängnis. Die Entscheidung über Strafaußenlegung bleibt dem Gericht erster Instanz vorbehalten.

Juchs, da hast die Gans geklaut. Auf der Anlagebank sitzt der bisher unbefangene Schlosser Rudolf Kl. aus Langenmünde, der in der Nacht zum 14. November 1926 dem Landwirt Regel in Jarshan vier Gänse entwendet hat. In der Vernehmung bestritt der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat. Er will die Gänse auf dem Wege nach Jarshan von einem Unbekannten gekauft haben zum Preise von 19 Mark. Die Zeugenaussagen belasten ihn aber, und das Gericht verurteilt ihn wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis.

Den Unterschied zwischen mein und dein zu erkennen, ist manchmal eine zu schwere Aufgabe. So geht es auch dem Grundbesitzer Wilhelm S. aus Miehlerhof, der vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Diebstahls steht. Seinem Vorhaben, dem Landwirt Christoph J. in von seiner Koppel ein jähriges Kind im Werte von 400 Mark, abhandeln zu kommen. Man sah dann wie sich in der Koppel des Angeklagten ruhig gräfen. Nur konnte man sich nicht erklären, wie das Tier dahin gekommen sei. War es gestohlen worden oder erlaufen? Der Angeklagte gab damals an, es sei sein Tier. Als man aber mit Anzeige drohte, war eines Tages das Tier wieder in die Scheune des Eigentümers gebracht worden. Klammern behauptet der Angeklagte, es wäre ihm gestohlen worden. Es wird ihm aber nicht geglaubt. Das Gericht läßt jedoch die Anklage wegen Diebstahls fallen und verurteilt ihn wegen Unterdrückung seiner Anzeige mildernder Umstände zu 400 Mark Geldstrafe und zu den Kosten.

Straßen Stendal-Langenmünde wird neu gepflastert. Angehörige Steine und Sand bereiten, daß auf der Chaussee Pflasterung vorgenommen werden soll. In Frage kommt die Strecke zwischen Kilometerstein 15 und 20, und zwar auf einer Breite von 6 Metern, so daß der Sommerweg fast ganz verdrängt wird.

Für Radbesitzer. Die Polizei gibt bekannt: Es wird darauf hingewiesen, daß an den Geräuschen der Fernmeldeleitung — eine Polizeiarbeit — Anzeichen zur nach vorheriger Prüfung durch das Volkspolizeiamt und Zustimmung der Fernwehr herbeigeht werden dürfen.

Moderne Straßenreinigung in der Breiten Straße. Man kann jetzt in der Breiten Straße beobachten, daß mittels Gummischleifens die Straßenbede vom Schmutz befreit wird. Auch wird die Asphaltbede an trockenen Tagen morgens und nachmittags durch einen Sprengwagen angefeuchtet. Solche Reinigung nach großstädtischem Muster kann nur auf Asphaltdecken Anwendung finden.

Wieder mehrere Verkehrsunfälle. In der Breiten Straße und Schadowstraße ereigneten sich am Montag wieder mehrere Verkehrsunfälle, die durch wildgewordene Pferde hervorgerufen wurden. In der Mittagszeit raste auf einmal der Zweispänner eines auswärtigen Landwirts die Breite Straße hinunter. Die Pferde scheuten kein Hindernis, sondern jagten über einen Handwagen hinweg, der vor dem Hause des Kaufmanns Ludwig Friede stand. Sie stürzten jedoch, ohne dabei irgendeinen Schaden zu nehmen. So konnte dem wilden Reiten ein Ende gemacht werden. — Von der Breiten Straße kommend, raste das wildgewordene Pferd eines hiesigen Gärtners mit dem Wagen die Schadowstraße entlang. Ein Stück konnte es gerade Weg auf dem Bürgersteig nehmen, bis es mit dem Gestell des Wagens hatte und dabei die große Fensterscheibe der Firma Paarmann junior einstieß. Mit dem Vordergestell raste das Tier auf dem Bürgersteig weiter und brachte Passanten in Gefahr. Ein Kind des Eisenbahnarbeiters Ernst Dierichs, das auf dem Wege spielte, wurde von dem Pferd ungerannt. Es soll aber mit leichten Verletzungen davonkommen sein. Endlich konnte das Tier eingefangen werden. Es blutete stark an beiden Hinterbeinen.

Rehner

Zur Protestkundgebung der Arbeitslosen waren über hundert Sozial- und Kleinrentner erschienen. Die Versammelten waren empört, daß durch das unsoziale Verhalten des Gemeindevorstandes ihnen die Fürsorgerechten bisher nicht zuteil wurden. Ihren Willen brachten die Versammelten in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck.

Schillingen

Gefallenen-Ehrung. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners war der Einladung des Pfarrers Körtiger gefolgt, um sich an einer gemeinschaftlichen Kranzniederlegung am Gefallenen-Denkmal zu beteiligen. Vor zwei Jahren war unsere Ortsgruppe noch dem damaligen Pfarrer von Löwenfeld eingeladen worden. Sie nahm auch damals an der Feier teil, fand aber in den Worten des Pfarrers nicht das, was die Kirche vertreten sollte. Demals hatte auch unsere Ortsgruppe einen Kranz an Kriegerdenkmal niedergelegt. Nach wenigen Stunden war der Kranz von unbefangenen Händen so weit abwärts gelangt, daß er nur aus nächster Nähe zu sehen war. Reichsbannerfrauen legten ihn an seinen ursprünglichen Platz. Nach wenigen Tagen hatte man die schwarzrotgoldene Schleife hinter den Kranz gestellt, so daß sie nicht zu sehen war. Warum war die Schleife wieder zurecht gelegt, da war sie eines Tages ganz verschwunden. Die Ausführungen des Pfarrers an diesjährigen Volkstrauertag konnten auch bei den Reichsbannerkameraden Beifall finden. Besonders hervorzuheben sei der Wunsch, daß doch die Schrottheit der Gegenstände bald verschwinden möchte. Hoffentlich werden diese Worte von denen beherzigt, die vor etwa zwei Jahren der Körtiger in der Schulenburgschen Gastwirtschaft, einer Kriegervitwe, noch wenige Stunden vor der angelegten Gründungsversammlung des Reichsbanners verboten, diese in ihren Räumen einzunehmen. Die Gründungsversammlung sowie alle spätere Zusammenkünfte mußten in der hiesigen Schule stattfinden. Unsere Ortsgruppe besteht aber — trotz alledem!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Auftrag des Gauverbandes.

Kameraden! Am Sonntag den 20. März ist in Calbe a. d. S. eine Kreisversammlung. Es wird an diesem Tag eine Gedächtnisfeier für den alten republikanischen Kämpfer

Dr. Wilhelm Lohse

eingelassen. Er war Mitglied des ersten deutschen Reichstages von 1848. Im Jahre 1849 wurde er Präsident des Städtischen Rumpmparlements. Nachdem die Reaktion wieder gewaltig hatte, mußte auch er in die Verbannung gehen. In Anwesenheit wurde er zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. 1861 emigrierte, lebte er nach Deutschland zurück und kämpfte weiter, was 1863 an als Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses und von 1867 bis 1881 als Mitglied des Reichstages.

Als der Zeit hat Calbe keine republikanische Tradition. Es zeigt daran auch die alle schwarzrotgoldene Fahne, die im vorigen Jahr erneut ihre Rechte erhalten hat. Die Sache ist es Dr. Lohses sind heute im Festzelt im rezeptionsfähigen Lager der Stadt. Sie haben mit in der Stadtverwaltung abgelehnt, den alten Freiheitskämpfer offiziell zu ehren. Das hiesige Gremium mußte nach Kameraden erst recht zurecht an der Verehrung in Calbe zu kommen am Sonntag teilnehmen. Die Verehrung soll Kreispräsident a. D. Reichsbannerführer Proffier Dr. Sammel (Calbe).

Auf nach Calbe!

Jr. Teil!

Der Gauverband, J. A. Ernst Dille.



Schon im Mittelalter

bestand in Köstritz eine Braustätte, zu der man viele Meilen zu Fuß wanderte, um sich an dem dort gebrauten köstlichen Bierre „recht salt“ zu trinken. So berichten alte Chroniken der fürstlichen Brauerei Köstritz. Noch heute wird Köstritzer Schwarzbier nach jenem alten Rezept gebraut, aber in einem mit allen neuen Erfindungen ausgestatteten Großbetriebe. Es gibt für Gesunde und Kranke keinen besseren Jungbier, als das altberühmte

Köstritzer Schwarzbier.